N/0012/016/001 002
ANDREAS WISCHNER
PRINZREGENTENSTR. 46
D-1000 BERLIN 31

Zeitung für Selbstverwaltung

D 8008 E Nr. 7/Jahrgang 2 April '85

Steiner's Erben

Auf eine einfache Formel gebracht, ist die „Aktion dritter Weg", ein 1979 gegründeter Unternehmensverband, dessen Mitgliedsbetriebe modellhaft zwei Grundprinzipien einer postkapitalistischen Wirtschaftsordnung in der Praxis erproben wollen: das Prinzip der Kapitalneutralisierung und das Prinzip der Entkoppelung von Arbeit und Einkommen.

Die Kapitalneutralisierung: Die Unternehmen der „Aktion dritter Weg" (organisiert in der Form des eingetragenen Vereins oder der GmbH) bringen ihr Kapital in einen gemeinsamen Verein ein, der „Stiftung der Interessengemeinschaft Dritter Weg e.V.". Dieser Verein ist als gemeinnützig anerkannt. Er kann in die Unternehmenspolitik der angeschlossenen Betriebe nicht eingreifen (ist durch Assoziationsverträge ausdrücklich ausgeschlossen), ermöglicht über eine jährliche Etatkonferenz aber einen Gewinn- und Verlustausgleich zwischen den angeschlossenen Betrieben und eine gemeinsame Investitionsplanung in Bezug auf den verbleibenden Gesamtetat.

Die Entkoppelung von Arbeit und Einkommen: Es gilt das Bedarfslohnprinzip. Die Höhe des Einkommens des jeweiligen Mitglieds eines Einzelbetriebes wird im Rahmen dieses Betriebes autonom festgelegt, wobei gewährleistet sein muß, daß keine Koppelung mit der individuellen Arbeitsleistung stattfindet. Verbandsweit gilt für alle eine verbindliche Einkommensordnung. Auf der Hauptversammlung des Verbandes, die aus allen Mitgliedern der einzelnen Betriebe gebildet wird, wird zudem jährlich eine verbandsweit gültige Einkommensobergrenze beschlossen.

Wie das im Einzelnen funktioniert, wie es entstanden ist und was das alles mit dem alten Steiner zu tun hat, steht auf den Seiten 3,4und 5.

Das Bild kann aus lizenzrechtlichen Gründen leider nicht online gezeigt werden.

Das Bild kann aus lizenzrechtlichen Gründen leider nicht online gezeigt werden.

CONTRASTE
Zeitung für Selbstverwaltung

EINE DER GROSSEN ZEITUNGEN DER WELT
ONE OF THE WORLD'S GREAT NEWSPAPERS
L'UN DES GRANDS JOURNAUX DU MONDE
UNO DE LOS GRANDES DIARIOS DE LA PRENSA MUNDIAL
UNO DEI GRANDI GIORNALI DEL MONDO
EEN VAN DE GROTE KRANTEN IN DE WERELD
UM DOS MAIORES JORNAIS DO MUNDO
EN AV VERDENS STORE AVISER
EN AVIS AF VERDENSFORMAT
EN AV VÄRLDENS LEDANDE TIDNINGAR
JEDAN OD NAJVECIH LISTOVA NA SVIJETU
YKSI MAAILMAN SUURISTA LEHDISTÄ
ΜΙΑ ΕΚ ΤΩΝ ΜΕΓΑΛΩΝ ΕΦΗΜΕΡΙΔΩΝ ΤΟΥ ΚΟΣΜΟΥ
世界の大新聞の一つ
واحدة من أكبر جرائد العالم

NA KLAR! IHR BRAUCHT NUR AUSZUFÜLLEN, WEGSCHICKEN UND KOHLE ÜBERWEISEN – UND KÖNNT EUCH SELBST DAVON ÜBERZEUGEN.

Name: .....
Adresse: .....
Gruppe/Betrieb/Beruf: .....

Abo DM 24,– für Kollektive oder Arbeitslose, Studenten und Schüler/ sonst DM 36,– (incl. Versand)
Coupon ausgefüllt an Jutta Gelbrich, c/o Krebsmühle-Druckerei, Niederurseler Str. 7, 6370 Oberursel 5, einsenden und bitte sofort das Geld auf das Konto: Postgiroamt Frankfurt/Main, (BLZ 500 100 60) Konto-Nr. 3836 87 - 607 (J. Gelbrich) überweisen!

PROJEKTMESSEN ? WINTERTAGE ?
WIR EMPFEHLEN:

Sommernächte in Italien
Projekttreffen in Italien (Emilia Romagna) vom 7. – 31.8.1985
Inhaltliche Vorstellungen erwünscht an ZÜNDSATZ, Gaisbergstr. 97, Postfach 10 45 20, 6900 Heidelberg 1.

Rechtsformen für Selbstverwaltungsbetriebe?

Kritisches Plädoyer für die genossenschaftliche Rechtsform

Es ist kein Zufall, daß seit der Gründung von Alternativbetrieben über ein Wiederaufleben des genossenschaftlichen Denkens gesprochen wird. Ideale, wie Selbsthilfe, Selbstverwaltung und Selbstverantwortung, suchen eine Rechtsform. Für die Absicht gleichberechtigten, solidarischen Zusammenarbeitens hat die Rechtsform der Genossenschaften eine lange Tradition – sie würde sich auch augenscheinlich anbieten, wenn nicht... Die gegenseitige Ablehnung bzw. Ambivalenz zwischen den Genossenschaftsverbänden und den Alternativbetrieben hat vielfältige Gründe. Jedenfalls verfahren die Genossenschaftsverbände in ihrer derzeitigen Praxis selbsthilfeverhindernd, anstatt – wie es ihrer Grundidee entsprechen würde – den Selbsthilfegedanken zu fördern und Ansätze in diese Richtung zu unterstützen. Vielleicht ist es langfristig wichtig, die Gründung eines eigenen „alternativen" Genossenschaftsverbandes anzustreben. Derzeit allerdings scheint es notwendig, über vielfältige Information und Diskussion uns Mut zu machen, diese für selbstverwaltete Betriebe geeignete Rechtsform durchzusetzen und sie nicht zugunsten anderer, demokratischen Prozessen weit unzugänglicheren, aufzugeben.

In einem weiteren Beitrag unter dem Titel „Alternativer Betrieb und GmbH: Paßt das zusammen?", beschäftigt sich Matthias Neuling mit einer anderen, häufig gestellten Rechtsform.

Beide Beträge findet Ihr auf den Seiten 6 und 7.

In dieser Ausgabe:

„Wer darf Alternative fördern?"
Fällt staatliche Förderung von Alternativprojekten in die Zuständigkeit von Sozialbehörden? auf Seite 2
„Steiner – Pionier der Selbstverwaltung?"
Zum Unternehmensverband „Aktion Dritter Weg" auf den Seiten 3, 4, 5
Genossenschaft oder GmbH und/oder Verein oder...?
Eine Auseinandersetzung über die Rechtsform selbstverwalteter Betriebe Seite 6 und 7.
Staatsknete in Niedersachsen? auf Seite 8
Treffen der BIS (Betriebe in Selbstverwaltung, Bremen), Seite 9
„Dachverband für Kollektivbetriebe".
Überlegungen zur Gründung einer Dachorganisation auf Seite 9
„Oskar - Verleihung"
Einblicke in die Situation selbstbestimmter Betriebe im Saarland. Ein interessanter Beitrag zum „Umschwung" im Saarland auf den Seiten 10 und 11.
Graphische Betriebe auf Seite 12
„Kritik der reinen Bank"
Die STATTwerke Berlin melden sich zur Ökobank zu Wort. „Einige Thesen zur Ökobank" auf Seite 13
Wie stellt sich der Bundesvorstand der Ökobank zur Rettung eines Übernahmebetriebes?
Ein Bericht unseres Redakteurs Karl Bergmann auf Seite 14.
„Ein Jahr Ökobankverein", Pionierarbeit mit Leidenschaft und Augenmaß" – Die Ökobankseite auf Seite 15.
Und zum Schluß wieder auf Seite 16 die Termine und Stellenanzeigen.
An alle Netzwerker!
Bringen sich die Netzwerke inhaltlich bei CONTRASTE ein? Unter anderem dürfte dies die Netzwerke bei ihren Treffen in diesem Monat beschäftigen. Genaues zu den Treffen auf Seite 16

Gegen den Alkoh in den Kollektive

Ist das nicht eine schöne Überschrift? Da hast Du Dich liebe Leserin, lieber Leser bestimmt gleich darauf gestürzt, in der Hoffnung, den neuesten Klatsch und Tratsch zu lesen. Leider, leider müssen wir Euch enttäuschen. Wer, wie und wo zuviel trinkt, konnten wir beweiskräftig bisher nicht in Erfahrung bringen. Aber was ziemlich eindeutig zu recherchieren war, ist die Tatsache, daß CONTRASTE mehr Abonnenten braucht.

Vor den Wintertagen haben wir ja schon mal angeregt, daß jeder Betrieb für seine Mitarbeiter/innen eine Zeitung abonniert und vielleicht sogar noch ein bis zwei Stück mehr für den Verkauf an Freunde und Kunden.

Keine so große Belastung für einen Betrieb, denken wir, da die Zeitung für Kollektive nur DM 2,– kostet. DM 2,– heißt gerade mal auf ein Bier, 1/2 Wein oder 1 Schnaps im Monat zu verzichten.

Ein Verzicht, der die Existenz und den Fortbestand von CONTRASTE sichern könnte und der Gesundheit der Kollektivisten sicherlich nicht abträglich wäre. Außerdem soll CONTRASTE ja auch die Diskussion innerhalb der Gruppe fördern. Wenn jede Gruppe aber nur eine Zeitung besitzt, ist anzunehmen, daß sie bei einer/einem versandet und dann vielleicht Diskussionen um CONTRASTE entstehen – nämlich über den Verbleib – aber nicht über die Inhalte, die darin stehen.

Und so liebe Leut' war es nicht gedacht mit dem Sonderpreis für Kollektive! Also: gegen alkoholselige Labereien – für den Aufbau einer selbstbestimmten Gesellschaft – sauft gefälligst weniger und abonniert mehr CONTRASTE!

P.S.: Süßigkeiten und Körner im Müsli zählen in diesem Fall mit zu den Suchtmitteln – Keine Ausrede also für Abstinenzler und Körnerfresser, gellt!

Hoffnungsvoll, die Redaktion

Letzte Meldung:

Die Ökobank – die erste Chance verpaßt?

Einem konkreten Antrag, einen Übernahmebetrieb aus den bereits vorhandenen Mitteln der zukünftigen Ökobank zu retten, mochte der Bundesvorstand des Bankvereins am vergangenen Samstag nicht folgen. Die erste große Chance zu zeigen, wofür die Bank eigentlich gedacht ist, wurde verspielt. Ist das das Aus für den betroffenen Betrieb? Manche meinen, das dürfte nicht passieren. Treugeldgeber und Vereinsmitglieder sind aufgefordert zu zeigen, was sie von der Sache halten. Ausführlicher Bericht auf Seite 14

Kompetenzgerangel: Wer darf Alternative fördern?

Ob staatliche Förderungsprogramme für gewerbliche Alternativprojekte in die Zuständigkeit der Sozialbehörden fallen, war das Thema einer Tagung in Frankfurt vom 21. - 23.3.85. Staatsbeamte aus verschiedenen Länderministerien, aus der Bundesanstalt für Arbeit und Politiker, wie Henning Scherf, waren gekommen und zeigten sich unterschiedlich geübt im Umgang mit den anwesenden Netzwerklern und Projektvertretern. Einig waren sich alle, daß das vorhandene Instrumentarium der Mittelstandsförderung völlig ungeeignet ist, den Anforderungen der Kollektivbetriebe gerecht zu werden. Nur ungern allerdings wird von Verwaltungsseite zugegeben, daß Alternativbetriebe als soziale Experimente weit bedeutsamer einzustufen sind, als ‚lokale Beschäftigungsinitiativen', worauf sie gerne verkürzt werden.

Die Veranstalter:

Eingeladen hatte das ISS (Institut für Sozialarbeit und Sozialpädagogik) in Frankfurt zusammen mit dem spi (sozialpädagogisches Institut) aus Berlin. Beide Institute sind staatlich bezuschußt und hängen irgendwie mit der Arbeiterwohlfahrt zusammen.

Als bewährtes Team verstehen sich die Leiter Hotelette und Kreft als Mittler zwischen außerinstitutionellen Projekten und staatlichen Stellen. Das ISS hat mit seinem Anbau beim ‚Deutschen Verein' (hier gibt's den Warenkorb und auch gleich die Kantine) beste Tagungs- und Übernachtungsmöglichkeiten. Viele Anmeldungen konnten jedoch nicht mehr berücksichtigt werden; das Thema stößt offenbar allerorts auf Interesse.

Staatsknete, aber nicht nur...

Eingangs wurde von Projektseite klargestellt, daß eben auch andere, als nur Beschäftigungsziele verfolgt würden und daß es auch nicht nur um Geld geht. So sind die fast feudalistischen Privilegien der Handwerkskammer oft ebenso unüberwindliche Hürden, wie Teile des Rechts, insbesondere des Genossenschaftsrechts wie die Finanzierungsschwierigkeiten. Teils sind die gesetzlichen Möglichkeiten unzureichend, teils kann durch bessere Kommunikation und Konsulation – auch mit Behörden – die Arbeitsmöglichkeiten in selbstverwalteten Betrieben verbessert werden.

In Hessen noch Funkstille...

Dr. Hans Joachim Klein vom Hessischen Ministerium für Wirtschaft und Technologie findet, daß in der Wirtschaftspolitik die Selbsthilfe mehr Beachtung finden muß. Es seien also Sonderprogramme nötig – selbst wenn keine Zustimmung zum Haushalt seitens der Grünen erfolgt. Obwohl Sonderprogramme erforderlich seien, soll nicht ausgeschlossen werden, daß davon auch ‚normale' Handwerksbetriebe begünstigt werden, wenn sie die Bedingungen der Selbstverwaltung erfüllen. Förderung nach Ideologie sei schließlich ausgeschlossen, schon aus Gründen der Wettbewerbsverzerrung. Konkurrenz werde auch ‚in der linken Scene' ein Problem, da der seiner Meinung nach überzogene Betrag von 7 Mio eine gewachsene Struktur durcheinanderbringe. Viel gegenseitige Anstrengung und Verständnis sei nötig, was nicht durch Mehrheitsentscheidungen in Gremien erzwungen werden könne. Deshalb plädiere er für paritätische Komissionen. Unterstützung sei auch für die Beratungsarbeit wichtig, aber nicht im Sinne der Verbandsförderung, wie gefordert wird, sondern durch Zuschüsse bei Nachweis der Beratungsarbeit durch freie Berater.

Ein Förderprogramm müsse berücksichtigen, daß lediglich der kleinere Teil der Projekte reine Wirtschaftsunternehmen seien, denen mit zinsverbilligten Darlehen geholfen werden kann. Für Sozial orientierte oder Ausbildungsvorhaben sind auch Zuschüsse zu Sach- und Personalmittel vorgesehen. Das Programm ruht zwar noch – vor den Wahlen in NRW läuft nichts – soll dann aber bald realisiert werden (Henning Scherf glaubt dies jedenfalls von Börner vernommen zu haben, der seit den Hessischen Kommunalwahlen sein Verhältnis zu den Grünen schlagartig geändert haben muß).

Darüberhinaus sprach sich Dr. Klein für die Einrichtung einer Kreditgarantiegemeinschaft mit Rückbürgschaften aus Landesmitteln aus. Eine derartige Scene Selbsthilfeeinrichtung ist ihm lieber, als direkte Landesbürgschaften, die nur in besonderen Fällen gewährt werden können. Immerhin schon zweimal für Kollektive in Hessen (z.B. Pflasterstrand).

Die Bundesanstalt für Arbeit...

...vertreten durch Dr. Manfred Kaiser vom Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung sei natürlich in erster Linie an Beschäftigungseffekten interessiert, auch wenn diese auf dem Gesamtarbeitsmarkt vernachlässigbar seien. Für den Akademikerarbeitsmarkt spielten Alternativbetriebe durchaus eine Rolle, was auch die Untersuchung von Prof. Kreutz/Dr. Fröhlich belege. (Hierzu schreibe ich als Nürnberger Betroffener demnächst was, Arno.) In erster Linie stehe das Instrumentarium der ABM zur Verfügung, was er durchaus für Projekte und auch Beratung dieser für geeignet halte. Das AFG sehe leider nur Möglichkeiten für Hilfen in unabhängigen Beschäftigungsverhältnissen, bzw. Orientierung dorthin, vor. Hilfe für Selbständige, bzw. Selbsthilfe, gäbe es bislang weder direkt, noch indirekt (z.B. effektive Beratung). Er sicherte sein Wohlwollen wie weitere Mitarbeit zu.

Auch in Nordrhein-Westfalen...

wird die Bedeutung von Beratung und Förderung von Alternativprojekten gesehen. Ob die Pläne dort, über ca. 50 ABM-Stellen, Kontakt- und Beratungsbüros in öffentlicher Trägerschaft einzurichten, sinnvoll seien, wird jedoch allenthalben bezweifelt. Zum einen sei die Akzeptanz nicht gewährleistet, wenn die Beraterwahl nicht frei sei, und zum zweiten müsse Kompetenz in einem Maße vorhanden sein, was den jährlich fließenden Wechsel durch ABM-ler ungeachtet erscheinen läßt.

Sicher sind die Verständigungsschwierigkeiten noch größer als in Hessen, aber Bemühen wird auf beiden Seiten proklamiert. Kurioserweise herrscht hier allerdings noch ein Kompetenzwirrwarr, welche Abteilung des Ministeriums für die Alternativen verantwortlich ist. Ich würde sagen. das sollen die Herren mal unter sich ausmachen.

Und in Hamburg

soll ja demnächst auch ein 10 Mio-Topf anlaufen, der ABM-Stellen und Sachmittel koordinieren soll. Die Zuständige holte sich hier auf der Tagung Anregungen.

Fink kam nicht

Auch der Sozialdirektor von Berlin, Ulf Fink, hatte sich zu der Tagung angemeldet, mußte dann jedoch kurfristig wegen einer Landesausschußsitzung absagen. Er schickte stattdessen den stellvertretenden Abt.- und Ref.-Leiter für Wohlfahrt, soziale Dienste und Förderung von Selbsthilfe, Dr. Kramer.

Dieser freute sich über die Einladung, in der von stattlichen Zuschüssen die Rede war (oder waren doch staatliche gemeint?). Eine Anerkennung sei schon angebracht, da man sich schließlich im dritten Jahr der Förderung von Selbsthilfeprojekten aus dem sozialen Bereich befinde.

Vorweg sei klarzustellen, daß die Förderungspraxis nicht aus politischem Druck der Scene resultiere, sondern dem Politikverständnis des Hauses, das subsidiär vor allem ehrenamtliche Selbsthilfe mit Sachmitteln fördere. Die Alternativscene sei deutlich von der Selbsthilfegruppenbewegung abzugrenzen, letztere würde sogar durch erstere gefährdet, da die von den Alternativen geforderte Professionalisierung im Hinblick auf gesicherte Beschäftigungsverhältnisse die Grundlagen des ehrenamtlichen sozialen Engagements angriffen. Dennoch werden auch Personalkosten gefördert, wenn auch höchstens an der unteren Grenze des Sozialarbeitergehalts. Wie die Diskussion ergab, sind ABM-Stellen in Berlin sehr schwer zu bekommen, da die Arbeitsbürokratie auch Arbeitgeber und Gewerkschaften mitreden läßt.

Daß die Beteiligung der Scene am Vergabeausschuß zurückgezogen sei (Grottian und Pestalozzi forderten mind. Parität) wäre bedauerlich, dennoch verteidigte man die Förderung, z.B. gegen den Rechnungshof, der abwertend von Finanzierung von Kaffeekreisen und schlimmer noch, Prostituierte und Lesben/Homos in einen Topf wirft.

Leider könnten nicht immer alle 7,5 Mio vergeben werden (83: 4 Mio, 84: 6 Mio), da bei diesem politisch umstrittenen Programm die Mittel besonders sorgfältig vergeben werden müssen; mehr als Flüsterpropaganda, wenn gegen Jahresende noch Geld da sei, könne er auch nicht machen.

Über die Selbsthilfegruppenförderung hinaus würde ein Antrag auf 60% Ausfallbürgschaft für eine Haftungssoziation mit 5 Mio positiv beschieden werden, was einer Förderung von 3 Mio entspräche. Daß diese Kreditgarantiegemeinschaft für selbstverwaltete Betriebe noch nicht eingerichtet sei, hätten sie nicht zu vertreten, da der Antrag erst am 28.2.85 einging.

Ansonsten käme als Unterstützung von gewerblichen Alternativbetrieben noch ein Kreuzberger Sonderprogramm in Betracht, wo von 35 einbezogenen Betrieben 7 Kollektive sind.

Auch die neue Beratungsstelle in der Potsdamer Straße 199 (BBJ-Consult) werde unterstützt.

Wie läuft's woanders...?

Auf die Darstellung der Bremer Förderung, bzw. die Erfahrungen und Diskussionen, muß hier aus Zeit- und Platzgründen verzichtet werden; CONTRASTE berichtet ja laufend. Bemerkenswert ist jedoch, daß Netzwerk die Vergabe der Mittel gar nicht anstrebt, sondern sich als Anwalt und Berater der Projekte sieht, jedoch die Verteilung beim Staat belassen will. Im Netzwerk Franken beispielsweise ist da die Position noch unklar. Immerhin wurde für die jährliche halbe Million für den Nürnberger Alternativtopf eine Projektmehrheit im Vergabebeirat durchgesetzt. In Erlangen wird gemunkelt, daß evtl. die Staatsknete (300.000,–) vom Netzwerk verteilt werden soll.

Was meint Ihr, Leserbriefe sind willkommen.

Die nächste Tagung soll über das Thema Entwicklung von Beratungsstrukturen für Selbstverwaltung gehen, was vor allem deshalb auch wichtig ist, da Bundeszuschüsse nach geltenden Richtlinien kaum noch zu holen sind.

Arno

Hinweis der Redaktion:
Eigentlich war beabsichtigt, hier die interne Verwaltungsrichtlinie für die Bremer Förderpraxis (immerhin wurden bisher der halbe Etat -600.000 DM- vergeben) und die Hessische Gesetzesvorlage (als Faksimile der „Deutschen Handwerkszeitung", Februar 1985, versehen mit einem redaktionellen Vorspann der „Handwerker") zu dokumentieren. Dies mußte aber aus Platzgründen unterbleiben und wird vielleicht nachgeholt. Beide Beiträge sind zu beziehen (gegen 1.50 DM) bei Zündsatz GbR, Heidelberg (Anschrift siehe Impressum).

IMPRESSUM (Ffm)

CONTRASTE erscheint monatlich

Herausgeber: Peter Hass,
Lochmühlstr. 43, 6 Frankfurt 56

Eigenverlag

Redaktion.
Harald Deersberg, Iske und Koll.,
Wulwestraße 25, 2800 Bremen
Tel.: 0421/7 20 93

Stattwerke e.V., c/o Michael
Paul-Lincke-Ufer 44a
1000 Berlin 36
Tel.. 030/ 6 11 59 04

ASH Krebsmühle
c/o Jutta
6370 Oberursel 5
Tel.: 06171/7 34 96

V.i.S.d.P.:
Jutta Gelbrich (Ffm), Peter Tejkl (Heidelberg), Harald Deersberg (Bremen), Michael Mankowski (Berlin), Arno Huber (München), Caro-Druck Frankfurt (Branchenseite Grafische Betriebe)

Herstellung
Zündsatz GdbR, Postfach 10 45 20,
Gaisbergstr. 97, 6900 Heidelberg 1
Tel.: (06221) 1 34 02

Druck:
Caro-Druck, Mainzer Landstr. 147,
6000 Frankfurt 11

Vertrieb:
Jutta Gelbrich c/o Krebsmühle
6370 Oberursel 5
Tel.: 06171/7 34 96

Konto:
Postgiroamt Frankfurt/Main
Kto.-Nr. 3836 87 - 607
(BLZ 500 100 60)
Jutta Gelbrich, Oberursel

Regionale Kontaktadressen:

Graphische Betriebe (Branchenseite):
Constantin Bartning (Oktoberdruck), Paul-Lincke-Ufer 44a,
1000 Berlin 36
NRW:
Maria Springenberg, Verdistr. 27
4010 Hilden
Rheinland-Pfalz:
Lebensgemeinschaft im Drohntal,
Dorwiese 4, 5552 Morbach/Merschèid
Baden-Württemberg:
Libellus-Verlag, Gerhard, Augustenstr. 82a, 7000 Stuttgart 1
Nordbaden:
Zündsatz, Gaisbergstr. 97, Postfach 10 45 20, 6900 Heidelberg1,
Tel.: (06221) 1 34 02
Bayern:
AG SPAK, Kistlerstr. 1
8000 München 90
Tel.: (089) 6917821

TREFFEN DER MIETERLÄDEN & DER ALTERNATIVEN MIETERVEREINE

Vom 1.3. bis 3.3. 1985 fand in Aachen das 4. bundesweite Treffen von Mieterläden und alternativen Mietervereinen statt.

Organisiert wurde das Ganze von der AG SPAK und der gastgebenden Mieterselbsthilfe Aachen. Neben konkreten Beschlüssen stand besonders der allgemeine Erfahrungsaustausch der einzelnen Gruppen auf dem Programm. Vertreten waren Gruppen aus Hamburg, Nürnberg, München, Aachen, Berlin (2 mal), Bochum und Frankfurt. Ihnen allen gemeinsam ist ein Verständnis ihrer Mieterarbeit, was sich von dem des „offiziellen" Mieterbundes (DMB) deutlich unterscheidet, obwohl einige sich als alternativ verstehende Mietervereine selbst im DMB sind.

Die alternativen Mietervereine versuchen sich an einem Konzept der offensiven Mieterbetreuung. Das heißt, ihre Arbeit geht über Einzelfallhilfe und Dienstleistung (Beratung) hinaus bis hin zur Unterstützung von Hausgemeinschaften, politischer Beratung und Stellungnahme zu wohnungs- und bodenpolitischen Themen.

Es besteht eine Gruppenrechtsschutzversicherung (Prozeßkostenübernahme bei Mietstreitigkeiten), ein Rechtsschutzpool, an dem bisher 4 Vereine als Gesellschafter beteiligt sind. (Frankfurt, München, Hamburg, Aachen).

Ziel bei Abschluß dieser Versicherung war außer einer weiteren Dienstleistung für die Mitglieder, die Möglichkeit zu haben, auch Mietrechtsprozesse zu führen, die politisch sinnvoll erscheinen.

Nachdem der Vertrag mit der Versicherung sich als recht fallenreich herausgestellt hat, wurde alleine ein Abend darauf verwendet, eine gemeinsame Linie zu finden im Umgang mit dem Vertrag und der Versicherungsgesellschaft.

Ein weiterer Schwerpunkt war die bundesweite Antiumwandlungsaktion, die bereits letztes Jahr gestartet wurde. Nachdem die Unterschriftensammlung und die begleitende Öffentlichkeitswirksamen Veranstaltungen bisher nicht das gewünschte Resultat mit sich brachten, wurde beschlossen, diese Aktion bis zum Herbst zu verlängern. Ziel dieser Aktion soll ein Gesetz zum generellen Verbot der Umwandlung von Miet- in Eigentumswohnungen sein. Daneben soll ein genereller Kündigungsschutz der Umwandlungsmieter bei Eigenbedarfskündigungen der Erwerber erreicht werden. Um diesen wichtigen Forderungen mehr Öffentlichkeit zu verschaffen, wurde die Aktion verlängert. Sie soll im Herbst mit einer Pressekonferenz und mit der Übergabe der gesammelten Unterschriften an Bundesbauminister Oskar Schneider beendet werden.

Ein Großteil der Zeit stand in Aachen für den allgemeinen Erfahrungsaustausch offen. Dabei ging es sowohl um die internen Bedingungen in den Vereinen (Anstellung von Profis, Arbeitsorganisation, Aktivierung von Mitgliedern), als auch um die Situation in den einzelnen Städten. Dabei wurden große Unterschiede deutlich, mit denen in verschiedenen Städten bestehende Gesetze ausgeführt oder nicht ausgeführt werden. Das betrifft besonders die Vorgehensweise nach dem Bundesbaugesetz, daß den Städten weitreichende Möglichkeiten gibt (über Erhaltungssatzung, Bau-, Nutzungs- und Instandsetzungsgebote), gegen Umwandlung und Luxussanierung vorzugehen. Diese Gesetze werden in den meisten Kommunen nicht oder nur sehr zögernd angewendet.

Nachdem sich gerade in diesem Punkt doch recht große Wissenslücken bemerkbar gemacht haben (die Materie ist aber auch verdammt kompliziert!), wurde für das nächste Treffen im Herbst eine intensive Beschäftigung mit diesem Thema auf die Tagesordnung gesetzt. Das nächste Treffen findet in Nürnberg statt, in der Zeit vom 4.10. bis 6. 10. 1985.

Norbert (MhM München)
Sabine AG SPAK

WIR STELLEN VOR:

die AKTION DRITTER WEG

Redaktion Frankfurt

Wir freuen uns, den CONTRASTE-Lesern mit der AKTION DRITTER WEG einen Unternehmensverbund vorstellen zu können, zu dem sich für uns innerhalb sehr kurzer Zeit sehr herzliche Beziehungen entwickelt haben. Das liegt einerseits an der Offenheit der Personen, mit denen wir zu tun hatten, zum anderen an der Art gesellschaftlich verantwortlichen Denkens, das wir dort vorfanden.

„Dort" ist Hamburg, Sitz der Firma CCS und Wohnsitz ihres Begründers Rolf Saacke, und es soll hier gleich angefügt werden, daß unser bisheriger Kontakt zur AKTION DRITTER WEG sich auf die Firma CCS und ihre Hamburger Tochterunternehmen CCS Mikrotechnik und Haupt beschränkt. Die Darstellung der AKTION DRITTER WEG erfolgt daher aus der Sichtweise ihrer Hamburger Mitgliedsunternehmen und müßte ggfls. von den Mitgliedsbetrieben in Göppingen und Achberg korrigiert/ergänzt werden.

Foto: Jochen Abeling
CCS Mitarbeiter Arno Wöllauer zeigt den Mitarbeitern der japanischen Zeitschrift „Dritter Weg" die CCS Hardware Werkstatt. Die Japaner haben im Sommer 1984 alle Unternehmen der Aktion Dritter Weg besichtigt. (Sie haben übrigens unsere Statuten etc. sowie einige unserer Bücher ins Japanische übersetzt.)

Zunächst einmal ein paar Worte zu CCS. Schon Sitz und Gegenstand des Unternehmens stehen in frappierendem Gegensatz zu dem, was man von selbstverwalteten Betrieben gewohnt ist. Der Sitz – Schwanenwik 32 an der Hamburger Außenalster – liegt unmittelbar am (oder schon im) vornehmsten Hamburger Wohngebiet. Mithausbewohner ist z.B. Günter Grass. Die Wohnung selbst entpuppt sich dann aber wieder als Mischung zwischen Betriebsstätte, Wohnung des Firmengründers und Kommunikationszentrum – eine Lebenssituation, vor der mittlerweile auch der hartgesottenste Selbstverwalter entsetzt zurückschaudert (von wegen: keine Trennung zwischen Wohnung und Arbeitsplatz).

Und der Gegenstand des Unternehmens: während wir uns nur sehr zögernd von der (h)ausgemachten Einschätzung freimachen, daß diese ganze Technologie ein Werk des Teufels ist, werden dort seit 1969 Computerprogramme gebastelt oder verändert; mehr noch: in sehr absehbarer Zeit wird ein selbstentwickelter Computer in Serie gehen. High Technology als Produktionsprogramm im selbstverwalteten Betrieb.

Ich muß zugeben,daß mir nach einigen Stunden Erklärungen vor lauter bits und bytes und chips und winchester nur noch der Kopf geraucht hat und entnehme die weitere Beschreibung der Produktpalette von CCS einer Selbstdarstellung vom März 1983 (geschrieben für den AGP-Kongreß „Menschen machen Wirtschaft" und von daher nicht allzu salopp formuliert):

Die CCS Compact Computer Systeme GmbH mit Sitz in Hamburg, 1969 unter dem Namen SCS (Satz Computer Systeme) gegründet, ist ein Systemhaus, das auf dem Gebiet der elektronischen Datenverarbeitung seinen Kunden die im folgenden beschriebene Palette an Dienstleistungen und Produkten bieten kann. Aufgrund seines Stabes von dreißig qualifizierten Mitarbeitern in der CCS GmbH, sowie in der Tochterfirma CCS Mikrotechnik GmbH, bietet sich die Firma als Partner für Industrie und Handel an. Durch eine Reihe freier Mitarbeiter können die Kapazitäten kurzfristig ergänzt werden.

Die Firma führt Systemanalysen und Beratungen im engen direkten Kontakt mit den Kunden durch und ist so in der Lage, maßgeschneiderte Problemlösungen zu entwickeln und in Systemvorschläge zu verarbeiten, die sich in die vorhandene Organisationsstruktur der Kundenunternehmen einpassen lassen.

Für die mittelständische Industrie werden schlüsselfertige Rechnersysteme angeboten, z.B. für Universalbanken, Auftragsbearbeitung und Fertigungssteuerung, Werksatzsysteme sowie Textverarbeitung.

Mit der Kurzweil-Lesemaschine, einem Rank-Xerox-Produkt, wurde die Generalvertretung im deutschsprachigen Raum für ein Gerät höchsten Technologiestandes übernommen. Die Maschine, ein sogenanntes lernendes System, kann auf beliebige Schriftarten trainiert werden und liest diese dann in ein Datenverarbeitungssystem ein. Bisherige Installationen im deutschen aber auch im niederländischen Sprachraum erfolgten bei Verlagen, Druckereien, Dienstleistungsunternehmen für Datenerfassung und ähnlichen Betrieben. Das Leistungsspektrum läßt sich aber noch erweitern, so bietet sich die Lesemaschine auch für die Posteingangsbearbeitung in größeren Industrieunternehmen an.

In einem kleinen Rechenzentrum führt CCS Dienstleistungen für besondere mit EDV lösbare Probleme aus, wie etwa Konvertierung von EDV-Datenträgern, Katalogproduktionen, Mengentextverarbeitung.

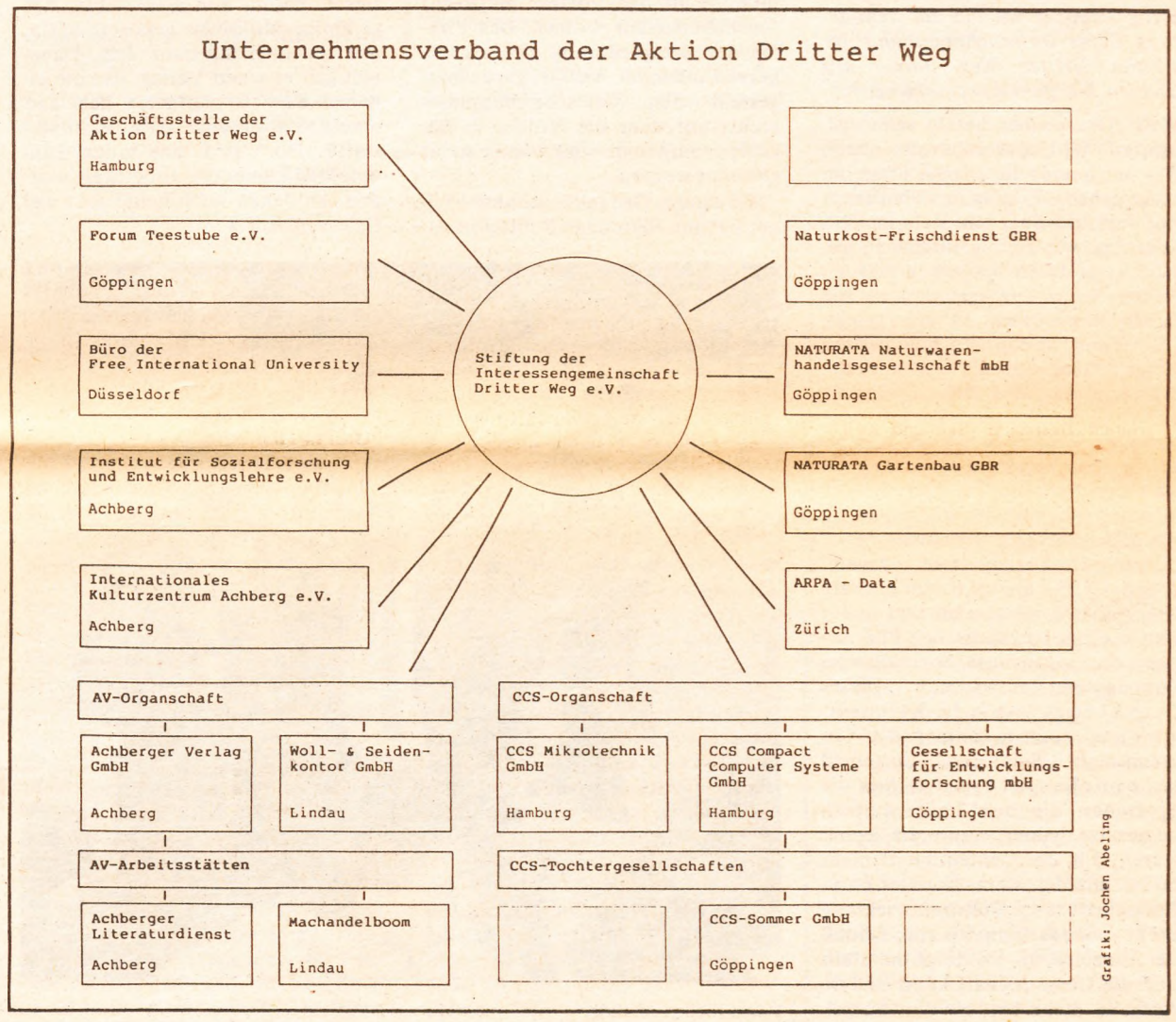
In der eigenen Hardware-Abteilung erfolgen neben dem Kundenservice Systemkonfigurierungen und Anpassungen. Bei Spezialisierung auf Data General Rechner wird dennoch auch die Wartung von anderen Fabrikaten übernommen.

Die Entwicklung und Fertigung von Mikroprozessorsystemen erfolgt in der Tochterfirma CCS Mikrotechnik GmbH. Auf dem Markt sind unter anderem das Texterfassungssystem Minitext TE 500 und das Mikrocomputersystem u-tos.

Die CCS ist in einer Organschaft verbunden mit der ansonsten rechtlich unabhängigen CCS Mikrotechnik GmbH und der „Freien Gesellschaft für Soziale Entwicklungsforschung mbH" in Göppingen. Sie hat außerdem eine Tochtergesellschaft in Göppingen – die CCS Sommer GmbH. Innerhalb dieses Firmenkonsortiums ist die CCS Mikrotechnik praktisch die Forschungs- und Entwicklungsabteilung. Hier sind eine Reihe von Datenerfassungsgeräten erdacht und bis zum Prototyp entwickelt worden. Die Geräte werden dann bei der CCS Sommer GmbH in Göppingen in Serie hergestellt. Derzeit beschäftigen sich die Mikrotechniker mit der Herstellung eines eigenen Computers – in voller Erkenntnis der Tatsache, daß es beim gegenwärtigen Stand auf dem Computermarkt wohl nicht mehr möglich sein wird, eigene hardware gegen amerikanische und japanische Konkurrenz kostendeckend zu produzieren. Aber – so die Argumentation – was ist, wenn sich weltweit zwei oder drei Firmen die gesamte Entwicklung und damit das gesamte know-how unter den Nagel reißen? Und damit eine völlige Abhängigkeit von diesen Firmen besteht – und das in einer Technologie, an deren Einsatz wohl über kurz oder lang kein Betrieb vorbeikommen wird?

Ich muß sagen, daß es mich außerordentlich beruhigt zu wissen, daß es Leute gibt, die sich dieses know-how nicht entreißen lassen und die zudem noch sehr enge Bezüge zur Selbstverwaltung haben. Der bei der Mikrotechnik entwickelte Computer wird mit ca. 7.000,- um etwa 3.000,- teurer sein als konkurrierende amerikanische oder japanische hardware. Ich denke, wir werden bei uns in dieser Frage keine Schwierigkeiten haben, uns für das bei CCS entwickelte und gebaute Gerät zu entscheiden. Es war schon immer etwas aufwendiger, die Autonomie zu bewahren.

In welcher Beziehung steht nun CCS und die CCS-Organschaft zum Unternehmensverbund der AKTION DRITTER WEG? Das folgende Schaubild kann das verdeutlichen:



Aus dem Schaubild wird einerseits das Prinzip der Organschaft deutlich: man binde wirtschaftlich gewinnträchtige Betriebe und solche Betriebe, die mit großer Wahrscheinlichkeit keine Gewinne erwirtschaften werden, in einer Organschaft aneinander und kann auf diese Weise einen Verlustausgleich vor Steuern durchführen – ein Prinzip, das – rechtlich nicht antastbar – gerade solchen selbstverwalteten Betrieben unmittelbar einleuchten müßte, die aus ihren Mitteln soziale und/oder kulturelle Zwecke nebenher finanzieren. Voraussetzung ist natürlich, daß man Gewinne macht, aber ich denke, daß sich dies auf Dauer nicht immer wird vermeiden lassen.

Das Schaubild zeigt aber auch den Zusammenhang aller im Unternehmensverband beteiligten Betriebe. Sie alle haben ihr Stammkapital in einen gemeinnützigen Stiftungsverein überführt, die „Stiftung der Interessengemeinschaft dritter Weg e.V.". Kapital und Produktionsmittel sind somit neutralisiert worden.

Zwischen dem Stiftungsverein und seinen Mitgliedsbetrieben gibt es Assoziationsverträge, durch die eine Beeinflussung der unternehmerischen Entscheidungen im Einzelbetrieb ausgeschlossen wird.

Umgekehrt gibt es aber eine Reihe von Gremien, in denen gemeinsame Entscheidungen in gesellschaftlicher Verantwortung getroffen werden. Eines dieser Gremien ist die Hauptversammlung. Sie findet einmal jährlich statt und bildet sich aus allen Mitgliedern der Einzelbetriebe. Auf dieser Versammlung wird im Rahmen einer verbandsweit gültigen Einkommensrahmenordnung die Einkommensobergrenze festgelegt, die dann ebenfalls für alle Mitgliedsbetriebe verpflichtend gilt (die konkrete Einkommensfindung für das einzelne Betriebsmitglied ist der Autonomie des Betriebes überlassen). Das zweite wichtige Gremium ist die Etatkonferenz. Sie findet ebenfalls mindestens einmal im Jahr statt, setzt sich aus bis zu fünf Mitgliedern der Einzelbetriebe zusammen und nimmt einen Ausgleich zwischen den Etats der Mitgliedsbetriebe (Gewinn- und Verlustausgleich) vor; die Verwendung der danach noch vorhandenen Gesamtetatmittel für neue Projekte und/oder Investitionen wird ebenfalls gemeinsam beraten und beschlossen.

Sehr wichtig ist allen Mitgliedsbetrieben der Aktion Dritter Weg das Prinzip der Entkoppelung von Arbeit und Einkommen (wir würden sagen: das Bedarfs- oder Bedürfnislohnprinzip): der Mensch soll leben können, weil er ein Mensch ist und aus diesem Grunde auch ein erträgliches Einkommen erhalten. Dieses Einkommen muß aber von der faktisch eingebrachten Arbeitsleistung unabhängig sein. Die Mitglieder der Aktion Dritter Weg sehen darin die konsequente Anwendung des „Sozialen Hauptgesetzes" von Rudolf Steiner, nach dem „das Heil einer Gesamtheit von zusammenarbeitenden Menschen um so größer ist, je weniger der einzelne die Erträgnisse seiner Leistungen für sich beansprucht, das heißt, je mehr er von diesen Erträgnissen an seine Mitarbeiter abgibt, und je mehr seine eigenen Bedürfnisse nicht aus seinen Leistungen, sondern aus den Leistungen der anderen befriedigt werden".

Ein Kommentar hierzu befindet sich auf Seite 4: „Eindrücke"

Interview mit Rolf Saacke

»antroposophische Bauchschmerzen«

Rolf Saacke, geb. 1931 in der Mark Brandenburg, von dort 1946 nach Einmarsch der Roten Armee in den Westen geflohen, Abitur in Heidelberg als Externer, Studium an der Technischen Hochschule in Stuttgart, Maschinenbauingenieur, von 1959 bis 1969 Arbeit in einer Kältemaschinenfabrik in Norköping (Schweden), von dort 1969 nach Hamburg.

In Hamburg 1969 Gründung der Firma SCS (heute: CCS), seit 1974 Mitarbeit in der Aktion Dritter Weg, 1979 Mitbegründer des Unternehmensverbandes der Aktion Dritter Weg.

Rolf vertritt vehement das Gedankengut von Rudolf Steiner und grenzt sich genauso vehement von dem ab, was in der anthroposophischen Gesellschaft aus diesem Gedankengut gemacht worden ist.

Für Contraste waren unterwegs Karl Bergmann (Krebsmühle) und Manfred Reppel (Blätterwald).

Contraste: *Rolf, wenn man Dich fragt, ob Du Anthroposoph bist, kriegst Du Bauchschmerzen. Gleichzeitig kommst Du bei der Schilderung Eures Unternehmens und der Aktion Dritter Weg immer auf Steiner. Wie geht das zusammen?*

Rolf: Der Steiner hat in seiner gesamten Wirksamkeit, vom ersten Tag an, immer die soziale Frage im Auge gehabt. Es ging ihm überhaupt nur darum. Er hat sehr viel gemacht, aber das war die eigentliche Frage. Nur ist er damit bei seinen eigenen Leuten nicht durchgekommen. Die haben das einfach ad acta gelegt, „Spinnerei, kommt für uns nicht in Frage". Und deshalb hat er dann schwerpunktmäßig andere Sachen gemacht, die Medizinfrage z.B. oder Arbeiten zur Landwirtschaft ... Diese Sachen kennt man heute, die sind durchgekommen. Nur sind sie allesamt korrumpiert worden durch die fehlende Sozialstruktur.

Steiners Sozialbeitrag begann schon 1898, als er einen Aufsatz über Sozialismus schrieb und in der Kritik eines sozialistischen Philosophen das sogenannte **Soziologische Grundgesetz** entwickelte. Dieses Gesetz besagt, daß in der Kulturentwicklung anfangs immer die Gemeinschaft über dem Einzelnen steht (als Beispiel bringt er hier die Spartaner, die ihre Leute einfach ausgesetzt haben, wenn die krank waren, d.h. der Gemeinschaft nicht mehr nützlich sein konnten); im Fortschritt der Kulturentwicklung dreht sich das dann, bis zum Schluß der Einzelne im Vordergrund steht und die Gemeinschaft keine andere Aufgabe mehr hat, als den Einzelnen zu fördern, seine Begabung, seine Individualität zum Ausdruck kommen zu lassen.

Anfang des 20. Jahrhunderts entwickelt Steiner dann dazu das sogenannte **Soziale Hauptgesetz**, das besagt, daß das Heil einer Gesamtheit von zusammenarbeitenden Menschen umso größer ist, je weniger der Einzelne die Erträgnisse seiner Arbeit für sich beansprucht, d.h. je mehr er von seinen Erträgnissen an die anderen abgibt. Dies – sagt Steiner – wirke wie ein Naturgesetz: überall dort, wo gegen dieses Gesetz verstoßen wird, entsteht Unheil. Um dem Gesetz aber zur Geltung zu verhelfen, braucht es Institutionen: man muß das Arbeitsleben so organisieren, daß es dem Einzelnen gar nicht möglich ist, die Erträgnisse seiner Arbeit für sich zu beanspruchen. Man muß das institutionell verhindern, indem man z.B. Einkommensordnungen usw. schafft. Steiner entwickelt dieses Gesetz im Rahmen einer längeren Arbeit, die heute unter dem Titel „Geisteswissenschaft und soziale Frage" bekannt ist. Geplant war eine längere Aufsatzfolge, erschienen sind nur drei Aufsätze. Danach muß er abbrechen, wieder aus dem Grund, weil es niemand interessierte.

Nach dem 1. Weltkrieg versucht Steiner, die Dreigliederungsbewegung in Gang zu setzen. Die **Dreigliederung des sozialen Organismus** ist nichts anderes als der Versuch, die Gesellschaft unter den Prinzipien von Freiheit, Gleichheit, Brüderlichkeit zu strukturieren. Das Geistesleben ist danach der völlig freie Bereich, wo sich Ideen und Gedanken austauschen und messen können müssen, ohne daß dafür auf wirtschaftlicher oder juristischer Ebene irgendwelche Konsequenzen drohen. Das Wirtschaftsleben ist – davon losgelöst – nach dem Sozialen Hauptgesetz im Prinzip der Brüderlichkeit organisiert. Und das Rechtsleben, das für die Einhaltung der Regeln sorgt und dafür, daß wirklich alle Menschen gleich sind und behandelt werden.

Diesen Dreigliederungsgedanken als Strukturprinzip der Gesellschaft hat Seiner nach dem 1. Weltkrieg dem Wilson'schen 14-Punkte-Programm (mit dem „Selbstbestimmungsrecht der Völker" als Kern) gegenüberstellen wollen. Das Prinzip der Dreigliederung also als völkerverbindender Ansatz, gegenübergestellt dem Selbstbestimmungsrecht, mit dem die Völker in Nationen aufgeteilt und voneinander getrennt werden.

Mit diesem Gedanken konnte Steiner bei den führenden Politikern natürlich keine Punkte machen. Also ging er an die Basis, hat im Stuttgarter Raum vor tausenden von Arbeitern gesprochen, hat regelrecht Leute ausgebildet, die dann nach Oberschlesien in die Wahlversammlungen zogen, als es auch dort um das Selbstbestimmungsrecht und die Frage ging, ob Oberschlesien zu Deutschland oder zu Polen gehören sollte.

Aber auch die Dreigliederungsbewegung ging schief, und danach hat sich der Steiner in Stuttgart auf den Aufbau der ersten Waldorf-Schule konzentriert. Das war praktisch das Einzige, was von der Dreigliederungsbewegung übrigblieb, diese Institution des freien Geisteslebens.. Es sollte eine freie Schule sein, unabhängig vom Staat, und da sollten Reiche und Arme, Arbeiter und Angestellte gemeinsam unterrichtet werden. Und diese Schule, an der er selbst Leiter war, lief sehr gut an und hat ja auch bis heute sehr viele Nachkommen gekriegt. Wobei, wenn man sich ansieht, was da heute draus geworden ist, einem schon die Tränen kommen können...

Soviel in aller Kürze und oberflächlich zu Steiner, wie wir ihn sehen. Als Ergänzung vielleicht noch zwei Anmerkungen, die deutlich machen, in welchem Umfeld der Mann sich bewegt hat, daß das durchaus nicht nur theosophische und anthroposophische Kreise gewesen sind: in der Zeit, in der er das Soziologische Grundgesetz formuliert hat, hatte Steiner sehr intensive und dauerhafte Kontakte zu Mackey, der wiederum Steiner-Schüler war. Und bevor er das Soziale Hauptgesetz formulierte, war er mehrere Jahre an der von Karl Liebknecht gegründeten Arbeiterbildungsschule in Berlin.

Kurz vor seinem Tod hat Steiner die anthroposophische Gesellschaft neu gegründet mit einem – wie ich meine – wirklich zukunftsweisenden Konzept. Das war der sogenannte **Bauverein des Goetheanum**, nach unseren heutigen Begriffen eine Stiftung, die – neben ihrer Funktion als Trägerverein für den Bau selbst – eigentlich alles finanzierte. Durch den Bau selbst, der ja einige Millionen gekostet hatte, war da auch Substanz drin. Daneben gab es einen Verlag, der die eigenen Sachen publiziert hat, und eine Klinik als eine Art Forschungsstätte. Dort sind eine große Zahl von Medikamenten entwickelt worden, an denen noch heute sehr viel Geld verdient wird.

Foto: Jochen Abeling
Kongreß „Zukunft der Arbeit" im Kontaktstudium Management der Universität Augsburg im Juni 1984. Infostand der Aktion Dritter Weg. Rolf Saacke (Mitte) erklärt Hans Pestalozzi (rechts) das Konzept unseres Unternehmensverbandes.

Dies Ganze – Goetheanum, Verlag und Klinik – war eine Einheit, das Zentrum praktisch der anthroposophischen Gesellschaft. Und daneben gab es eine sehr locker organisierte Weltgesellschaft, d.h. verstreut arbeitende Gruppen ohne irgendwelche Zwänge außer dem, eine Institution wie das Goetheanum etwas berechtigter anzuerkennen. Aber gleichzeitig auch ohne die Möglichkeit, in diese Stiftung selbst einzugreifen (die Stiftung hatte nur 15 ordentliche Mitglieder).

Und der Steiner war noch nicht ganz tot, da hatten die Leute die Konstruktion schon zerschlagen, weil sie sich nicht verstanden haben. Die haben beide – Weltgesellschaft und Stiftung – einfach zusammengeführt und damit alles zerschlagen, was machbar gewesen wäre. Und weil das so passiert ist, habe ich einen solchen Zorn auf diese Leute. Und die begreifen bis heute nicht, was da eigentlich bis heute nicht, was da eigentlich angerichtet worden ist.

Contraste: *Vielleicht sagst Du noch ein paar Sätze zu Deiner Sicht der jüngeren Entwicklung bei den Anthroposophen und Deinen persönlichen Erfahrungen.*

Rolf: Nach Krieg und Nazis waren ein paar Leute bei der Gesellschaft, die die Dreigliederungssache wieder in Gang setzen wollten. Aber ohne jeden Erfolg. Dann bildete sich der sogenannte Heidenheimer Kreis, ein elitärer Zirkel mit diesen ganzen Unternehmern, den Voiths und Siemens usw. Die kamen da zusammen, um die Welt zu reformieren, haben stapelweise Papier produziert, wo natürlich Null bei rausgekommen ist, haben aber gleichzeitig alles verhindert und abgewürgt, was von unten hoch wollte.

Ich hab' in Stuttgart studiert und Stuttgart war sozusagen das Zentrum der Anthroposophen. Allerdings war da in der Praxis kaum was von zu bemerken. Später, als ich wieder in Stuttgart war, bin ich in diese Kreise hineingekommen, bin da Mitglied geworden, hab' mir das angesehen und nach relativ wenigen Jahren festgestellt, daß da nichts zu machen ist.

Ich habe mich dann erstmal ganz zurückgezogen und bin erst später an einen Kreis von Leuten geraten, die diese Geschichte durchbrechen wollten. Das war ein echter Rowdy-Kreis. Wir haben Anträge gemacht noch und nöcher und alles versucht, die erstarrten Strukturen aufzubrechen. Man hatte eine solche Empörung damals und gedacht: das ist ein solcher verdammter festgefressener, selbstzufriedener Haufen, den muß man aufbrechen ... Und das endete dann damit, daß wir alle aus der Gesellschaft ausgeschlossen wurden und damit ...

Ich hab' dann dieses Unternehmen hier angefangen ... und wie das so ist: nach ein paar Jahren kommt das alles wieder hoch, die Dreigliederung, sowas kann man doch nicht einfach liegen lassen. Und dann kam Achberg in Sicht.

Eindrücke

Wir waren immer sehr stolz darauf, die alten Oberlehrer in die Ecke geschmissen zu haben. Theoriebildung **von unten**, *als Wechselspiel zwischen den eigenen Ansprüchen und den – positiven wie negativen – Erfahrungen aus der Praxis: wo müssen überzogene Vorstellungen revidiert werden und wo kann man umgekehrt die Verhältnisse, die tägliche Praxis diesen Vorstellungen entsprechend ummodeln – schrittweise hin zu komplexeren Vorstellungen einer freien und bedürfnisorientierteren Gesellschaft.*

In Hamburg waren wir konfrontiert mit den Resultaten der entgegengesetzten Vorgehensweise: aus wissenschaftlichen Einschätzungen, **von oben** *sozusagen, wird ein Modell konstruiert und in der Praxis überprüft.*

Unterm Strich weitgehend ähnliche Entwicklungen, bezogen sowohl auf die herausgearbeiteten Grundprinzipien wie auch auf die tägliche Praxis, das Verhalten der beteiligten Individuen. Hier wie dort Bedarfs- und Bedürfnislohn, Konsensprinzip bei Entscheidungsfindungen, Neutralisierung der Produktionsmittel. Und hier wie dort wiederkehrende Lohnarbeitermentalität und eine wachsende Kluft zwischen wenigen Aktiven und vielen Konsumenten und Mitläufern.

Und dennoch Unterschiede. Nach 10 Jahren Arbeit im selbstverwalteten Bereich, immer auf der Suche nach Ansätzen gemeinsamen Wollens und Handelns in Richtung Gesellschaftsveränderung müssen wir eingestehen, daß wir über winzigste Ansätze nicht hinausgekommen sind. Wirkliche Vernetzung auf ein solches gemeinsames Ziel hin hat nicht stattgefunden. Bei Gründung des hessischen Verbandes der selbstverwalteten Betriebe wurde z.B. versucht, die Lohnobergrenze zum gemeinsamen Aufnahmekriterium zu machen: **dafür** *war nur eine hoffnungslose Minderheit. Später war mal kurz die Vorstellung eines Ausgleichs bei den zu zahlenden qm-Mietpreisen im Gespräch – das erntete nur Lacherfolge. Die Perspektive eines Gewinn- und Verlustausgleichs zwischen Betrieben, und dies noch unter Einbeziehung gewisser gemeinsam gewollter sozialer, kultureller oder politischer Projekte erscheint undenkbar. Hinter dem Schlagwort der* **Autonomie** *verstecken sich die Eigenbrötler und Kleinunternehmer.*

Der Ansatz der Aktion Dritter Weg leuchtet ein: unverzichtbare Prinzipien gehören – institutionalisiert – an den Anfang einer Entwicklung, sind nicht deren Ergebnis. Wenn es auch dort nicht so recht funktionieren will, könnte das damit zu tun haben, daß der Stiftungsverein ein bißchen zu weit „oben" angesiedelt ist. Warum gleich bundesweit? Diesselbe Konstruktion, aber auf die Region bezogen, müßte m.E. das Interesse an der Etatkonferenz und die Diskussionen um die Verwendung des Etatüberschusses erheblich steigern.

Verbindungen und gegenseitige Hilfe zwischen solchen regionalen Stiftungsvereinen ließen sich dann leicht dazu konstruieren.

Zudem scheint mir, daß sich das subjektive Einverständnis mit dem nach oben begrenzten Lohn (wer da noch keine Wahl hat, hat sicher damit auch keine Qual) auf Dauer über abstrakte politische Einsichten und die Selbstbestimmung am Arbeitsplatz allein nicht halten läßt. Wo immer die Frustrationen des Alltags nach Kompensation drängen, ist Geld vonnöten. Auf Dauer wird kein Weg daran vorbeiführen, das individuelle Freizeitleben in die kollektiven Diskussionen um Veränderung mit einzubeziehen.

Meiner Ansicht nach kann ein dauerhafter Austausch, eine enge Zusammenarbeit zwischen selbstverwalteten Betrieben und den Betrieben der Aktion Dritter Weg für beide Seiten außerordentlich befruchtend sein.

Ich bin sehr interessiert und gespannt.

Karl Bergmann

Fortsetzung von Seite 4

Contraste: *Was ist Achberg?*

Rolf: Mit Achberg meine ich das „Internationale Kulturzentrum Achberg e.V.", heute Mitglied im Unternehmensverband der Aktion Dritter Weg, damals der Kristallisationspunkt unserer Diskussionen und damit ganz wesentlich an der Idee einer Aktion Dritter Weg beteiligt.

In der Gründung dieses Kulturzentrums liegt ein Schnittpunkt zweier Traditionen: die Gründer waren einerseits beeinflußt durch das Gedankengut der damals verbreiteten Republikanischen Clubs, andererseits durch den Dreigliederungsgedanken.

Und aus diesen Ansätzen heraus wurde Achberg konzipiert als Begegnungsstätte der verschiedenen Strömungen, als offene Begegnungsstätte, in der alles zusammentraf, Jungdemokraten, sowjetische Oppositionelle, jugoslawische Praxisgruppen ... und 1973 gelang es, die nach dem Prager Frühling emigrierten Tschechen zu einem vielbeachteten Kongreß einzuladen mit dem Thema: „Begegnung mit dem Dritten Weg". Dieser Begriff – in diesem Zusammenhang geprägt von Ota Cik – wurde übernommen und ist bis heute das Motto geblieben: es muß irgendwo einen Weg geben zwischen westlichem Privatkapitalismus und östlichem Staatskapitalismus.

Und in den ganzen folgenden Treffen und Kongressen ging es immer wieder um diese Frage. Das waren sehr bombastische Veranstaltungen, große Feste auch, es war schön und enorm anregend. Aber dann lief das Jahr für Jahr und wurde immer öder, weil es sozusagen im leeren Raum blieb, weil keine Praxis dabei rauskam.

Ja, und für mich, der ich ja ein kleines Unternehmen schon betrieb, was das noch viel mehr die Frage: was bedeutet das denn nun praktisch, was zieh' ich da für Konsequenzen für die Arbeit hier am Ort, wie muß ich den Betrieb entsprechend organisieren? – Das wußten die alle nicht, hatten keine Ahnung. Die dachten immer nur an die Gesamtgesellschaft, an Gesetzesänderungen, an freies Geistesleben, freie Universität ...alles so Schlagworte, die sich schön anhören, aber die man ja nicht einfach dadurch realisieren kann, indem man sie fordert.

Und dann haben wir uns in einem kleinen Freundeskreis gesagt: jetzt wollen wir uns doch mal mit der konkreten praktischen Frage auseinandersetzen. Und haben uns 6 Wochen in den Sommerferien nach Achberg zurückgezogen, haben uns dort die einschlägige Literatur vorgenommen und tatsächlich einen Aufsatz gefunden, der uns elektrisiert hat. Wiederum Steiner. Das ist ein ganz kurzer Aufsatz, heißt „Über die Gründung zeitgemäßer Unternehmen", und der ging uns so in die Knochen, weil er da nämlich sagt: notwendig ist die Gründung einer Bank! „Bankähnliches Institut" sagt Steiner, um genau zu sein, wo der Banker nicht nur derjenige ist, der irgendwas finanziert, sondern der Sachverstand hat. Ein mit Kompetenz versehenes Institut, das lernt, Projekte zu beurteilen, Leute, die was machen wollen, zu durchschauen, Projekte zu bewerten und dafür sorgt, daß weitere Unternehmen entstehen können. Wobei Steiner noch an den Banker dachte und wir ja heute bei der Öko-Bank eben nicht an den Banker denken, sondern an Gremien von Menschen, die an der Basis selbst arbeiten.

Aber die Idee zündete bei uns. Und dann ein zweiter Gedanke, der da drin war: man muß am Anfang „fruktifizierende" (er nannte das so) Unternehmen haben, die das Ganze anschubsen, also Unternehmen, die Geld verdienen, selbst wenn – so Steiner – sie sozial schädlich sind. Das hat mich damals besonders elektrisiert, dieser Gedanke, das selbst sozial Schädliches notwendig sein kann, wenn die Sache anders nicht in Gang zu bringen ist, und ich hab' da in Hamburg gesessen mit meinen Computern und konnte jetzt sagen: na ja, wie auch immer, aber Geld kann man damit allemal verdienen.

Dieser Aufsatz war für uns der Auslöser. Für uns war klar, was das sein müßte, dieses bankähnliche Institut: der Unternehmensverband. Wir müssen ein paar Unternehmen haben, die es anfangen, und dann müssen wir eine Stiftung haben... und so entwickelte sich – eigentlich aus diesem Papier – das Konzept für den Unternehmensverband der Aktion Dritter Weg.

Und dann sind wir praktisch hingegangen und haben versucht, Steiner's wesentliche Ansätze, das soziale Hauptgesetz und das soziologische Grundgesetz und das Prinzip der Dreigliederung auf die Praxis der Betriebe und des Verbandes zu übertragen.

Für uns war der Ausgangspunkt, das in einer Konstitution festzulegen. Also: Betriebsversammlung in jedem Unternehmen – zwingend. Dann eine Neutralisierungsstelle zentral für alle Unternehmen, damit nicht nur in einem Unternehmen sozusagen alle beteiligt sind – dann sind sie letzlich wieder in dem Mechanismus drin: läuft das Unternehmen gut, gibt's gute Gehälter, gibt's schlechte Gehälter, oder gar keine oder die gehen bankrott oder was auch immer. Ist das Unternehmen in einem Verband, dann kann man ausgleichen. Und der Prozeß, ob nun ein Unternehmen floriert oder nicht, hängt ja nicht unbedingt von diesem Unternehmen selbst ab, sondern von den Umständen.

Es gibt also die Stiftung und innerhalb der Stiftung sind die Unternehmen autonom, aber ihre Budgets gehen durch die Gesamtkonferenz, die wir einmal im Jahr machen. Die Etatkonferenz. Da wird über die Budgets aller Unternehmen beraten und da wird dort, wo Minus ist, versucht, rüberzuschieben, das auszugleichen. Oder es werden neue Unternehmen initiiert.

Und schließlich sind alle Unternehmen verpflichtet, die Trennung von Leistung und Einkommen beizubehalten. Das ist sehr wichtig. Denn nur diese Trennung kann verhindern, daß die Entwicklung der Individualität des Einzelnen zur Profitorientierung verkommt. Wenn ich mich entwickele, kriege ich Fähigkeiten, und wenn ich diese Fähigkeiten mit meinem Einkommen koppeln kann, kommt genau das raus, was wir heute haben: die profitorientierte Wirtschaft. Ich sehe: meine Fähigkeiten bringen mir Geld.

Wir sagen dagegen von vornherein: jede Fähigkeitsentwicklung muß möglich sein, die autonome Arbeitsweise muß möglich sein, jeder muß sich wirklich so entwickeln können, wie er das will. Aber: er kriegt dafür nichts. **Dafür** kriegt er nichts. Sondern er kriegt was, weil er ein Mensch ist und leben muß. Das ist ein Menschenrecht gewissermaßen, angemessen leben zu können. ...

Contraste: Wir danken für dieses Interview.

Leider können wir aus Platzgründen nicht das gesamte Interview veröffentlichen.

die Redaktion

NICARAGUA-KAFFEE

DIREKTIMPORT

Die in früheren Ausgaben vorgestellte Initiative zum Direktimport von NICARAGUA-KAFFEE (ÖKOTOPIA, Berlin; Venceremos, Coesfeld; Soli-Shop, Frankfurt) und einem ABO-Vertriebssystem des Kaffees für Berlin (Berliner Kaffee-Genossenschaft i.Gr.) nimmt konkrete Formen an. Der Kauf des Kaffees ist in Encafé bestätigt und die georderten 250 Sack stehen zur Verschiffung bereit. Wenn alles glatt geht, wird am 28. März in Corinto/Nicaragua mit dem Schiff San Nicolas der ‚Berliner-Abo-Kaffee' Richtung Hamburger Hafen auslaufen.

Dolla Dollar

Die Schwankungen des Dollar machen diesen Kaffeekauf zu einem Abenteuer. Wann ist es günstig, zu kaufen? Steigt er, oder greifen die Regierungen wieder ein, so daß er nach unten purzelt? Einen Pfennig Unterschied im Dollar machen für uns später 5 Pf. mehr oder weniger pro kg Kaffee bzw. DM 880,– auf die 17,25 t Kaffee aus. Für uns wird der ‚Weltmarkt' (oder besser die Reagan-Politik) zum hautnahen Erlebnis, mit Schüttelfrost, Gänsehaut und Schweißausbrüchen.

Wenn die Papiere des Kaffees bei der Bank eingehen, müssen wir den Dollar kaufen, egal wie hoch er gerade steht.

Woher kommt das Geld jetzt?

Wir hatten unsere Pläne zur Geldbeschaffung dargestellt. Bis die Abo-Werbung anlaufen kann, also bis wir ganz konkret wissen, daß unser Kaffee unterwegs ist und wir den Preis bezahlt haben, brauchten wir Kredite.

Die Kreditsuche durch Stattwerke war ein voller Erfolg (92.523,15 DM) und auch Netzwerk stellt uns einen Vorfinanzierungskredit bis zur Höhe von 70.000,– DM zur Verfügung, um noch klaffende Finanzlücken zu füllen. Der erste Kauf des Kaffes ist also gesichert.

Nun muß die Vorbereitung zur Abonnentenwerbung losgehen, denn wenn wir kontinuierlich Kaffe haben wollen, müssen wir bald den zweiten und dritten Container Kaffee kaufen. Das heißt, wir brauchen vierteljährlich eine gewisse Menge Geld, um den gekauften Kaffee zu bezahlen.

Der Preis des Abos wird leider durch den Anstieg des Dollars mit ziemlicher Sicherheit bei DM 130,–/5 kg liegen. Und dies auch mit strikter Einhaltung des Selbstkostenprinzips. (Dafür bekommt Nicaragua durch unseren Kauf über DM 2,–/kg mehr bezahlt, als bei einem Kauf über einen Agenten.)

Wie funktioniert das Abo?

Ein Abo entspricht 5 kg Kaffee. Wenn ihr mehr haben wollt, müßt ihr mehr Abo's kaufen.

Durch die Einzahlung des Geldes auf unser Konto habt ihr den Kaffee gekauft. Ihr bekommt eine Quittung, gegen die ihr den Kaffee entweder in einem nahen Bioladen/Café oder per Post (kostet aber mehr) oder aber auch, wenn's sich lohnt, von uns ausgeliefert bekommt (dies gilt natürlich nur für Berlin).

Unsere weitere Arbeit:

- Unser erster Schritt zur Abkopplung von den Konzernen ist getan, der Kaffee ist gekauft.
- Freunde haben in Nicaragua Kooperativen besucht, die im Aufbau sind und neben Kaffee auch all ihre Grundnahrungsmittelproduktion selbst betreiben. Wir möchten diese Kooperativen mit dem 10%igen Mehrpreis (über 2,– kg) unterstützen).
- Eine Broschüre über den Kaffeehandel ist kurz vor der Fertigstellung und Veranstaltungen (z.B. auf den Lateinamerikatagen) werden vorbereitet.

Auskünfte über die Möglichkeiten der Direktkreditvergabe für das Kaffee-Projekt bei: Stattwerke, Paul-Lincke-Ufer 44a, 1000 Berlin 36, Tel. 030/6 11 59 04 oder bei Ökotopia im Mehringhof, Tel. 6913064

BAUGEWERBE

Es wird weitergebildet...

Ein erfreuliches Ereignis der Projektmessen und Wintertage ist die zunehmende Zahl von Seminaren für's Baugewerbe. Vor allem für uns schwefelgeschwängerte Berliner sind es allemal erholsame Tage auf dem Lande.

Das letzte dieser Treffen fand am 1. März statt, diesmal aus Platzmangel nicht in Eldasgen bei Hannover, sondern in Altenmelle (für die, die es noch nicht kennen: ein weiteres kollektiv betriebenes Tagungshaus in der Nähe von Osnabrück – schöne Lage, Vollpension, Sauna usw.).

Versammelt waren ca. vierzig Kollektive und verschiedene Einzelkämpfer – wobei gegenüber den ersten Treffen immer mehr Planer und immer weniger Handwerker kommen, ich hoffe, daß sich das wieder ändert.

Das Seminar war als Fortsetzungstreffen geplant – „zugelassen" nur die, die an einem der ersten Treffen teilgenommen hatten.

Diskutiert wurde drei Tage lang über biologische Innen- und Außenanstriche, verschiedene Holzschutzverfahren, Einsatz von ökologisch sinnvollen Materialien bei schall- und wärmeschützenden Wänden und Böden, Mauerwerkstrockenlegung und noch einiges andere. Ein paar Gruppen stellten ihre Projekte im Bild vor und erklärten sie.

Mir hat's eine Menge gebracht – ich hoffe, den anderen Teilnehmern ging es ebenso.

Allerdings zeigen sich auch je öfter wir uns treffen immer mehr Themen, über die noch nicht gesprochen wurde. Deutlich wurde es diesmal, als sämtliche Anwesenden bei den Themen „Beeinflussung des Wohnbereiches durch elektromagnetische Felder und Radioaktivität" voll ins Spekulative abrutschten – ohne einen gewissen Kenntnisstand läßt sich nun mal schlecht diskutieren. Auch wurde der Begriff „Ökologisches Bauen" leider nicht weiter definiert. Auf den ersten Seminaren wurden immerhin noch die Kriterien besprochen, mit denen wir einen Baustoff beurteilen – wobei erfreulicherweise auch mögliche Umweltschäden bereits in der Herstellung eines ansonsten vielleicht harmlosen Produkts mit einbezogen wurden.

Jede soziale oder politische Komponente dieses Begriffs ist jedoch bis heute sorgfältig ausgeklammert worden. Mag sein, daß ich als Berliner diesen Punkt etwas höher bewerte – aber mir fiel wieder unangenehm auf, daß es sich bei allen gezeigten Beispielen um schöne Villen im Grünen handelte. Mal abgesehen davon, was ich über die Zersiedelung der Restlandschaft denke, kann ich mir solche Beispiele schon seit Jahren in den einschlägigen Zeitschriften ansehen. Gibt's eigentlich einen ökologischen sozialen Wohnungsbau oder eine giftfreie billige Altbauinstandsetzung?

Es ist den Organisatoren der letzten Treffen gelungen, die Ergebnisse in einer Kurzfassung schriftlich niederzulegen. (Bezugsquelle s.u.). Für das letzte Treffen und die noch geplanten soll dies auch geschehen. Genaue Termine sind leider noch nicht bekannt. Wir werden sie in der nächsten Ausgabe dieser Zeitschrift mit dem unmöglichen Namen (ehemals Wandelsblatt) bekanntgeben. Ich hoffe sehr, daß demnächst wieder mehr Handwerksbetriebe vertreten sind.

Geplant sind bis jetzt drei weitere Treffen zu den Themen Energie, politische Aspekte des ökologischen Bauens, Entwurfskriterien beim Neubau.

Axel Rudolphi

Bezugsadresse für die Zusammenfassung:
Energie + Umweltzentrum
3257 Springe-Eldasgen
Telefon 05044/380

Das Bild kann aus lizenzrechtlichen Gründen leider nicht online gezeigt werden.

Fortsetzung von Seite 1

Die Genossenschaft, eine Rechtsform für Selbstverwaltungsbetriebe?

„Die Genossenschaft kann sich nur proportionell zu den geistigen und moralischen Eigenschaften jener entwicklen, die ihr angehören."

Herbert Spencer

Zum Fehlen einer geeigneten Rechtsform für Selbstverwaltungsbetriebe

Selbstverwaltete Unternehmen in der Bundesrepublik haben mehr noch als in anderen westlichen Ländern keinen dauerhaften Bestand. Sie scheitern entweder oder werden in „normale" hierarchische Betriebe umgewandelt. Dies kann mit einem breiten Ursachenspektrum erklärt werden. Eine oftmals unterschätzte Rolle kommt hierbei den rechtlich-institutionellen Bedingungen zu. Sie sind nicht nur förderlich, sondern im starken Maße hinderlich für den Aufbau und die Erhaltung demokratischer, alternativer Unternehmen.

Die folgenden Überlegungen über die Rechtsformproblematik beziehen sich ausschließlich auf erwerbswirtschaftliche Alternativbetriebe produktivgenossenschaftlicher Art. Darunter werden Betriebe verstanden, auf die die drei wichtigen genossenschaftlichen Charakteristika zutreffen: Das Identitäts-, das Förderungs- und das Demokratieprinzip. Dies heißt: die Mitglieder sind gleichzeitig Eigentümer und Beschäftigte; nicht die Kapitalverwertung, sondern die adäquate Verwendung und Ausweitung der individuellen Fähigkeiten und damit die Tätigkeitsinteressen stehen im Vordergrund und die Berücksichtigung dieses Tätigkeitsinteresses des Mitglieds wird durch das Prinzip „ ein Mensch – eine Stimme" gesichert. Jeder hat also, unabhängig von der Kapitaleinlage, Alter, Dauer der Betriebszugehörigkeit, Engagement oder Qualifikation, formal gleiche Einflußchancen.

Von den vorhandenen Rechtsformen kommen für erwerbwirtschaftliche Projekte mit größerer Mitgliederzahl nur die Rechtsformen der GmbH und der Genossenschaft in Frage. Gewählt wird in den meisten Fällen die GmbH, nicht zuletzt aufgrund des hohen Informationsdefizits über die Genossenschaft. Dabei weist die Genossenschaft im Vergleich zur GmbH mehr Vorteile auf als im allgemeinen angenommen wird.

Vergleich von Genossenschaft und GmbH

Beiden Unternehmensformen gemeinsam ist: Sie fungieren als juristische Person, ihnen stehen also selbstständige Rechte und Pflichten zu. Sie können Eigentum beispielsweise an Grundstücken erwerben, Verträge abschließen und vor Gericht klagen oder verklagt werden. Zudem haften in beiden Rechtsformen die Mitglieder nur in Höhe ihrer Einlagen bzw. gezeichneten Anteile. Hier ergibt sich allerdings ein erster entscheidender Unterschied, der für die Genossenschaft spricht. Während das vorgeschriebene Mindeststammkapital bei der GmbH 50 000,-- DM beträgt, von denen die Hälfte in Form von Sach- oder Geldwerten sofort eingebracht werden muß, besteht bei der Genossenschaft keine entsprechende Vorschrift. Hier kann und soll das haftende Kapital nach Art und Umfang der wirtschaftlichen Tätigkeit angemessen sein oder angepaßt werden. Dies kommt dem Anliegen von Selbsthilfeprojekten wesentlich entgegen. Denn zu Beginn ihrer wirtschaftlichen Tätigkeit stehen meist keine umfangreichen Geldmittel zur Verfügung. Als entscheidendes „Kapital" oder besser Ressource für den Betriebsaufbau wird die unter- oder unbezahlte Arbeitskraft der Mitglieder eingebracht. Auch wächst das Ausmaß der wirtschaftlichen Tätigkeit und damit die Zahl der Mitglieder, die darüber ihr Einkommen erwirtschaften wollen, oft erst langsam an. Ein niedriges Stammkapital bedeutet deshalb eine Verbesserung der Startbedingungen. Es wirkt nicht als Gründungshemmschwelle wie bei der GmbH oder der Aktiengesellschaft. Eine Erleichterung für die Gründung stellt zusätzlich die geringe Mindesteinzahlung dar, die nur 10% der gezeichneten Anteile ausmacht. Der Rest kann und muß durch die erwirtschafteten Überschüsse aufgestockt werden.

Eng damit zusammen hängt die Flexibilität des Stammkapitals bei der Genossenschaft. Es kann mit dem Ein- oder Austritt von Mitgliedern steigen oder fallen. Die Rechtsfähigkeit der Genossenschaft hängt also im Gegensatz zur GmbH nicht von der Höhe des Stammkapitals, sonder der Zahl der Mitglieder (mindestens 7) ab. Der Bestand einer Genossenschaft wird nicht gefährdet, falls bei Austritt eines Mitgliedes dessen Anteil nicht mehr als haftendes Eigenkapital gelten und nicht kurzfristig ersetzt werden kann. Dies trifft aber für die GmbH zu, wenn das Stammkapital „nur" 50 000,--DM beträgt und die übriggebliebenen Gesellschafter nicht in der Lage sind, das abgezogene Kapital zu ersetzen – ein für Alternativbetriebe realistischer Fall.

Außerdem ist die Fluktuation von Mitgliedern, ein mit zunehmender Beschäftigung wichtig werdender Aspekt, bei der GmbH umständlich und kostspielig. Bei der Genossenschaft reicht eine Aus- bzw. Eintragung in die beim Amtsgericht vorliegende Liste der Mitglieder aus. Dagegen müssen Mitgliederveränderungen bei der GmbH im Handelsregister vermerkt und notariell beglaubigt werden. Letzteres gilt auch für durch solche Veränderungen bedingte oder davon unabhängige Stammkapitalveränderungen. Die hiermit verknüpften Zahlungen von Notargebühren können auf Dauer beträchtliche Ausmaße annehmen. Die Verfügung über Eigentum und die Möglichkeit der Entscheidungsbeteiligung wird über formale Regelungen und vorgegebene Rechtsstrukturen wesentlich beeinflußt. Sie kommen besonders im Konfliktfall zum Tragen, indem durch sie Konfliktverlauf und -lösung entscheidend geprägt werden. Zusätzlich spielt auch die Intention, mit der ein Unternehmen gegründet wird, eine nicht zu unterschätzende Rolle. Für die Absicht gleichberechtigten, solidarischen Zusammenarbeitens aber hat die Rechtsform der Genossenschaft eine lange Tradition. Unterbrochen wurde diese Tradition durch die Herrschaft der Nationalsozialisten. Zudem wird sie in der Bundesrepublik seit Ende der fünfziger Jahre zunehmend durch ökonomische Überlegungen und den Prozeß der schleichenden Entmündigung der Genossen überdeckt, teilweise sogar unterschlagen, und geriet so fast in Vergessenheit. Trotzdem weckt der Begriff genossenschaftlich bzw. Genossenschaft fast durchweg noch positive Assoziationen. Von daher ist es kein Zufall, daß seit der Gründung von Alternativbetrieben über ein Wiederaufleben des genossenschaftlichen Denkens gesprochen wird.

Einige Projekte, wie die Grethersche-Grund-Genossenschaft in Freiburg oder die Tübinger Handwerkergenossenschaft, bezeichnen sich sogar als Genossenschaft, obgleich sie diese Rechtsform nicht angenommen haben. Dies weist ebenso wie eine Entscheidung für die juristische Form auf ein Anknüpfen an die genannte Tradition hin. Gleichzeitig bedeutet es eine gedankliche Selbstverpflichtung auf die mit dieser Tradition verbundene Grundeinstellung, den früher oft zitierten Genossenschaftsgeist. Auch erfolgt eine Bindung an daraus abgeleiteten Verhaltensweisen wie solidarischen und kooperativem Handeln. Dies kann für die innerbetrieblichen Umgangsformen und einer entsprechenden Konflikthandhabung erhebliche Auswirkungen haben, zumal auch von außen herangetragene Erwartungshaltungen einen sanften „Druck" in diese Richtung erzeugen. Insofern ist die Genossenschaft mehr als alle anderen juristischen Formen der auch als Moralökonomie bezeichneten Wirtschaftweise von Alternativprojekten angemessen.

Die genossenschaftliche Rechtsform erfuhr mit der Novellierung von 1973 eine weitere Anpassung an die Kapitalgesellschaften GmbH und Aktiengesellschaft. Aspekte dieser Anpassung sind: die Verstärkung der Autonomie des Vorstandes, Ausschluß einer Weisungsbefugnis der Generalversammlung, Aufhebung der Begrenzung der Kapitalverzinsung und Möglichkeit der Einführung eines Mehrstimmenrechtes mit bis zu drei Stimmen. Dies ändert aber nichts daran, daß die Genossenschaft ohne vertragliche Konstruktionen eine Grundstruktur aufweist, die der Vorstellung vom gleichberechtigten Arbeiten und Entscheiden noch am nächsten kommt. Beispielsweise kann in keiner anderen Rechtsform das Prinzip „ein Mensch – eine Stimme" unabhängig von der Höhe der Kapitaleinlagen so unkompliziert abgesichert werden. Bei der GmbH gelingt dies problemlos nur über die Festlegung der Kapitalanteile auf die gleiche Höhe.
Ansonsten kann dort die Begrenzung von Stimmrechten für eingebrachtes haftendes Kapital über die Koppelung mit einer stillen Gesellschaft geregelt werden.

Besonders für die Genossenschaft spricht, daß kein Anspruch der Genossen auf Beteiligung am inneren Wert der Genossenschaft besteht. D.h., ein austretendes Mitglied hat nur Anspruch auf den Nennwert seiner Einlagen plus eventuell zusätzlich vereinbarter Geldbeträge. Angesammelte stille Reserven oder ein durch Investitionen und Geschäftsbeziehungen angewachsener Firmenwert sind, solange die Satzung keine andere Vereinbarung enthält, erst bei der Liquidation für die einzelnen Mitglieder realisierbar. Eine solche Teilneutralisierung des Kapitals wird dem Anspruch von Alternativbetrieben auf eine andere, nicht spekulative Handhabung von Eigentum an Produktionsmitteln noch am ehesten gerecht.

Die widersprüchliche Rolle der genossenschaftlichen Prüfungsverbände

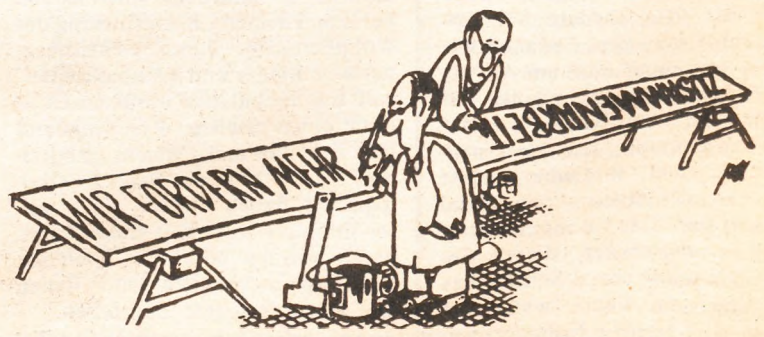
Ablehnung, aber auf jeden Fall immer Ambivalenz gegenüber der Rechtsform der Genossenschaft entsteht von seiten aller Alternativprojekte aufgrund der Pflichtmitgliedschaft in einem genossenschaftlichen Prüfungsverband, die eine Voraussetzung für die Erlangung der Rechtsfähigkeit ist. Diese Ablehnung bzw. Ambivalenz existiert auch umgekehrt auf seiten der Revisionsverbände gegenüber Alternativprojekten. Diese beiderseitig vorhandene Negativeinstellung birgt die Gefahr in sich, daß Bestätigungen für die ablehnende Haltung des jeweils anderen gesucht und gefunden werden. Das Ganze nimmt dann den Charakter einer sich selbst erfüllenden Prophezeiung an, die den auf beiden Seiten erforderlichen Anpassungs- und Akzeptanzprozeß verhindern kann.

Die Pflichtmitgliedschaft gibt bei den wenigen Projekten, die sich intensiver mit der Rechtsform der Genossenschaft auseinandersetzen, den Ausschlag für deren Nichtwahl. Sie befürchten darüber eine Einmischung in ihre betriebseigenen Angelegenheiten, eine intensivere Kontrolle, die sie für unzulässig halten. Der Prüfungsverband ist aber nicht nur Kontrolleur, sondern spielt eine Doppelrolle, indem er auch informierende und beratende Funktionen übernimmt. Er kann somit für Alternativbetriebe eine wichtige unterstützende Aufgabe übernehmen und diese können sich so anderweitige, teure externe Berater ersparen.

Außerdem hat selbst die durch die Revisoren ausgehende Kontrolle positive Aspekte. Sie stellt einen Zwang zur frühzeitigen Reflexion und zur „ordentlichen" Gestaltung der Betriebsabläufe dar und ist somit auch Schutz für Mitglieder und Gläubiger der Genossenschaft. Alternativbetriebe in anderen Rechtsformen lassen sich durch das Fehlen eines solchen Drucks oft dazu verleiten, in der Anfangsphase ihr Rechnungswesen, insbesondere ihre Buchhaltung, zu vernachlässigen. Die direkte, unmittelbare Arbeit steht im Vordergrund. Dies führt dazu, andere wichtige Tätigkeiten liegenzulassen. Eine spätere Aufarbeitung wird dann sehr schwierig oder unmöglich, weil das Durcheinander zu groß ist oder sogar ein Teil der Belege fehlt. Oft geschieht diese Aufarbeitung erst, wenn eine Finanzamtprüfung ansteht, die dann häufig hohe Steuernachzahlungen zur Folge hat. Dies kann meist auch ein externer Spezialist, sprich Steuerberater, nur noch begrenzt abfangen. Zudem muß diesem aus der Sicht der Projektmitglieder vergleichsweise hohes Honorar gezahlt werden. Zu solchen Situationen kommt es in Genossenschaften nicht, da die in zweijährigem Abstand anstehende Prüfung eine längere Vernachlässigung der kaufmännischen Arbeit verhindert.

Für die Inkaufnahme der Kontrolle durch den Prüfungsverband spricht noch ein weiterer Gesichtspunkt. Bei Projekten, die sich nicht in den formellen Sektor oder den Bereich der Schattenwirtschaft abdrängen lassen wollen, im Gegenteil sogar Öffentlichkeit anstreben, fördert Transparenz ihrer Ökonomie die Glaubwürdigkeit. Das Prinzip der „gläsernen Taschen" nach innen und außen und eine aktive Informationspolitik kann so ein weiteres positives Abgrenzungskriterium gegenüber „normalen" Unternehmungen sein. Der „TÜV-Stempel" unter die Abschlußbilanz gibt die Sicherheit, daß nicht schon über einfache, kurzfristig anberaumte Betriebsprüfungen von behördlicher oder finanzamtlicher Seite der Versuch beendet werden kann, ein Modell betrieblicher Selbstverwaltung aufzubauen.

Fortsetzung Seite 7



Fortsetzung von Seite 6

Die Kostenvor- und Nachteile im Hinblick auf die Pflichtmitgliedschaft sind nur schwer zu beurteilen. Der Mindestmitgliedsbeitrag, über den die meisten Alternativbetriebe wohl nicht hinauskommen, beläuft sich – variierend nach Prüfungsverband – auf ungefähr 500,– DM. Für die Pflichtprüfung fallen pro Tag und pro Prüfer nochmals zwischen 500,– DM und 600,– DM an, sodaß der anfallende Gesamtbetrag bei 1000,– DM bis 1200,– DM liegt, solange keine Schwierigkeiten auftreten. Den Kosten steht der wahrscheinliche Wegfall einer Finanzamtsprüfung mit sicheren Nachzahlungen und, bei gutem Kontakt zum Revisor, die Ersparnis der Aufwendungen für den Steuerberater gegenüber. Insofern liegen die Kosten in Wirklichkeit niedriger als auf den ersten Blick für die meist finanzschwachen Alternativbetriebe erkennbar ist.

Problematik der Wirtschaftlichkeitsprüfung

Entscheidender Hemmschuh für die Anerkennung als Genossenschaft ist jedoch die Wirtschaftlichkeitsprüfung. Sie zwingt viele Projekte, die als Genossenschaft gegründet werden sollten, in andere Rechtsformen auszuweichen. Die Prüfungskriterien sind so ungenau und schwammig, daß den Verbänden ein breiter Ermessensspielraum bleibt, um aus letztlich politischen Gründen zu blocken. Über diese Wirtschaftlichkeitsprüfung wird somit der alte Genossenschaftsgedanke „Hilfe zur Selbsthilfe" ad absurdum geführt, da die dafür gedachte Rechtsform nur bei viel Beharrlichkeit angenommen werden kann. Erschwerend kommt hinzu, daß die Prüfungsverbände andere Kriterien haben als die Mitglieder alternativer Genossenschaften. Sie denken nur noch in den herkömmlichen betriebswirtschaftlichen Kriterien und sehen das Ereichen eines Zugewinns als entscheidend an. Die Schaffung und Erhaltung von Arbeitsplätzen, das Wirtschaften nach dem Kostendeckungsprinzip oder die Erstellung sinnvoller Produkte wird von ihnen nur ungern und erst nach Auseinandersetzungen als wirtschaftliche Förderung der Mitglieder akzeptiert.

Im Rahmen der Wirtschaftlichkeitsprüfung müssen von den in Gründung begriffenen Betrieben Angaben über den voraussichtlichen Geschäftsumfang, zu dessen Finanzierung, zur organisatorischen Abwicklung der Geschäfte usw. gemacht werden; diese Angaben sind durch geeignete Unterlagen nachzuweisen. Damit wird ihnen eine Beweispflicht auferlegt, der sie im Grunde genommen gar nicht nachkommen können. Denn Erwartungen und Planungen, also Voraussagen über die Zukunft, behalten Vermutungscharakter. Sie sind nicht beweisbar. Steht aber Annahme gegen Annahme, hat der Prüfungsverband, der als Zwangsverband eigentlich jede Genossenschaft aufnehmen müßte, die Möglichkeit, dies zu verhindern oder zumindest hinauszuzögern: über formale Begründungen, schleppende Bearbeitung, Verlagerung des im voraus zu gebenden Wirtschaftlichkeitsnachweises auf den in Gründung begriffenen Betrieb u.a.m. In mehreren Fällen wurden so Alternativbetriebe in die nicht gewollte Rechtsform der GmbH gedrängt.

Erfahrungen anerkannter alternativer Genossenschaften zeigen, daß vom Zeitpunkt des Antrages bis zur endgültigen Anerkennung viel Zeit verstreicht, oft bis zu einem Jahr. Der damit verbundene rechtliche Schwebezustand während der stressreichen Phase des Betriebsaufbaus wurde als sehr belastend empfunden. In den Fällen, in denen die Anerkennung vergleichsweise schnell und unproblematisch verlief wie bei der Druck- und Verlagsgenossenschaft Stattwerk e.G. in Essen, waren günstige Umstände ausschlaggebend. Die Existenz eines Betriebes und der dadurch leichter zu führende Nachweis seiner wirtschaftlichen Tragfähigkeit gehörten hierzu. Insofern kann trotz einzelner positiver Gegenbeispiele festgehalten werden: In ihrer derzeitigen Praxis verfahren die Genossenschaftsverbände als Selbsthilfe verhinderungs- anstatt als Selbsthilfeförderungsinstitutionen.

Daraus eine grundsätzliche Ablehnung der genossenschaftlichen Rechtsform herzuleiten, ist allerdings unangebracht. Vielmehr sollte durch öffentliche Diskussionen solcher Erfahrungen versucht werden, eine veränderte Anerkennungspraxis der Revisionsverbände zu erreichen. Dann hätte die Genossenschaft für größere Selbstverwaltungsbetriebe eine größere Attraktivität als alle anderen z.Zt. „wählbaren" Rechtsformen.

Burghard Flieger

Ausführlicher hierzu siehe: Burghard Flieger (Hrsg.): Produktivgenossenschaften oder der Hindernislauf zur Selbstverwaltung, zu beziehen über die AG SPAK Publikationsstelle, Kistlerstr. 1, 8000 München 90 für DM 24.–.

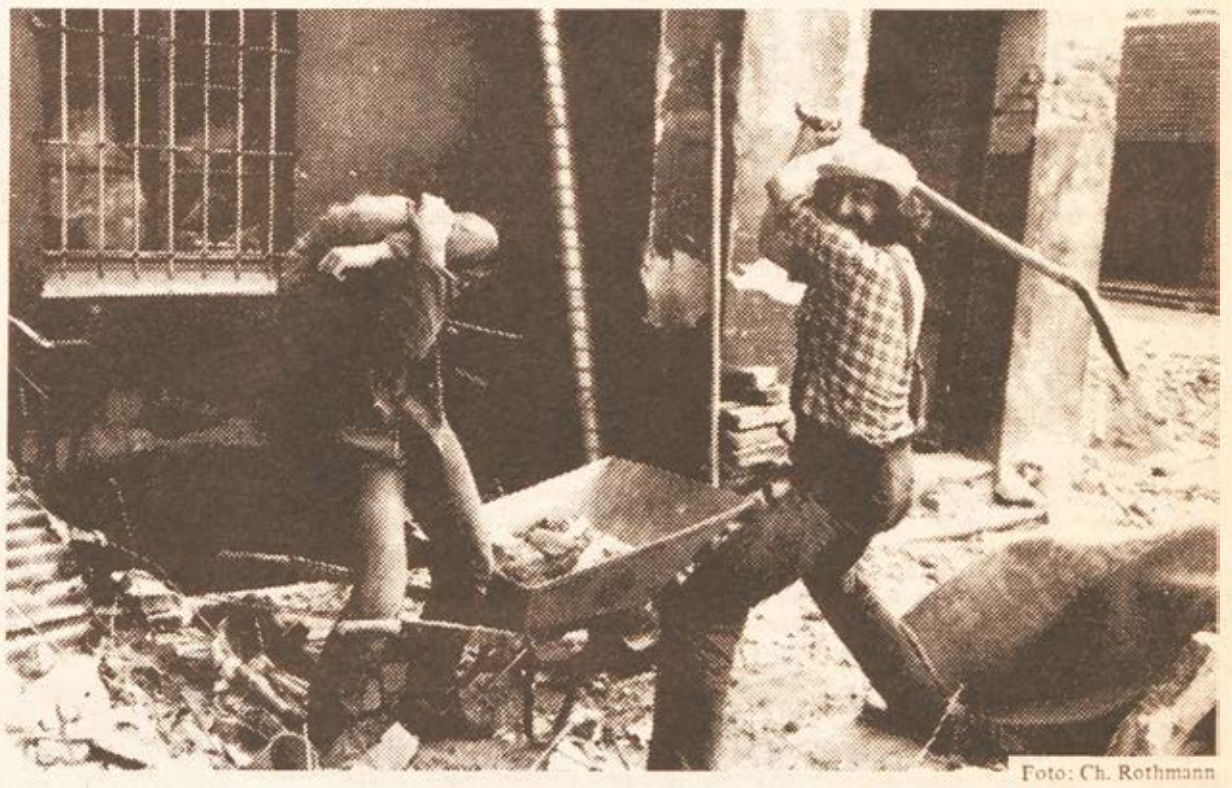


Foto: Ch. Rothmann

Alternativer Betrieb und GmbH: Paßt das zusammen?

Wenn wir für einen Alternativbetrieb eine Rechtsform überlegen, so sollte zunächst klar sein, daß dies im Verhältnis zu Problemen, wie der inneren Organisation, der Zusammenarbeit mit anderen Projekten, der Produkt-, Markt- und Finanzierungsmöglichkeiten, nur eine untergeordneten Rolle spielt. Denn die rechtliche Organisation kann nicht mehr leisten, als diese Fragen in eine formalisierte Struktur umsetzen. Gelöst werden müssen diese Probleme woanders. Das bedeutet, daß ein Gesellschaftsvertrag vor allem dazu dient, ein anfangs erreichtes gemeinsames Bewußtsein über die Struktur des Projektes festzuhalten, nicht aber zu formen. Die Notwendigkeit, Fragen im Gesellschaftsvertrag aufzuschreiben, regt dazu an, sich auch wirklich hierüber Gedanken zu machen und nicht nur ein diffuses Zusammengehörigkeitsgefühl zu haben, was den ersten Krach existenzbedrohend werden läßt. Man sollte deshalb den Gesellschaftsvertrag auch als Chance nutzen, einen tatsächlich ausgesprochenen Konsens zu erzielen und festzuhalten. Das kann viele Nervereien ersparen.

Was bringt die GmbH für Alternativbetriebe?

Attraktiv ist die GmbH vor allem wegen ihrer Haftungsbeschränkung (für Verbindlichkeiten des Betriebes haftet nur die GmbH mit ihrem Stammkapital, nicht aber die Gesellschafter). Dies bedeutet: Hat der Betrieb für 130.000,– bei einem Händler eingekauft und kann der Betrieb die Rechnung nicht bezahlen, so haftet nicht jedes Projektmitglied persönlich, sondern nur der Betrieb mit seinem Mindeststammkapital von 50.000,– DM. Der Lieferant bleibt also auf seinen anderen 80.000,– DM sitzen, wenn er nicht anders gesichert ist. Und genau dies letztere ist der Knackpunkt, den viele übersehen. Denn kaum ein (Groß-) Lieferant ist bereit, ohne weitere Sicherung (z.B. persönliche Bürgschaft jedes einzelnen Mitglieds, Sicherungsübereinigung, Eigentumsvorbehalt) größere Lieferungen ohne Barzahlung zu gewähren. Dies gilt für Banken erst recht. Um zu entscheiden, ob die Haftungsbegrenzung der GmbH überhaupt wichtig ist, muß man also erst mal sehen, ob überhaupt (ungesicherte!) Verpflichtungen übrig bleiben, die das Stammkapital der GmbH von mindestens 50.000,– DM überschreiten. Das wird in den meisten Fällen nicht so sein. Das bedeutet, daß die so schön aussehende Haftungsbeschränkung bei der GmbH meist nichts nützt. Anders ist dies nur bei Betrieben, die schon Vertrauen im Geschäftsverkehr erhalten und bei denen auf Sicherungen verzichtet wird. Die GmbH ist deshalb vor allem für größere und ältere Betriebe eine sinnvolle Rechtsform.

Denn: Dem Vorteil der Haftungsbeschränkung stehen hohe Kosten für die Errichtung der GmbH gegenüber. Für die Gründung müssen etwa 1.500,– DM angesetzt werden (Notar, Gericht, Kapitalverkehrssteuer). Auch das Austauschen von Gesellschaftern kostet einige hundert Mark. Dies trifft die kleineren Betriebe stärker.

Dieses Urteil bestätigt sich auch in einem weiteren Bereich: Im Gegensatz zur BGB-Gesellschaft können sich die Projektmitglieder bei der GmbH selbst anstellen. Sie sind dann als „abhängige Beschäftigte" keine Unternehmer, sondern Angestellte. Folge: Sie zahlen den billigeren Angestelltentarif bei den Sozialversicherungen, können sich an der Arbeitslosenversicherung beteiligen und bezahlen die Steuern für Angestellte. Außerdem senken sie durch die Erhöhung der Lohnkosten den zu versteuernden Gewinn des Betriebes. Dies alles ist für größere Betriebe vorteilhaft. Bei kleinen kann dies jedoch nach hinten losgehen: Denn falls der Lohn mal nicht ausgezahlt werden kann, müssen die Sozialabgaben trotzdem abgeführt werden (und die AOK läßt nicht mit sich handeln!), während die Projektmitglieder Lohnverzicht üben. Außerdem haben alle Betriebe steuerliche Freibeträge, die bei kleinen Projekten stärker ins Gewicht fallen und die nur von selbständigen Unternehmern ausgenutzt werden können, nicht aber von Angestellten.

Fazit: Die GmbH hat nur für größere Betriebe einen Sinn.

Für diese Projekte hat die GmbH neben der Haftungsbegrenzung einige Vorteile gegenüber anderen Rechtsformen: So ist anders als bei der AG kein Aufsichtsrat vorgeschrieben, die GmbH kann anders als die KG für jeden Zweck herangezogen werden (auch für einen gemeinnützigen) und sie gibt, anders als die BGB-Gesellschaft bzw. die oHG, einen sicheren Betätigungsrahmen für die Mitglieder. Gegenüber der eingetragenen Genossenschaft ist sie leichter zu realisieren und auf Dauer gesehen billiger. Vor allem kann die GmbH in ihrer Struktur allen vorher genannten Rechtsformen angepaßt werden. Eine GmbH kann z.B. wie eine KG oder auch wie eine Genossenschaft strukturiert werden, ganz nach Belieben.

Was ist nun im einzelnen bei der GmbH zu beachten? Dazu folgende Stichworte in Kürze:

- Gründung: Das Stammkapital der GmbH beträgt mindestens DM 50.000,–, davon müssen 25.000,– bei Gründung eingezahlt werden. Es können auch Sachmittel gegeben werden (Mercedes...). Die restlichen 25.000,– können z.B. in bestimmten Raten eingezahlt werden.
- Vor-GmbH: Nach der Gründung dauert es meist einige Wochen bis Monate, bis die GmbH eingetragen ist. Bis zu dieser Eintragung ins Handelsregister ist die Haftung derjenigen, die im Namen der GmbH handeln, **nicht** beschränkt.
- Gesellschaftsdarlehen: Darlehen, die ein Gesellschafter gegeben oder für die er gebürgt hat, werden unter bestimmten Umständen wie haftendes Eigenkapital behandelt: Das bedeutet: Gibt ein freundlicher Mensch einer GmbH ein Darlehen, daß nur durch eine Bürgschaft gesichert ist, z.B. bei einer Direktkreditvermittlung, so kann es passieren, daß er bei Zahlungsproblemen der GmbH von deren Gläubigern mit seinem Darlehen wie ein weiterer Gesellschafter behandelt wird. Folge: Er bekommt überhaupt nichts wieder zurück. Hier sollte deshalb ein Fachmann den Vertrag mitgestalten.
- Kapitalneutralisierung: Die Projektmitglieder können die Kapitalrechte so einschränken, daß sie nur ihre Löhne erhalten. Das kapitalistische Element der GmbH kann also ausgeschlossen werden.
- Eintritt und Austritt lassen sich im ganzen gut regeln. Die Vererbung des Anteils ist zwar nicht zu verhindern. Die Erben können durch Vertrag aber zur entschädigungslosen Übertragung des Anteils verpflichtet werden. Abfindungsansprüche des ausscheidenden Gesellschafters können auf die Höhe der eingezahlten Einlagen beschränkt werden (wenn es halbwegs gut im Gesellschaftsvertrag begründet wird).
- Die Selbstverwaltung ist gut realisierbar. Jedem Gesellschafter kann eine Stimme unabhängig von seiner Kapitalbeteiligung gewährt werden. Schwierig wird es nur dann, wenn z.B. in einem Handwerksbetrieb nur einer Meister ist (ganz zu schweigen davon, wenn keiner da ist). Da ist das übrige Projekt von diesem Meister abhängig. Da nützt der beste Vertrag nichts.

Nur ein kleiner Exkurs zur Kapitalneutralisierung

Die GmbH besteht normalerweise aus einigen Gesellschaftern. Kleine Einzelhändler oder Handwerker organisieren sich manchmal als GmbH, in der sie selbst der einzige Gesellschafter sind: Die „Ein-Mann-GmbH". Dies ist allgemein anerkannt. Dieser „eine Mann" muß nicht ein Mensch sein, sondern es kann auch selbst wieder eine GmbH sein. Wenn nun die „A-GmbH" der „B-GmbH" gehört und andersherum die „B-GmbH.. der „A-GmbH" gehört und keine weiteren Gesellschafter beteiligt sind, so gehören die GmbH's sich gegenseitig und damit keinem Menschen mehr. Wir haben eine Stiftung in der Form der GmbH ohne die nervige Stiftungsaufsicht. Die Projektmitglieder können dann wie in einer Stiftung arbeiten. Voraussetzung ist lediglich ein höheres Stammkapital von zwei mal DM 50.000,–. Diesen Gedanken sollte man mal weiterspinnen.

Zum Schluß noch ein mir sehr wichtiger Hinweis, den ich aus Platzmangel nicht weiter ausführen kann und der nicht nur für GmbH's von großer Bedeutung ist. Jedes Projekt sollte einen Schiedsvertrag vereinbaren, in dem geregelt ist, daß Streitigkeiten nicht vor den bürgerlichen Gerichten ausgetragen werden, sondern von Menschen mitentschieden werden, die das Vertrauen des Projektes haben. Eine solche Vereinbarung bindet alle, so daß ein Streit schneller und wahrscheinlich auch gerechter entschieden werden kann.

(Etwas mehr hierüber steht in dem Leitfaden „Unter Geiern" vom Berliner Stattbuch Verlag. Dort erscheint im Herbst '85 auch eine ausführliche Darstellung zum Bereich der Rechtsformen für alternative Betriebe.)

Matthias Neuling, Hamburg

Das Bild kann aus lizenzrechtlichen Gründen leider nicht online gezeigt werden.

Staatsknete ade? In Niedersachsen, nee!!

Der 9,5 Mio DM Antrag der AG Projekteförderung, Staatsknete, Niedersachsen, berät zur Zeit im niedersächsischen Landtag im Wirtschafts- und Kulturausschuß. Die CDU blockt zwar, aber es gibt auch andere Stimmen. Der Erkenntnisprozeß, daß allein die Arbeit in Quantität und Qualität des dualen Systems nicht mehr ausreicht – nie und nimmer mehr – setzt sich auch bei Teilen der SPD und auch bei liberalen Christdemokraten durch. Die enorme Arbeitslosenzahl, aber auch die psychische und physische Zerstörung des Menschen an vielen traditionellen Arbeitsplätzen, muß anscheinend auch „bei denen da oben" zum Nachdenken über Alternativen beigetragen haben.

Was die in der AG zusammengeschlossenen 54 Projekte und 5 Netzwerke außer Geld noch wollen, darüber haben sie sich während des 7. landesweiten Treffens sehr intensiv unterhalten. Wie in anderen Bundesländern auch, soll durch die Förderung eine Spaltung der Projekte in soziale, kulturelle, landwirtschaftliche und gewerbliche Betriebe und Projekte nicht weiter Vorschub geleistet werden. Die Kriterien der Förderung sollen nicht Aufgaben- bzw. konkrete Tätigkeitsfelder sein, sondern mehr die Organisationsform und der Grad der Verwirklichung ökologischer Grundsätze bei der Arbeit und am Produkt.

Der Gedanke an genossenschaftliche Organisationsformen rückt wieder in den Mittelpunkt. Nicht die vollkommen auf den „kapitalistischen Hund gekommenen" Raiffeisengenossenschaften heutiger Zeit sind dabei gedankliches Vorbild. Die alten Prinzipien der Selbstorganisation von Verbrauchern und Erzeugern, von Bauherrn und Bewohnern, unter gleichberechtigten Gesichtspunkten, sollen sich wieder entwickeln können. Geld nicht als Machtinstrument, sondern wenn schon, dann zur Existenzsicherung aller auf der gleichen materiellen Basis.

Es geht also nicht um eine privatkapitalistische Mittelstandsförderung. Die Mittel sollen für diejenigen da sein, die sich auf den Weg machen bzw. schon gemacht haben, sich als Menschen im Arbeitsprozeß mit allen sozialen und kulturellen Interessen – kollektiv – weiterzuentwickeln. Die Schwierigkeiten, insbesondere der handwerklichen und landwirtschaftlichen ÖKO- und Selbsthilfebetriebe, heute noch nicht kollektiv organisiert zu sein, erklären sich durch Kapitalmangel und durch überkommene und übernommene Besitzverhältnisse. Gerade die Kooperation mit Betrieben gleicher Art oder auch branchenübergreifend zu fördern, bringt auch einen Schritt zum Abbau der Konkurenz weiter. Erste praktische Erfahrungen zum Beispiel der Erzeuger-Verbrauchergenossenschaften, Maschinenringgemeinschaften und Lebensmittelkooperativen liegen schon vor und haben sich bewährt.

Daß die beantragten Mittel für den Staat real nicht unbedingt als Mehrausgaben zu Buche schlagen, müßte gerade den Kämmerern und Haushaltsexperten deutlich werden. Die bezahlte Arbeit der Selbsthilfearbeit entlastet von der Zahlung des Arbeitslosengeldes, der Arbeitslosenhilfe und Sozialhilfe. Viele kurzfristigen Programmgelder „gegen" Arbeitslosigkeit mit dem Charakter einer „von der Straße weg-Politik" könnten so sinnvoller verteilt werden. Allein zur staatlichen Finanzierung von z.B. 80 Ausbildungsplätzen, 200 Arbeitslosengeldbeziehern und 500 Sozialhilfeempfängern müssen jährlich ca. 4,8–5 Mio DM aufgebracht werden. Dies, ohne den Beziehern der Gelder dadurch eine berufliche Zukunft zu bieten. Die beantragte Summe ist dazu im Verhältnis nur ein Kleks auf dem warmen Stein, aber wenigstens ein wirkungsvoller.

Natürlich, und da waren und sind sich alle Projektemenschen einig, wird durch die Projekte nicht die Arbeitslosigkeit insgesamt beseitigt werden können. Die Verantwortung dafür wird natürlich auch nicht übernommen. Die Finanzierung der Selbsthilfearbeit ist vielmehr eine sinnvolle Möglichkeit, der geistigen und materiellen Verelendung und der ständig zunehmenden Ausbeutung natürlicher Ressourcen zu begegnen. Eine wenigstens im Verhältnis zur Wirtschaftsförderung minimale Ausstattungshilfe müßte dafür doch möglich sein, so jedenfalls die Überzeugung der AG.

Ein großer Streitpunkt war die Frage, für den Fall das Geld kommt, wer verteilt es denn und wer kontrolliert die Verteilung. Zwischen den Extremen, die Verteilung und die Kontrolle bleibt in den Händen des Staates bzw. der Projekte, gab es Vorschläge, die dazu kompromisslerisch aussahen. Z.B., der Staat vergibt und kontrolliert die Mittel auf Grundlage einer Richtlinie, die von den Projekten erarbeitet wird. Alle Anträge werden nicht nur von einem Verwaltungsressort bearbeitet, sondern mit Voten eines Beirates, in dem die Projektvertreter mindestens 50 % stellen, ausgestattet. Die Durchsetzung der weitestgehenden Forderung im Interesse der Selbsthilfegruppen ist sicher aber auch abhängig von der Art und Form des Zusammenhangs aller Interessierten in Niedersachsen.

Berliner und hessische Vorbilder lehren die Notwendigkeit, sich inhaltlich und organisatorisch in diesen Fragen zusammenzutun. Eine breite inhaltliche Diskussion zwischen den 5 Netzwerken, dem LAK der autonomen Frauenhäuser und selbstverwalteten Bildungsstätten, den Projekten des AK Berufsnot junger Menschen, den ökologisch orientierten landwirtschaftlichen Betrieben u.v.a.m. hat inzwischen begonnen und wird sich in diesem Jahr intensiv fortsetzen. Beim nächsten Treffen der AG Ende März, werden die Kriterien der Vergabe der Mittel, aber auch die Möglichkeiten einer größeren Kooperation zwischen bisher stark und allein arbeitenden Bereichsgruppen, eine zentrale Rolle spielen. Wer da noch mitmachen will, melde sich bei der AG Projektförderung, Am Hulsberg 136, 2800 Bremen 1.

Alle Staatsknetegruppen in den anderen Bundesländern sind aufgefordert, ihre konkret praktischen Erfahrungen auch dorthin mitzuteilen.

Bernhard Koch

Sozis zwischen Ökonomie, Ökologie und Szene

„Die Sozialdemokratie steckt in einer schwierigen Lage: Mit den Neokonservativen kann es angesichts deren unsozialer und in Überlebensfragen gefährlicher Politik keine Zusammenarbeit geben. Sozialdemokratische Alleinregierungen werden auf absehbare Zeit regionale Ausnahmen bleiben.", so steht es in der Einladung zu einem 3-tägigen Forum, zu dem die Landeszentrale für politische Bildung in Bremen die „neue" SPD vorstellen will. Wer sind die neuen Bündnispartner? Die Betriebe in Selbstverwaltung, die Kultur- und Sozialinitiativen oder gar die Grünen? Für Bremen und uns eine ungewohnte Frage, regiert doch in der Freien und Hansestadt eine satte SPD-Mehrheit. Ob man schon auf die nächste Wahl schielt? Oder hat Saarlands Lafontaine Mut gemacht für die Wahl im nächsten Jahr in Niedersachsen?

Jedenfalls soll hochkarätig mit den Adressaten der zukünftigen Politik diskutiert werden; sozusagen: Nadelstreifen trifft Szene. Die Mischung jedenfalls ist bunt, spricht für die „neue" SPD-Linie: Ran an die grün-alternative Szene. Bis zur Integration?

Ungewöhnlich auch das Erscheinen von sonst mit Berührungsängsten vollgestopften Politikern und Gewerkschaftern und das Wohlwollen der Veranstalter gegenüber den Betrieben in Selbstverwaltung und den Initiativen rund um NETZWERK, was aber wohl eher daran liegt, daß die SPD in Bremen ohne uns nichts zum Vorzeigen hätte. Wir jedenfalls sind gespannt auf die neuen „Bündnispartner". Wer also Zeit, Lust und Geduld hat, ist herzlichst eingeladen. Und: Wem es bei den Nadelstreifen zu langweilig wird, kann zum NETZWERK-Bundestreffen rüberwechseln.

Das Bild kann aus lizenzrechtlichen Gründen leider nicht online gezeigt werden.

SPD-FORUM in BREMEN

ABLAUF DES FORUMS:

Freitag, 24. April 1985
17.30 h
Eröffnung der Ausstellung: „Anders leben – anders arbeiten – genossenschaftliche Selbsthilfe als politische Kultur" – Teil Bremen (Der Basisteil der Ausstellung stammt von Claus Novy aus NRW, die Bremer Betriebe in Selbstverwaltung haben die Ausstellung auf Bremen bezogen erweitert. Wir hoffen, sie gefällt Euch.)
19.00 h
Eröffnungsansprache durch Bürgermeister Hans (im Glück) Koschnik
19.30 h
Eröffnungsdiskussion zum Thema mit Größen wie Klaus Traube, Konrad Kunik, Heidemarie Wiezorek-Zeul, Horst E. Richter, Thomas v.d. Vring.

Samstag, 27. April 1985
9.00h
Arbeitsgruppen

NEUE WEGE IN DER SOZIAL– UND GESUNDHEITSPOLITIK
- Neue Wege in der Sozialpolitik (Senator Henning Scherf; Oskar Negt; Claus Offe; Johann Strasser)
- Neue Wege in der Gesundheitspolitik (Senator Brückner; Elis Huber, A 1-Gesundheitsstadtrat in Berlin)

LÖST DAS MATRIARCHAT UNSERE GESELLSCHAFTLICHEN PROBLEME?
- Horst E. Richter; Gunnar Heinsohn; Margarete Mitscherlich-Nilson; Heidemarie Wiezcorek-Zeul

ARBEIT, WIRTSCHAFT, LEBEN
- Neuverteilung der Arbeit – Problem Arbeitslosigkeit (Referenten a. Heinz Meinking, 1. Bevollmächtigter der IG-Metall Bremen; Heribert Kohl HBV; Ulrich Klose, Ex-Bürgermeister aus Hamburg)
- Selektives Wachstum am Beispiel der Energiewirtschaft (Klaus Traube; Günter Czichon , Stadtwerke Bremen)
- Neudefinition der Arbeit – Eigenarbeit, Erwerbsarbeit, Dualwirtschaft (Joseph Huber; Claus Novy)
- Lebenswelt (Arbeiterkultur, Arbeitskultur)

NEUE SOZIALE BEWEGUNGEN – DIE ROLLE DER GEWERKSCHAFTEN
- Konrad Kunik, SPD Bremen; Karl-Heinz Blessing, IG-Metall Frankfurt, (DGB-Bundesvorstand (?))

ÖKOLOGISCH VERANTWORTLICHER SOZIALISMUS
- Umweltschutz, Umweltschutzpolitik und politische Ökolgie (Evi Lemke, Senatorin für Umwelt in Bremen)
- Neue Technologien und sozia-Technikkontrolle (Freimut Duve; Ludwig Hettling; Klaus Haeffner; Heinz Möller, DGB-Chef in Bremen)

16.30 h – 18.30 h
Bremer Betriebe in Selbstverwaltung machen ihre Türen und Münder auf.
19.00 h
„Ein Jahr Förderung von Betrieben in **Selbstverwaltung in Bremen** – wie weiter?" Eine Diskussion im Kulturzentrum Schildstraße, Bremen, mit Politikern, Initiativen, Betrieben und Gästen
Sonntag, 28. April 1985
10.00 h – 13.00 h
Abschlußdiskussion mit den Arbeitsgruppen

EINIGE FRAGEN AN DIE FREUNDE DER ÖKOBANK

Nach dem bisherigen Stand der Diskussion um die Rechtsform der zukünftigen Ökobank steht einzig und allein die Genossenschaft zur Debatte: „Die Ökobank wird eine Genossenschaftsbank sein." Verbunden damit ist die Zugehörigkeit zum Bundesverband der Deutschen Volks- und Raiffeisenbanken (BVR). Über diese Mitgliedschaft sollen die Spareinlagen im Falle einer Pleite abgesichert werden. Warum wird der Ökobankseite im Wandelsblatt/Contraste dieser Bereich nicht angesprochen, gibt es da keine Probleme? Im BVR wird ein neues Verbandsstatut diskutiert und zum Juli 1985 soll es verabschiedet werden. Ein Punkt wird die strikte Orientierung am Regionalprinzip sein: „Ein neues, dem Berliner Aufsichtsamt zur Prüfung vorliegendes Verbandstatut soll sicherstellen, daß künftig in keinem Einzelfall mehr das Ortsbankenprizip verletzt wird. „(SZ vom 1.2.85) Hat dieser Passus keine Auswirkungen auf eine **bundesweite** Ökobank? Es werden schon jetzt Modalitäten über die Vergabe von Krediten diskutiert, soll die Schufa eingeschaltet werden oder nicht? (NDR 3 vom 13.3.85) Wer aber sagt, welche Vorschriften eingehalten werden müssen, ergeben sich da nicht eventuell Fragen? W. Grüger (Vorstandsmitglied des BVR) sagt in den Bremer Nachrichten vom 7.11.84: „Sollte eine Bank diesen Vorschriften zuwiderhandeln, werden dem BVR durch das neue Statut sehr viel größere Eingriffsmöglichkeiten gegeben. Die Möglichkeiten des BVR reichten dann von der Mahnung an den Bankenvorstand bis zum Ausschluß einer Bank aus der Sicherungseinrichtung des BVR. Mit dem konkreten Ausschluß ist eine Bank tot." Daß die Genossenschaftsbanken eine Ökobank nicht mit offenen Armen empfangen, zeigte schon die Ablehnung der Eröffnung des Treuhandkontos bei selbigen. Dies als kleine Episode am Rande zu bezeichnen, (NDR 3 13.3.85) scheint mir etwas untertrieben zu sein. Daß einer Ökobank Steine in den Weg gelegt werden, zeigt auch die Forderung des Bundesaufsichtsamtes für das Kreditwesen nach einem höheren Eigenkapital als die sonst vorgeschriebenen 6 Mio DM (FR vom 7.3.85) Die angeschnittenen Punkte mögen vielleicht trocken klingen. Sollten die vorgegebenen Richtlinien die Möglichkeiten einer Ökobank stark einengen, gilt es nach Alternativen zu suchen. Und gerade die Suche scheint mir bei der Euphorie der Ökobankiers zu kurz zu kommen. Vielmehr werden Erwartungen geweckt, die auch eine Ökobank nicht erfüllen kann.

Daneben warten die im Wandelsblatt (November 84, Die Ökobank – Notwendige Einrichtung der Bewegung) angesprochenen Fragen immer noch auf Antwort.

Heinz Gerken, Bremen

Das Bild kann aus lizenzrechtlichen Gründen leider nicht online gezeigt werden.

Berichtigung zum Artikel„ Selbstverwalter wurden BiSig" in CONTRASTE /März 85

Das ein Manuskript schlecht redigiert wird, kann vorkommen und ist schlimm genug. Das aber ein Verfasser sein eigenes Manuskript nicht noch einmal Korrektur liest, ist Schlampigkeit. In dem Artikel wurden der Handelskammer Abwesenheit auf der EG-Anhörung in Bremen und boykottähnliche Aktionen vorgeworfen. Dies ist falsch. Richtig ist, daß es sich um die Handelskammer in Bremen handelte, welcher diese Vorwürfe galten. Die Handelskammer hat auf der EG-Anhörung durchaus Gesprächsbereitschaft gezeigt. Inwieweit sie zu ihrem Wort steht, wird die Zukunft zeigen.

Harald Deerberg

Treffen der BIS in Drübberholz

Vom 15. bis 17. März führte die Arbeitsgemeinschaft Betriebe in Selbstverwaltung, Bremen, ein Treffen in Drübberholz durch. Rund 40 Personen aus 16 Betrieben nahmen teil.

Es war das erste größere Treffen der Arbeitsgemeinschaft seit ihrer Gründung im Sommer 84. Hintergrund dieses Informationsaustausches war, gemeinsam zu diskutieren, was für ein Selbstverständnis die BiS hat.

Seit Sommer 1984 werden zwar monatliche Plenen durchgeführt, erscheint ein monatlicher Rundbrief und fand ein Austausch an Informationen statt. Dennoch, der Zusammenschluß unter dem Namen BiS bleibt inhaltlos, wenn man sich nicht die Mühe macht, Gemeinsamkeiten, Ziele und Möglichkeiten, die ein solcher Zusammenschluß bietet, einmal zu diskutieren und sich ein eigenes Profil gibt. Daß insgesamt 25 Betriebe in der BiS zusammengeschlossen sind, besagt wenig.

Das Bedürfnis eines Informationsaustausches war groß, insbesondere der Austausch an bisher gemachten Erfahrungen, denn der Großteil der Betriebe existiert erst 2 oder 3 Jahre. Inwieweit mußten einstmals gesteckte Ziele und Ansprüche aufgrund der Realität revidiert werden? Führt die Arbeit in den Betrieben, insbesondere in Selbstverwaltung, zu einer Entpolitisierung, weil uns die Arbeit „auffrißt"?

Daß Selbstverwaltung keine einfache Sache ist, gerade weil Entscheidungsprozesse durch Diskussion aller am Betrieb Beteiligten zustandekommen, wurde vielfach berichtet, ebenso, daß Selbstverwaltung und tägliche Arbeitszeit wenig Raum für politische Aktivitäten lassen. Folglich gibt es in den Kollektiven auch Tendenzen, daß der Betrieb für einige nur eine Übergangslösung, also keine langfristige Perspektive ist.

Andererseits beinhalten solche Probleme auch die Gefahr, in ein „mit-sich-selbst-beschäftigen" zu verfallen, nicht mehr über den Rand des eigenen Kollektivs zu schauen und somit in einer Kleinkrämer-Mentalität zu enden. Ein solches Stadium hat aber nicht mehr mit alternativ zu tun, sondern hier wird die Selbstverwaltung nur noch Selbstzweck.

Drei Arbeitsgruppen versuchten anhand verschiedener Fragestellungen die Vergangenheit aufzuarbeiten, über zukünftiges Arbeiten nachzudenken und über praktische Fragen, wie Finanzierung, Sozialfonds und Konkurrenzprobleme zu diskutieren. Interessant war, daß alle Arbeitsgruppen, trotz der unterschiedlichen Fragestellungen, zu gleichen Ergebnissen kamen.

Alternativ heißt nicht billig, preiswert und schnell, sondern bessere Beratung, bewußteres Umgehen mit Bedürfnissen erzeugen, zur Selbsthilfe anleiten und sich inhaltlich am Markt auseinandersetzen.

Genau über die Inhalte soll die Konkurrenz mit traditionellen Betrieben ausgetragen werden. Konkurrenz untereinander soll ersetzt werden durch Kooperation.

Insbesondere unter den Alternativbetrieben führen unterschiedliche Kalkulationsgrundlagen zu unterschiedlichen Preisen, durch Niedrigsteinkommen, Verzicht auf soziale Absicherung und Ausdehnung der Arbeitszeit. Angestrebt werden soll wenigstens die Zahlung von branchenüblichen Tariflöhnen. Ziel ist jedoch nicht die Profitmaximierung und ein auf Wachstum orientiertes Kollektiv, sondern die Senkung der Arbeitszeit und Schaffung neuer Arbeitsplätze.

Auch die Finanzierung, direkt und indirekt durch Staatsknete (Kredite, ABM etc.), soll nicht in die Kalkulation eingehen. Dieses führt somit dazu, daß sich Alternativbetriebe untereinander kaputt konkurrieren.

Hier sollen sich Betriebe gleicher Branche an einen Tisch setzen und Kooperationsmöglichkeiten sowie Konkurrenzsituation miteinander diskutieren.

Die Frage, was ist unter einem Betrieb in Selbstverwaltung zu verstehen, wurde auf drei wesentliche Punkte zusammengefaßt. Als selbstverwaltet gelten Betriebe, die demokratische Mitwirkungs- und Entscheidungsstrukturen aller im Betrieb arbeitenden Menschen vorweisen. Die Rotation kann aufgrund der verschiedenen betrieblichen Situationen nicht mitherangezogen werden. Hier ist eher die traditionelle Arbeitsteilung zu überdenken und für eine Transparenz im Betrieb zu sorgen. Jedes Betriebsmitglied muß unabhängig von Kapitaleinlage, Status und Qualifikation gleiches Stimmrecht haben. Die Modalitäten der Einkommensverteilung müssen von allen festgelegt werden. Als selbstverwaltete Betriebe werden die Betriebe angesehen, in denen mindestenz drei Menschen arbeiten.

Dennoch sollen in der BiS keine Selbständigen ausgegrenzt werden, die alleine oder zu zweit arbeiten, sofern sie diese Ziele inhaltlich unterstützen und vertreten.

Die Erfahrung hat gezeigt, daß durchaus Betriebe diese Ziel billigen, die sie im eigenen Betrieb aber nicht umsetzen. Da die Gesellschaftsverträge aus verschiedensten Gründen diesen Ansprüchen faktisch widersprechen, soll sich jeder Betrieb bereiterklären, sich einer freiwilligen Kontrolle zu unterziehen.

Diese Ergebnisse werden nun allen Betrieben über den Rundbrief mitgeteilt. Über politische Inhalte und Zielsetzungen wurde noch kein Übereinkommen erzielt. Hier soll der Diskussionsprozeß fortgesetzt werden. Wieder ins Leben gerufen wurden die Arbeitsgruppen Öffentlichkeitsarbeit, Werbung und Knete. Das monatliche Plenum wird nach wie vor das Gremium sein, in welchem politische Fragen diskutiert werden.

Nach neunmonatiger Existenz war dieses Wochenende ein Erfolg für die BiS und ein wichtiger Schritt, ein eigenes Selbstbewußtsein zu entwickeln. Aktuell steht ein Diskussion über das Verhältnis zur SPD an, ebenso wie das Verhältnis zum Netzwerk und die Besetzung von zwei autonomen Sitzen im Netzwerk-Vorstand.

Harald Deerberg

Das Bild kann aus lizenzrechtlichen Gründen leider nicht online gezeigt werden.

OFFENER BRIEF

Netzwerk Bremen:

An den
Senator für Jugend und Soziales
Senator für Arbeit
Senator für Wirtschaft und Außenhandel

Sehr geehrte Damen und Herren,

die Anhörung der „EG-Kommission" über die Situation von Selbsthilfeprojekten in Bremen hat eine relativ breit gefächerte Bestandsaufnahme der Probleme mit sich gebracht. Eine Auswertung der Ergebnisse wird auf den verschiedensten Ebenen (EG-Kommission, Deutsche und Bremer Behörden, Politik sowie bei den Initiativen) in den nächsten 3 Wochen stattfinden.

Netzwerk als einer der drei Träger der EG-Anhörung begrüßt es insbesondere, daß von vielen Seiten in den Tagen der Anhörung die Bereitschaft bekundet wurde, die angeführten Probleme aufzugreifen und auch in kooperierenden Formen über die institutionellen Grenzen hinweg die auf der Anhörung begonnenen Gespräche fortzuführen.

Wir denken, daß über einen längeren Zeitraum hinweg über geeignete Unterstützungsmöglichkeiten für **soziale** und **kulturelle** Projekte nachgedacht werden sollte; hinsichtlich der **gewerblichen** Projekte, den Betrieben in Selbstverwaltung, erscheint uns jedoch ein kürzerfristiger Meinungsaustausch notwendig.

Es sollte hier zum einen um die Besprechung gewisser Irritationen gehen, die mit der Ausgestaltung der Verträge im Rahmen des Bremer Förderprogramms „Örtliche Beschäftigungsinitiativen" verbunden sind (das bezieht sich vor allem auf das Problem der Arbeitsplatzgarantie); zum anderenjedoch halten wir einen Gedankenaustausch für sinnvoll, der die folgenden, hier nur stichwortartig angedeuteten Bereiche beinhaltet:

- Vergabekriterien des 1,2 Mio-Förderprogramms
- Schaffung neuer Finanzierungsquellen für selbstverwaltete Betriebe („ Konzertierte Aktion Eigenkapitalhilfe")
- Erweiterung der Beratungskapatäten
- Weiterbildung, Ausbildung und Umschulung in selbstverwalteten Betrieben
- Veränderung des bisherigen Verhältnisses zu Handwerks- und Handelskammer-Kooperationsansätze
- Neue Produkte – neue Betriebe (Gründungshilfen generell)
- Nutzung öffentlicher Gebäude (s. 1,2 Mio. – Förderprogramm!)
- Möglichkeiten für Forschung und Entwicklung (Einstiegsfinanzierung für ertragslose Phasen)

Wir bitten um baldige Antwort und einen Terminvorschlag.

Netzwerk Bremen

Dachverband für Kollektivbetriebe?

ÜBERLEGUNGEN ÜBER DIE NOTWENDIGKEIT, EINE (ODER MEHRRERE) DACHORGANISATION(EN) FÜR KOOPERATIVBETRIEBE ZU GRÜNDEN.

Selbstverwaltung hat weder als Idee noch als gesellschaftliche Aktivität bereits einen klaren politischen Inhalt. Wir sehen historisch-vergleichend und im Ländervergleich, daß die Idee der Selbstverwaltung und Kooperation von liberalen (im ökonomischen Sinne), von konservativen, ja sogar von faschistischen Bewegungen zur Durchsetzung ihrer Ziele genutz werden kann. (aktuell: Siehe Privatisierungskampagne der engl. Thatcher-Regierung, die da, wo keine anderen Käufer gefunden werden, Kooperativen unterstützt – auch im Bergarbeiterkonflikt werden solche Lösungen vorgeschlagen.) Auch in den Auseinandersetzungen in der Szene selbst können diese verschiedenen – und wie ich meine – längerfristig miteinander unvereinbaren Strömungen erkannt werden.

Eine dieser Diskussionen ist die über die Ökobank und ihren Sinn und Zweck. Hier fangen endlich verschiedene „Fraktionen" der selbstverwalteten Szene an, ihre eigenen Ansprüche an das Koop-Konzept zu formulieren.

Ein Konzentrationspunkt der Diskussion könnte das Beispiel Mondragon sein. Denn ganz entgegen der etwas blauäugig-rosaroten Darstellung im Wandelsblatt Nov. 84, muß klar festgehalten werden, daß es sich hier nicht um eine anti-gewerkschaftliche (im Gegensatz zu nur außer- oder ohne-gewerkschaftliche) Selbstverwaltungsstruktur handelt, die auch den Streik ihrer Mitglieder verbietet. Hier wäre natürlich auch zu diskutieren, wieso es in komplexen größeren SV-Betrieben zu Streiks kommen kann und diese auch sinnvoll sein können. Man kann sich hier natürlich auf den Standpunkt stellen, daß Betriebe einer solchen Größe im Selbstverwaltungsrahmen nicht wünschenswert sind – aber auch das ist diskussionsbedürftig.

Bei solchen Entscheidungen über Betriebsgrößen und deren innerbetriebliche (notwendigerweise hierarchische ?) Struktur wäre wiederum ein solcher Dachverband notwendig, der bei der Regelung von Konflikten beteiligt ist und der solche Rahmenbegrenzungen ausarbeitet und natürlich zur Abstimmung stellt. Hier sollten auch solche Fragen geklärt werden, wie sie gerade aktuell zu sein scheinen, nämlich, ob technisches know-how, das in Kooperativen, die diesem Rahmen angehören, entwickelt wurde, an kapitalistische Betriebe verkauft werden darf und unter welchen Bedingungen. Dies ist besonders da aktuell, wo die SV-Szene nicht in der Lage ist, solche Erfindungen in die Praxis umzusetzen.

Rahmenlinien könnten sich an den englischen ICOM-Model–Rules orientieren, die einen relativ weiten Rahmen stecken, indem entschieden wird, wer wieviel von außerhalb in eine Koop investieren darf, mit welchen Entscheidungsbefugnissen, was mit Krediten von Privatleuten passiert, wie Gewinne verteilt werden. Ein wichtiger Punkt in diesen Regeln ist, daß bei Auflösung des Betriebes das Kapital, das über eine bestimmte Summe hinausgeht, an den Dachverband fällt und dort zur Gründung neuer oder Unterstützung bestehender Kooperativen verwandt werden muß. Dies verhindert, daß, wie bereits geschehen, bei großem wirtschaftlichem Erfolg, die Koop-Mitglieder die Auflösung beschliessen und sich mit dem Geld „zur Ruhe setzen". Dies ist längerfristig insbesondere wichtig bei Kreditvergaben der Ökobank oder des Netzwerks, ganz zu schweigen von Betrieben, die mit Spenden entstanden sind.

Weiterhin müßte geklärt werden, ob Lohnarbeit oder Zeitarbeit in Kooperativen einen Platz haben, wenn ja, dann welchen? Es ist im Extremfall vorstellbar (und existiert), daß Kooperativen nur noch Lohnarbeiter für sich beschäftigen und selbst nur die Geschäftsleitung übernehmen (wenn sie überhaupt arbeiten).

Diesen Überlegungen könnte entgegengehalten werden, daß man sich dann darüber Gedanken machen kann, wenn solche Fälle tatsächlich auftreten. Mir scheint jedoch, daß in Ansätzen alle diese Probleme bereits vorhanden sind und in nächster Zukunft geklärt werden müssen.

Wenn dies nicht passiert, wird die bundesdeutsche Selbstverwaltungsszene den Weg gehen, den andere Kooperativbewegungen vor ihr schon gegangen sind. Der „normale" kapitalistische Markt ist zu stark, als daß es ausreichen würde, sich nur spontan und ad hoc mit ihm auseinanderzusetzen. Seiner Kraft zur Vereinahmung kann man nur mit organisierter Kraft begegnen, andernfalls bleibt der Selbstverwaltungsbereich ein alternativer Verband junger Unternehmer, der sich nur dann zusammenfindet, wenn die Gemeinsamkeit neue Geldquellen eröffnet (siehe EG-Anhörung).

Die ICOM–MODEL–RULES sind ausgeführt zu finden in Workers' Cooperatives – A Handbook, by Cockerton, Gilmour-White, Pearce and Whyatt, Aberdeen Peoples' Press in Association with the autors, S. 87.

Im folgenden Auszüge aus einem ICOM-Prospekt, das die Grundlagen der „model-rules" beinhaltet.

Ein Common-Ownership-Unternehmen erfüllt alle Kriterien einer Kooperative, aber eine Kooperative ist nicht notwendigerweise eine ICOM-Unternehmung.

1. *Das Unternehmen wird von seinen Mitgliedern kontrolliert und gehört ihnen.*
2. *Nur Leute, die vom Unternehmen beschäftigt sind, können auch Mitglieder sein.*
3. *Alle, die vom Unternehmen beschäftigt sind, haben das Recht, Mitglieder zu sein.*
4. *Das eingesetzte Kapital stammt entweder aus Krediten oder re-investierten Gewinnen und kann keine Kontrollfunktion ausüben.*
5. *Grundlage eines ICOM-Unternehmes ist das gemeinsame Aktienkapital, das weden den einzelnen Betriebsangehörigen, doch außerhalb des Betriebes stehenden Personen oder Organisationen zugesprochen werden kann. Im Gegensatz zu anderen Kooperativen, insistiert ICOM darauf, daß das ganze Betriebskapital in den Händen aller Betriebsangehörigen ist. jedes Mitglied ist Besitzer einer Nominalaktie von 1 Pfd. Sterling. Hiervon abgesehen existiert kein persönliches Aktienkapital, die einzelnen Miteigentümer können höchstens einen persönlichen Kredit geben. Alle Kapitalakkumulation betrifft den gemeinsamen Fonds, in manchen Fällen werden Kreditgebern Zinsen gezahlt.*
6. *Bei Betriebsauflösung kann das Kapital nicht individualisiert werden – die Mitglieder dürfen nicht von durch die Verteilung von beweglichem oder unbeweglichem Kapital profitieren. Bei Betriebsauflösung muß das Kapital an eine andere gemeinnützige Organisation oder an das ICOM-Dach, zwecks Neuinvestiton an andere Kooperativen zurückgehen.*

Diese „Kooperativenverfassung" ist die gebräuchlichste in Großbritanien. Sie stellt meiner Ansicht nach das Minimum dar, auf das eine Selbstverwaltungsbewegung sich einigen müßte, wenn sie ein Ziel verfolgt, das über die pure Schaffung von immer mehr „kundenfreundlichen, pflegeleichten weil enthierarchisierten" und selbstausbeuterischen Kooperativen hinausgeht und auch nur den geringsten politischen Anspruch hat.

Eine solche Dachorganisation sollte die nur spontane Entwicklung des SV-Sektors vermeiden. Eine Ökobank ohne politisches Konzept wird sich mit großer Sicherheit so entwickeln wird entsprechende Genossenschaftsbanken in den USA und in Deutschland zwischen den Weltkriegen. Ein Dachverband sollte in der Lage sein, Forderungen an Steuer- und Subventionsgesetzgebung zu entwickeln und nicht darauf warten, daß die eh schon personell überlasteten Grünen solche Konzepte vorlegen, die dann sehr leicht realitätsfern werden könnten. Innerhalb eines oder anderthalb Jahren sollte eine detaillierte beschäftigungspolitische Konzeption ausgearbeitet werden, die nicht nur auf die „Szene", sondern auch auf andere Gruppen bezogen ist, wie Arbeitslose und Gastarbeiter. Gerade der letzte Bereich wäre für Bremen von besonderem Interesse. Da Bremen sich weigert, die noch ausländerfeindlicheren Bestimmungen des Bundes zu akzeptieren, wird es damit rechnen müssen, mehr Zulauf an Gastarbeitern zu bekommen. Zum anderen liegt hier jedoch auch ein Potential an Qualifikationen, die wir sonst nicht einfach zur Verfügung haben (Wieviele Schneider gibt es bei den Türken? Wieviele könnten in Kooperativen verschiedenster Art, die auch ihre eigene Kultur stützen würde, einsteigen?) Mit geringen Investitionen wäre hier ein großes Potential eröffnet.

Zu solchen, weiter ausgearbeiteten Konzepten ist natürlich ein Gremium nötig, das den Behördenwald in- und auswendig kennt, genau weiß, wo welcher Antrag die größten Chancen hat und die auf Unterstützung der einen oder anderen senatorischen Behörde rechnen kann. Nicht nur ginge es um Gelder, sondern auch darum, die Schwierigkeiten zu überwinden, die die Banken, Handels- und Handwerkskammern machen werden, besonders auch da, wo es um Gastarbeiter geht.

Die Rolle der Gewerkschaften in diesem Zusammenhang wäre mit denselben zu klären.

Die Fehler, Vor- und Nachteile anderer Kooperativbewegungen, ob in anderen Ländern oder zu anderen Zeiten oder beides sollen aufgearbeitet werden, um sie nicht blind zu wiederholen. (Was im Augenblick der Fall ist).

Gabriele Herbert

Netzwerk Münster:

Liebe Leute vom WANDELSBLATT/ CONTRASTE, liebe Netzwerker!

Sicherlich werden sich dieses mal einige CONTRASTE-Leser wundern, insbesondere die aus Münster. Für die neuen Abonnenten eine kurze Erklärung: Seit einiger Zeit existiert als Informationsmedium für die alternative Szene und für Projekte insbesondere das Wandelsblatt, nunmehr Contraste. Wir vom NETZWERK MÜNSTERLAND haben die Gründung dieser Zeitung und deren redaktionelle Arbeit interessiert verfolgt und waren bislang von dem hohen Informationsgehalt angenehm überrascht.

Zur Zeit diskutieren die verschiedenen Netzwerke die Problematik, die Öffentlichkeitsarbeit der jeweiligen Netzwerke (insbesondere Rundbriefe) umzuwandeln und „netzwerkige Veröffentlichungen" in Contraste zu publizieren.

Grund unserer Überlegungen ist, daß wir nur zu häufig hinter unseren Ansprüchen herhinken und kaum in der Lage sind, unsere Mitglieder umfassend zu informieren. Des weiteren ist die Erstellung eines Rundbriefes und dessen Versendung an die Mitglieder eine relativ kostspielige Angelegenheit. Diesen Problemen wollen wir zu Leibe rücken. Wir haben darüber diskutiert, ob wir nicht allen Netzwerkern monatlich die Ausgabe der Contraste kostenlos zur Verfügung stellen anstelle unserer Rundbriefe. Geeinigt haben wir uns dann darauf, den Bezug des Wandelsblattes auf die Projekte und auf die aktiven Mitglieder zu begrenzen.Des weiteren hoffen wir natürlich, daß andere Netzwerke ebenfalls im Wandelsblatt/Contraste publizieren und wir dadurch ein bundesweites Kommunikationsnetz schaffen.

Jupp Wiechers, Vorstand
NETZWERK MÜNSTERLAND

»Oskar-Verleihung«

– und die selbstverwalteten Betriebe?

Der folgende Beitrag eines Mitglieds vom Arbeitskreis der selbstbestimmten Projekte im Saarland versucht aus persönlicher Sicht einen Einblick in die Ereignisse der letzten Monate zu geben. Ein noch ausführlicherer Bericht über die Situation und die Perspektive der Saarländischen Selbstverwaltungsbewegung ist für eine der nächsten Ausgaben von CONTRASTE angekündigt.

Wer auf der Fahrt nach Süden das zweitkleinste Land der BRD mit dem Auto durchquert, ist keine Stunde unterwegs. Entsprechend überschaubar ist die hiesige Selbstverwaltungsbewegung, die aus ca. 40 gewerblichen Betrieben und annähernd doppelt so vielen sozialen und kulturellen Projekten besteht. In ihren täglichen Freuden und Sorgen unterscheiden sich die saarländischen Projekte wohl kaum von anderen Gruppen in der BRD. Viele gewerbliche Betriebe existieren schon über einen längeren Zeitraum, und trotzdem ist es bisher nur einer Minderheit von ihnen gelungen, dauerhaft einen angemessenen Lebensstandard für ihre Mitglieder zu erwirtschaften.

Die Existenzgründungsberatung der Zukunftswerkstatt Saar e.V. bemüht sich zwar, zusammen mit dem seit bereits fünf Jahren bestehenden saarländischen Netzwerk nach Kräften, dem entgegenzuwirken. Der dauernde Kampf um die offenen Rechnungen aber zwingt alle, auch diejenigen, die unterhalb des Existenzminimums herumkrebsen, zu einem dauernden Streben nach hoher Wirtschaftlichkeit im eigenen Betrieb. Die Folge ist, daß solche Sachzwänge das eigentlich gewollte Erlebnis eines anderen Arbeits- und Lebensstils zu ersticken drohen. Auch die eigentlich angestrebte Vernetzung zu Leuten, die etwas ganz anderes machen, findet aus eben diesen Gründen eigentlich überhaupt nirgendwo statt. Paradox, aber wahr: Mit der fortschreitenden Ökonomisierung unserer Betriebe hält man zwar den eigenen Betrieb über Wasser, es entwickelt sich jedoch gleichzeitig ein Teufelskreislauf, in dem die eigenen Utopien im täglichen Frust Stück für Stück abgeschliffen werden. Anstatt dem aber durch die gemeinsame Entwicklung einer eigenen Selbstverwaltungswirtschaft entgegenzuwirken, kündigt sich an manchen Orten bereits die Herausbildung des ‚neuen dynamischen Unternehmertums' an.

Als die bevorstehenden Landtagswahlen eine Veränderung der politischen Kräfteverhältnisse zugunsten der SPD und der Grünen ankündigten, wurde einigen von uns doch bange. Die Erfahrungen der Berliner und später Bremer Projekte haben ja gezeigt, wie vortrefflich manche Politiker das Gießkannenprinzip beherrschen. Von heute auf Morgen wird man als selbstbestimmter Betrieb plötzlich auf die Funktion von „regionalen Beschäftigungsinitiativen" zurückgestutzt, so daß man sich heute etwa in Bremen die Unterscheidung in nützliche und weniger nützliche Antragssteller gefallen lassen muß. Gefördert werden nur solche Projekte, die sich als idealer Antragsteller entweder am besten einschmeicheln können, oder die die besten beschäftigungspolitischen Effekte versprechen. Die Spaltung und Einverleibung der Selbsthilfebewegung, die unter solchen Umständen nicht länger als Ankläger, sondern als Erfüllungsgehilfe der von ihr nicht zu verantwortenden gesellschaftlichen Schäden auftritt, ist damit perfekt.

Von der Vorstellung angetrieben, daß es nach dem Wahltermin im März im Saarland bei einem Regierungswechsel ähnlich zugehen könnte, ergriffen einige Leute im Oktober 1984 die Initiative zur Einberufung einer Vollversammlung der selbstbestimmten Projekte im Saarland. Die Überlegung sollte zur Diskussion gestellt werden, durch eine möglichst geschlossene Vernetzung der Projekte in der Region „Bremer Verhältnisse" von vornherein zu vermeiden, um stattdessen, ähnlich wie in Hessen, über zugewiesene Fonds in Eigenverantwortung – mit eigenen Richtlinien und Ausschüssen – entscheiden zu können. Die schon bestehenden und bewährten Institutionen des Selbstverwaltungssektors (Zukunftswerkstatt, Netzwerk) sollten durch die Zuweisung von ABM-Stellen gestärkt werden und eine konsequente materielle und nichtmaterielle Unterstützung der selbstbestimmten Projekte in der Region sollte ferner helfen, durch eine gesellschaftliche Gleichstellung selbstbestimmter Betriebe mit herkömmlichen, kapitalistischen Betrieben langsam aber sicher die Konturen einer eigenen Selbstverwaltungswirtschaft erkennen zu können.

Die nur mäßig besuchte VV ergab kein einheitliches Bild. Zwar waren die meisten Betriebe solchen Vorstellungen gegenüber durchaus aufgeschlossen, die dafür notwendigen Arbeitskapazitäten wollten/konnten nur die wenigsten freisetzen. Schließlich fanden sich fünf Betriebe (Cafe Jonas, Autowerkstatt Andreas de Nève, Schreinerei Holzbock GmbH, Gärtnerei am Roten Wald, Zukunftswerkstatt Saar e.V.), die übereinkamen, jeweils einen Vertreter in einen kontinuierlich tagenden Arbeitskreis zu entsenden. Das Ziel sollte sein, Mitte Januar 85 mit den vier Spitzenpolitikern der saarländischen Parteien eine öffentliche Podiumsdiskussion zu dem Thema: „Alternativ aus dem Tief? Die Chancen selbstbestimmter Betriebe an der Saar." durchzuführen und entsprechend vorzubereiten. Im Vorfeld der Veranstaltung erstellte der Arbeitskreis in Zusammenarbeit mit der Zukunftswerkstatt Saar eine Pressevorlage, in der die verantwortlichen Politiker aufgerufen wurden, die neuen Grundsätze des Arbeitens, Wirtschaftens und Lebens in den selbstbestimmten Projekten künftig aktiv zu unterstützen und zu fördern. Die augenblicklich nachweisbaren Diskriminierungen und Benachteiligungen von genossenschaftlichen Ansätzen gegenüber dem privatwirtschaftlichen Bereich sollten in gemeinsamen Verhandlungsrunden durch eine Politik der Gleichstellung beseitigt werden. Die zentralen Forderungen damals lauteten:

1. Zugang zu den Programmen der Mittelstandsförderung und andere Maßnahmen einer wirtschaftspolitischen Gleichbehandlung

Der Selbstverwaltungssektor ist aufgrund struktureller Gegebenheiten (Kapitalmangel) und wegen anderer, selbstgewählter Verfahrens- und Wirtschaftsweisen (demokratische Entscheidungsstrukturen, keine private Gewinnaneigung) gegenüber dem privatwirtschaftlichen Bereich vielfach benachteiligt. Das gilt für die Inanspruchnahme von zinsbegünstigten Investitionsprogrammen, für die fehlende Gewährung von öffentlichen Subventionen, für die Nichtgewährung von Kontokorrentkrediten durch die Bank etc. Das Land und die Kommunen haben hier die Möglichkeit, diesen Zustand zu beenden, wenn sie es wollen.

Benachteiligungen sind desweiteren gegeben bei öffentlichen Aufträgen bzw. Lieferungen. Wir fordern deshalb eine zukünftige Quotenregelung bei öffentlichen Aufträgen und Lieferungen für den Selbstverwaltungssektor. Eine solche Quotenregelung soll auch für die herkömmlichen Klein- und Mittelbetriebe gelten, damit die zu erwartenden positiven beschäftigungspolitischen, wirtschaftspolitischen und branchenmäßigen Auswirkungen insgesamt spürbar werden können.

Wir fordern ferner, da? die schon seit langem bestehenden Institutionen des Selbstverwaltungsbereiches (Netzwerk, Zukunftswerkstatt, Arbeitskreis) in ihrem Status den herkömmlichen Wirtschaftsverbänden (Handwerskammer, Industrie- und Handelskammer, Arbeitgeberverbände etc.) gleichgestellt werden. Das betrifft vor allem die Anerkennung der Gemeinnützigkeit und der steuerlichen Abzugsfähigkeit von Spenden. Überhaupt fordern wir das Land auf, eine Initiative zu ergreifen mit dem Ziel, den § 10 des Einkommenssteuergesetzes und die Abgabenverordnung nach § 52 ff. dahingehend zu ändern, daß sowohl die oben genannten Institutionen wie auch Betriebe, die ohne Gewinnausschüttung arbeiten, sondern genossenschaftlich allein die sozialen und beruflichen Belange ihrer Mitglieder gewährleisten wollen, als gemeinnützig und förderungswürdig anerkannt werden.

Für die Stabilisierung und den zügigen Ausbau des Selbstverwaltungssektors im Saarland ist es schließlich erforderlich, eine eigene selbstbestimmte Infrastruktur der Wirtschaftsförderung zu unterstützen und zu fördern. Die gesellschaftliche Bedeutung eines selbstbestimmten Wirtschaftsbereiches wird von den augenblicklichen Trägern Handwerkskammer und Industrie- und Handelskammer nicht erkannt bzw. falsch eingeschätzt. Eine Unterstützung selbstbestimmter Betriebe findet nicht statt oder ist sehr ineffektiv. Das notwendige Expertenwissen und die Praxiserfahrung sind hier auch bezüglich genossenschaftlichen Arbeitens gar nicht vorhanden. Der Selbstverwaltungssektor hat sich zu diesem Zweck schon längst eigene Formen der Existenzgründungsberatung, Finanzierung und des Erfahrungsaustausches zwischen den Betrieben und Branchen geschaffen. Die Belastung der Alltagsarbeit in Betrieben und Projekten aber stellt eine natürliche Grenze in der Arbeitskapazität her. Deshalb ist es nur folgerichtig, neben den bestehenden Wirtschaftsverbänden künftig auch die infrastrukturelle Wirtschaftsförderung im Selbstverwaltungssektor gesellschaftlich zu finanzieren. Die Strukturen eines solchen Verbandes verschiedener arbeitsteilig organisierter Institutionen werden sich allerdings von den hierarchischen Strukturen der bekannten Verbände deutlich unterscheiden. Eine Verselbstständigung solcher Institutionen kann deshalb nicht aufkommen, weil sie genossenschaftlich, d.h. basisdemokratisch betrieben werden.

2. Bereitstellung und Namhaftmachung von Gebäuden und Flächen (auch landwirtschaftliche) für selbstbestimmte Arbeits- und Lebensformen sowie deren teilweise infrastrukturelle Ausstattung

Während allenthalben mit zum Teil horrendem öffentlichem Aufwand sog. Gründer- und Innovationszentren hergerichtet werden und ansonsten die herrschende Wirtschaftsförderung nicht viel Phantasie für gesellschaftlich sinnvolle und verantwortliche Bereiche entwickelt, während auf gewohnte Weise alle Auswüchse des Privatkapitalismus honoriert werden, haben die selbstbestimmten und genossenschaftlichen Ansätze, die sowohl produktmäßig als auch in ihrer inneren Struktur neue Wege zu beschreiten gewillt sind und denen es dabei nicht um den wirtschaftlichen Profit geht, die größten Schwierigkeiten, entsprechende Räumlichkeiten oder Flächen zu finden. Da die privaten Besitzer von Grund, Boden und Immobilien in der Regel nicht dem Postulat der sozialen Verpflichtung von Eigentum nachkommen, werden hier die strukturellen Nachteile der selbstbestimmten Projekte nur noch verschärft.

Um überhaupt bessere Start- und Entwicklungsmöglichkeiten zu ermöglichen, fordern wir daher, daß von Landes- und Kommuneseite größere Gebäudekomplexe, Industriebrachen und innerstädtische wie ländliche Flächen zu günstigen Konditionen auf lange Sicht in Erbpacht zur Verfügung gestellt werden, um darin gewerbliche, dienstleistungsbezogene, landbaumäßige und wohnungsbezogene Projekte bzw. eine Mischung davon in Angriff nehmen zu können.

Je nach Verwendungszweck und Zustand der Gebäude sind die Kosten für eine infrastrukturelle Ausstattung teilweise oder ganz vom Eigentümer zu übernehmen. Die hierzu erforderlichen Arbeiten werden bevorzugt von selbstbestimmten Betrieben ausgeführt.

3. Aufstellung eines regionalspezifischen Beschäftigungsprogrammes (50 Arbeitsplätze)

Die neuen Formen des Arbeitens, Wirtschaftens und Lebens in selbstbestimmten Betrieben und Projekten sind gesellschaftlich nützlich und förderungswürdig. Sie wirken dem psychisch zermürbenden, wirtschaftlich und sozial bedrohlichen Schicksal der Arbeitslosigkeit entgegen, indem sie menschliche Arbeits- und Lebensformen unmittelbar praktisch erfahrbar werden lassen. Sie schaffen Dauerarbeitsplätze, zeigen neue, ökologisch sinnvolle Produkideen, Herstellungsverfahren und Dienstleistungen auf. Sie senken die allgemeinen sozialen Kosten und integrieren sozial Benachteiligte.

Im Bereich der selbstbestimmten Betriebe herrscht zudem ein ausgiebiger Bedarf nach zusätzlicher Beschäftigung. Wir fordern daher für den Selbstverwaltungssektor ein Beschäftigungsprogramm von zunächst 50 Arbeitsplätzen. Es soll dazu dienen, den Selbstverwaltungssektor zu verstetigen, auszubauen und die notwendigen infrastrukturellen Maßnahmen personell zu ermöglichen.

Über dieses Beschäftigungsprogramm hinaus fordern wir ferner die Einleitung eines Ausbildungsprogrammes für selbstbestimmte Betriebe und Projekte. Öffentliche Stellen sind angehalten, zu diesem Zweck ihre formalen Qualifikationen (Ausbildungsberechtigung) für Ausbildungsmaßnahmen im Selbstverwaltungssektor zur Verfügung zu stellen. Dabei ist jedoch zu berücksichtigen, daß wir bemüht sind, ein integriertes Konzept von Ausbildung und Beschäftigung zu gewährleisten und in diesem Sinne keine Warteschleife sein wollen.

Fortsetzung Seite 11

Das Bild kann aus lizenzrechtlichen Gründen leider nicht online gezeigt werden.

WEHRET DEN ANFÄNGEN!!!

Kommunisten haben im öffentlichen Dienst nichts zu suchen. Aber nicht nur da. Es gibt praktisch keine Tätigkeit, aus der heraus Staatsfeinde nicht in der Lage wären, am Tag X zum vernichtenden Schlag gegen uns und unsere Gesellschaftssystem auszuholen. Und im Saarland?

Fortsetzung von Seite 10

4. Aufstellung eines regionalen Investitions- und Bürgschaftsfonds

Nach den oben beschriebenen Maßnahmen fordern wir ein spezifisch auf selbstbestimmte Projektformen zugeschnittenen Investitionsfonds mit zeitlich befristetem Charakter. Dieser soll namentlich zur Anfangsfinanzierung von lokal bzw. regionalen Beschäftigungsinitiativen dienen, die ökologisch und sozial sinnvolle Produkte und Dienstleistungen anbieten, wobei sie sich neuer Betriebsformen mit demokratischen Binnenstrukturen bedienen, die aus dem sonstigen Förderungsinstrumentarium des Bundes, des Landes oder der Kommunen nicht bedient werden. Sie haben besonders die Einrichtung von Dauerarbeitsplätzen bzw. Sachmitteln für Prototypen Entwicklung in umweltschonenden Verfahren zu dienen.

Ein solcher Fonds tritt nicht in Konkurrenz zu bereits bestehenden ähnlichen Fonds bei Netzwerk oder anderswo. Es bedeutet lediglich einen zusätzlichen und nachträglichen Fonds aus öffentlichen Mitteln und reagiert damit bloß auf Vorleistungen, die von gesellschaftlich verantwortlichen Menschen anderswo bereits individuell erbracht worden sind. Die Einrichtung eines Bürgschaftsfonds soll namentlich dazu dienen, die regionale Haftungsassoziation im Verbund mit der regionalen Kreditvermittlung aufzubauen, damit eine Selbstfinanzierung des Selbstverwaltungssektors zügig erfolgen kann.

5. Aufstellung eines wohnungspolitischen Fonds

Wir fordern die Einrichtung eines wohnungspolitischen Fonds zur Entwicklung nachbarschaftlicher und kommunitärer Wohnprojekte durch bankenunabhängige Mittel, die auf Dauer dem Markt entzogen werden sollen. Die öffentlichen Mittel sollen allein zum Ankauf und nur beschränkt zur Ausstattung verwendet werden. Der Wohnfonds hat zum Ziel, preiswerten Wohnraum zur Verfügung zu stellen, um modellhafte kommunitäre und Nachbarschaftsprojekte zu ermöglichen. Der Wohnfonds bedarf einer einmaligen bzw. auf einige Jahre angelegten begrenzten öffentlichen Ausstattung und refinanziert sich ansonsten durch Mietrückflüsse. Sein Ziel ist, billigeren Wohnraum in genossenschaftliche Trägerschaft zu überführen und darüberhinaus zur Entwicklung kulturell lebendiger sozialer Milieus beizutragen.

6. Projekt „Dorfgemeinschaft in Selbstverwaltung"

Der Arbeitskreis fordert einen langfristigen Pachtvertrag für ein großflächiges, ungenutzt lehrstehendes Industriegelände mit Wohn- und Arbeitsgebäuden, um hier – neben den in der Region schon bestehenden Betrieben und Projekten – erstmalig im Saarland ganzheitliche Arbeits- und Lebensformen zu erproben.

In einem autonomen Modellversuch zeigen wir praktisch auf, in welchem Umfang die Prinzipien der Selbstverwaltung geeignet sind, in ihrer Ganzheit von gemeinsamen Arbeiten und Leben unmittelbare gesellschaftliche Lösungsansätze zu eröffnen. Die Produkte der Dienstleistungen der hier selbstbestimmt organisierten Betriebe und Projekte werden sich dabei einerseits an den unmittelbaren Bedarf der Dorfgemeinschaften – mit dem Ziel der Eigenversorgung – ausrichten, wie sie zudem zweckmäßigerweise auf die Bedürfnisse von Kunden und Konsumenten in der Region zugeschnitten sind.

Während Oskar Lafontaine (SPD) und Kajo Breuer (Grüne) ihre Teilnahme an der Podiumsdiskussion zusagten, wollte uns der amtierende Ministerpräsident Werner Zeyer (CDU) und sein Wirtschaftsminister Horst Rehberger (FDP) leider nicht die Ehre erweisen. Nachdem Lafontaine vier Tage vor der Veranstaltung wegen einer akuten Blinddarmoperation ins Krankenhaus eingeliefert wurde, fand die Podiumsdiskussion schließlich vor einem Zuhörerkreis von ca. 200 Leuten mit dem, wie sich erst jetzt herausgestellt hat, zukünftigen Wirtschaftminister des Saarlandes, Hajo Hoffmann (SPD) und Kajo Breuer (Grüne) statt. Die Diskussion wurde vom Arbeitskreis aufgezeichnet (Ton + Video), so daß die Stellungnahmen beider Parteienvertreter zu den gestellten Forderungen – abgegeben jeweils in einem zusammenhängenden Redebeitrag – im folgenden wörtlich wiedergegeben werden können.

Stellungnahme von Hajo Hoffmann (SPD) zu den aufgestellten Forderungen:

„Ich versuche, auf ein paar gestellte Forderungen eine Antwort zu geben. Sie haben mich heute abend eingeladen in Vertretung von Oskar Lafontaine, der krank ist. Er hat bestimmte Positionen schriftlich niedergelegt. Das was ich hier zu sagen habe, ist also nicht die persönliche Meinung meiner Person, sondern kann durchaus eine weitergehende politische Relevanz über die Person von Oskar Lafontaine selber haben.

Erste Prämisse, die ich deutlich machen muß: Ich denke, keiner im Raum stellt sich vor, daß im Saarland durch öffentliche Hilfe innerhalb kurzer Zeit eine besonders große Zahl von Arbeitsplätzen geschaffen werden konnte, sondern man geht davon aus, daß der Alternativbereich in kleinen Schritten klein angefangen und Schritt für Schritt weiterentwickelt werden muß. Ich habe das Papier, das ihr geschrieben habt, so gelesen, daß man daran nicht eine Riesenerwartung hängt, sondern sagt, daß in einem bestimmten vernünftigen Bereich über 50 Arbeitsplätze u.ä. diskutiert werden kann. Wenn ich diese Prämisse richtig verstanden habe, denke ich, daß die finanziellen Probleme nicht ausschlaggebend sind. Und zwar ist das nicht eine Frage der Verhandlung zwischen irgendwelchen Parteien für irgendwelche Regierungsprogramme, sondern das ich nach meiner Auffassung die Frage derjenigen, die in der Regierung sind, in Verhandlung mit denen, um die es unmittelbar geht.

Und wenn jetzt die einzelnen Forderungen aufgestellt werden: Ich sehe nicht das Problem in der Frage der Bürgschaft. Ich denke auch, daß man einig werden kann darüber, daß die Bürgschaften beispielsweise oder die Kredite bis zu einem bestimmten „Plafond" selbstverwaltet sein können. Das halte ich nicht für das ausschlaggebende Problem. Sehr viel schwieriger wird der Schritt sein auszuräumen, was an finanzpolitischen Hemmnissen, an steuerrechtlichen Vorschriften besteht, was an Kontakten mit Kammern, was mit dem Arbeitsamt ist. Und hier möchte ich gleich sagen, daß ich auch nicht glaube, daß unser größtes Problem das Arbeitsamt sein könnte, weil ich mir denke, daß wir dort mit der Zusammenarbeit weitermachen können. Wir haben im Saarland zur Zeit 1.738 Stellen, die über ABM laufen. Ich denke, die Arbeitsämter sind insgesamt inzwischen heute dieser Frage sehr viel aufgeschlossener als zu früheren Zeiten, deshalb glaube ich, daß es hier eher um die praktikablere Art der Zusammenarbeit geht und nicht um die Grundsatzfrage „kann man das machen oder kann man das nicht machen".

Ich sehe auch kein grundlegendes Problem bei der Fragestellung, Gebäude und Freiflächen. Hier wird es aber sehr konkret darauf ankommen, welche Gelände und welche Gebäude das sind, in welchem Zustand sie sind, wie weit sie Investitionen bedürfen, wie weit man das in Selbsthilfe machen kann. Ich denke, das kann man nur am konkreten einzelnen Projekt diskutieren und sehen, ob da was rauszuholen ist.

Ich sehe ein sehr viel größeres Problem in der eigentlichen Frage, die für mich viel stärker in den Vordergrund kommen müßte, nämlich die Informationsprobleme und Qualifikationsprobleme. Das heißt, wenn ein Kleinunternehmen, ein alternatives Selbstverwaltungsunternehmen, eine Chance haben soll, muß es über Informationen verfügen und muß sich selbstverständlich auch der Frage der Qualifikationsstruktur stellen. Ich kann mir das nicht anders denken. Das ist ein Problem, wo man helfen kann, weil ich in der Tat finde, daß die Zielvorstellungen in den verschiedensten Instrumentarien im Mittelstand so konfus sind, daß man sie nicht mehr erfassen kann. Beispielsweise ist für viele Kleinunternehmen, nicht nur im alternativen Bereich ein Riesenproblem, wie sie mit der Buchhaltung, mit den Steuern usw. zurechtkommen. Da besteht die Möglichkeit, einen Service anzubieten. Ich habe aus ersten Reaktionen gehört, daß das nicht ohne weiteres das ist, was euch entspricht; ich kann das verstehen. Aber ich weiß nicht, ob das überhaupt möglich ist, denn das muß ja schon jemand qualifizierteres sein, der in der Diskussion drin ist, das kann ja nicht jemand sein, der von außen kommt und sagt, ich bin Steuerberater, bin arbeitslos und mache das für euch. Das müßte ja jemand oder müßten verschiedene Personen sein, die mit dem Gedankengut der Selbstverwaltung zurecht kommen und sich selbst als Mitglied empfinden. Ich denke, daß man versuchen kann, über solche Personen – wenn man diese findet – eine notwendige Informationsstruktur zu schaffen und Stück für Stück auch dahin kommt, daß auch in solchen Betrieben, die sich alternativ verstehen, jemand kommt, der entsprechende Qualifikationen hat.

Nur eines ist mir völlig klar: Solche Unternehmungen, solche Neugründungen werden sich mit Sicherheit auch die Frage stellen müssen, ob die Leute, um die es da geht, sich nicht auch bestimmte traditionelle Qualifikationen aneignen müssen. Ich denke, daß ein Produktionsbetrieb oder ein Dienstleistungsbetrieb nicht ohne Management auskommt. Das sollen die Betriebe selbst machen, aber sie müssen sich trotzdem über bestimmte Grundregeln klar werden, ohne das wird es nicht gehen.

Die nächste Sache, die ich ansprechen will, ist die Dorfidee. Zuerst mal finde ich sie ausgesprochen reizvoll. Die Frage ist, wie das entstehen kann. Ich kann mir nicht vorstellen, daß das auf einen Wurf geht. Ich kann mir vorstellen, daß es bei den vorhandenen Industriegeländen und Industriegebäuden, die wir haben, durchaus bauliche und räumliche Möglichkeiten gibt, an so etwas heranzugehen. Aber das könnte doch wohl nur so sein, daß das mit einer Chance für neue Betriebe zustande kommt, die die Kinderkrankheiten ihrer eigenen Existenz schon ein bißchen überwunden haben. Ich will das mal so sagen: Wenn ihr mit eurer Autowerkstatt kommt, dann habt ihr den Erfahrungshorizont, der das ermöglicht. Aber wenn jetzt fünf, sechs, sieben wohlwollende Gruppen, die alle ganz von vorne anfangen, sei's in der Produktion von Brot über Landwirtschaftsprodukte oder über sämtliche Dienstleistungssektoren, ankommen, dann denke ich, daß die Probleme groß sein werden, daß das auf Anhieb nicht ohne weiteres geht."

Trotz aller angebrachten Skepsis über die Versprechungen von Politikern unmittelbar vor einem Wahltermin sind in dieser Stellungnahme des zukünftigen Wirtschaftsministers deutliche Ansätze für eine politische und wirtschaftliche Unterstützung der Selbstverwaltungsbewegung herauszulesen. Wenn es zutrifft, daß die SPD zudem den verlangten Eigenvertretungsanspruch der selbstbestimmten Betriebe – Akzeptanz des autonomen Selbst-Verteilens der ausgehandelten materiellen und nicht materiellen Verhandlungsergebnisse – anerkennt, bieten sich den saarländischen Projekten nach dem Regierungswechsel damit Ansätze für die Entwicklung einer eigenen Selbstverwaltungswirtschaft.

Nach der Podiumsdiskussion fanden zwei weitere Gesprächskontakte des Arbeitskreises mit der Landeshauptstadt Saarbrücken statt. Hier stellte die SPD bei einer vor der Landtagswahl noch CDU/FDP-geführten Landesregierung den Oberbürgermeister. In dem Pressetext der Stadt Saarbrücken vom 27.2.85 heißt es dazu: *„Oskar Lafontaine erklärte, er stehe der Tätigkeit der selbstbestimmten Betriebe mit Aufgeschlossenheit gegenüber. Gerade in Zeiten lang anhaltender Arbeitslosigkeit komme solchen Betriebsformen besondere Bedeutung zu. Er sagte zu, die Forderungen des Arbeitskreises sorgfältig zu prüfen, ... und die Möglichkeiten einer Unterstützung der selbstverwalteten Betriebe durch die Stadt in den städtischen Gremien zur Sprache zu bringen."*

Auf einer gut besuchten Vollversammlung trug der Arbeitskreis daraufhin den augenblicklichen Stand der Dinge vor. Was bereits schon vorher eigentlich deutlich war, wurde hier im Verlauf der Diskussion offenkundig: Eine homogene Selbstverwaltungs-Bewegung, die tatsächlich in der Lage wäre, auch in überbetrieblichen Infrastrukturen effektiv gemeinsam zu handeln, gibt es im Saarland nicht. Eine Handvoll Aktivisten und ein Haufen beschriebenes Papier können nicht darüber hinwegtäuschen, daß die Realisierung unserer Forderungen uns selber größere Schwierigkeiten bereitet, als dies auf Seiten der Politiker der Fall zu sein scheint. Die erkennbaren Lösungsansätze können deshalb im Saarland zum jetzigen Zeitpunkt wohl kaum realisiert werden.

Eine 14 Tage später stattfindende Vollversammlung beschäftigte sich deshalb mit der Fragestellung, wie die fehlenden Infrastrukturen und eine tiefer-gehende inhaltliche Auseinandersetzung und Weiterentwicklung mit der Thematik erreicht werden könnte. Die Projekte kamen überein, zunächst einmal ein täglich erreichbares und besetztes Büro einzurichten, welches vor allem die Funktion einer zuverlässigen Informations- und Koordinierungsstelle übernehmen muß. In einem zusätzlich tagenden, erweiterten Arbeitskreis soll darüber hinaus zunächst einmal ein besserer Informationsfluß in den Betrieben erreicht werden (saarländische Betriebszeitung, Videofilm). Adressen und Selbstdarstellungen sollen in den AK von möglichst allen Projekten gesammelt und ausgewertet werden, mittels eines Fragebogens bei allen Betrieben der Bedarf an materiellen und nicht materiellen Unterstützungen abgefragt werden, durch die Kooperation mit schon bestehenden Institutionen wie Zukunftswerkstatt und Netzwerk eine Unternehmensberatung einschließlich einer Kreditvermittlung aufgebaut werden, und schließlich ist es hier geplant, das Erlebnis zwischenmenschlicher Vernetzung und der sich einlösenden Utopien durch das innovative Kommuneprojekt auf der Industriebranche Wirklichkeit werden zu lassen.

Das alles jedoch steckt noch in den Kinderschuhen. Wir stehen hier im Saarland ganz am Anfang, und noch kann keiner von uns sagen, wie sich das jetzt tatsächlich weiterentwickeln wird. Wir sind sehr daran interessiert, möglichst schnell in einen Lern- und Erfahrungsaustausch mit Projekten und Initiativen in anderen Bundesländern zu kommen, die glauben, vor ähnlichen Problemen zu stehen. Nehmt bitte Kontakt mit uns auf. Wen es interessiert, der kann sich zudem unser erarbeitetes Wirtschafts- und Beschäftigungsprogramm gegen einen Unkostenbeitrag von DM 5,- in Briefmarken (da ist das Rückporto schon drin) zusenden lassen. Die Kontaktadresse lautet:

Arbeitskreis der selbstverwalteten
Projekte im Saarland
c/o Netzwerk e.V.
Alte Feuerwache, 2. OG
Am Landwehrplatz
6600 Saarbrücken

Siggi Achterberg
Mitglied des Arbeitskreises

Neues aus der Giftküche

Gefährliche Arbeitsstoffe in den grafischen Betrieben

Auf den Wintertagen wurde in der Arbeitsgruppe, die sich mit gefährlichen Arbeitsstoffen, deren Auswirkungen und Beseitigung befaßte, eine zentrale Sammelstelle eingerichtet, die das Thema weiterbearbeiten sollte: Mit den anderen Betrieben in Kontakt bleiben, Informationen sammeln. Unsere Vorstellung war etwa die: Wir stellen fest mit welchen Stoffen wir arbeiten, schmeißen die giftigen Sachen raus, führen Ersatzstoffe ein und mit den Rückständen bei den unverzichtbaren Stoffen gehen wir so vor, daß wir sie größtenteils selbst aufarbeiten und entsorgen. Kurzum: die selbstverwalteten Betriebe zeigen mal so richtig, wie man auch in der Industrie ökologisch arbeiten kann. Dieses Ziel vor Augen haben wir angefangen alle Stellen, Organisationen und Institutionen die uns darüber Aufklärung geben könnten anzuschreiben und gleichzeitig haben wir als ersten Schritt einen Fragebogen an die selbstverwalteten grafischen Betriebe gemacht, mit dem Ziel herauszufinden, mit welchen Produkten wir arbeiten. Wir haben diesen Bogen an 120 Adressen verschickt, um die Produkte unter ihrem Handelsnamen, wenn möglich mit genaueren Angaben über den Inhalt und ihre Verwendung zu erfassen.

Nach und nach trudelten die ersten ausgefüllten Bögen ein. Für unsere Vorstellung zwar insgesamt zu wenig (bisher 20), aber als Auswertungsgrundlage schon mal ein ganz guter Grundstock, weil sich vieles überschneidet, weil von vielen Betrieben dieselben Produkte benutzt werden.

Mit der Sammlung der Produkte und dem Versuch, die ausgefüllten Bögen auszuwerten, fingen unsere Probleme erst richtig an. Die Kennzeichnungspflicht der Kapitalisten, die das Zeug herstellen und vertreiben ist in der BRD unter aller Sau: bei den allermeisten Produkten muß nicht angegeben werden, was eigentlich drin ist. Das hängt damit zusammen, daß die Kennzeichungspflicht für gefährliche Arbeitsstoffe in vielen Fällen nur dann zwingend ist, wenn der entsprechende gefährliche Stoff in dem Produkt in einer bestimmten Konzentration vorkommt. Es ist relativ einfach, diese Konzentration zu unterschreiten, in dem ein anderer Stoff mit ähnlicher Wirkung (und oft auch Gefährlichkeit) beigegeben wird, und mit diesem wieder unter der kennzeichnungspflichtigen Konzentration geblieben wird. Die Sicherheitsdatenblätter, die man teilweise zu den Produkten bekommen kann, sind sehr lückenhaft und oft was die Zusammensetzung der Produkte angeht völlig aussagelos.

Durch die Kooperationsstelle des DGB und den Hochschulen in Hamburg stießen wir auf eine, für uns sehr wichtige Information: In Dänemark sind die Kennzeichnungspflichten strenger als bei uns und innerhalb der grafischen Industrie hat der Branchenrat für die Betriebe eine Sammlung von Sicherheitsdatenblättern von 1500 Produkten angelegt. Die Firmen, die für diese Sammlung keine Sicherheitsdatenblätter zur Verfügung gestellt haben, sollen boykottiert werden.

Diese Sicherheitsdatenblätter haben wir bei der Kooperationsstelle eingesehen und konnten auf diesem Weg (da die Liste viele Produkte enthielt, mit denen wir auch arbeiten) ca. 50 unserer Produkte näher nach ihrer chemischen Zusammensetzung entschlüsseln. Weiter sind wir jetzt dazu in der Lage, bei einigen Stoffen über ihre Auswirkungen, z.B. Berufskrankheiten etwas auszusagen. Bedingung war natürlich erst einmal zu wissen, mit welchen Stoffen wir's zu tun haben. Die Ergebnisse sind natürlich ganz schön spannend und teilweise erschreckend (gemeint: wie sorglos wir oft mit diesen Sachen umgegangen sind).

Die Ergebnisse der Untersuchung wollen wir natürlich auf dem Branchentreffen vorstellen und diskutieren. In Wirklichkeit haben wir damit noch kein Problem gelöst, sondern haben erstmal eine Ausgangsposition um weiterzumachen: Wir müssen z.B. feststellen, in welchen Konzentrationen diese Stoffe bei uns auftreten. Dazu müssen wir dann entsprechende Messungen machen und die dazu nötigen Instrumente beschaffen. Uns schwebt vor, daß wir dann für alle Bereiche bestimmte Produkte empfehlen können. Als nächstes oder eigentlich gleichzeitig wollen wir uns auf das Entsorgungsproblem werfen. Ihr seht, es gibt noch ganz schön was zu tun und auf dem Branchentreffen können wir ja dann mal so richtig loslegen.

Anette Mönich, Cary-Mike Drud

Anmeldung zum Branchentreffen

Von Do. den 25. April bis So. den 28. April 1985 bei CARO-Druck, Mainzer Landstraße 147, 600 Frankfurt 11

Ich komme allein ☐ und brauche Unterkunft Nein ☐ Ja ☐
Wir kommen mit ☐ Personen und brauchen ☐ Schlafplätze

Name _____

Adresse _____

Telefon _____

Betrieb _____

Wir haben uns für das Seminar der selbstverwalteten grafischen Betriebe vom 25. bis 28. April bisher folgendes überlegt.
Donnerstag: Anreise, Unterbringung, organisatorischer Kram, Wiedersehen / Freitag: Was machen wir mit der Chemie im Betrieb? Und für Interessenten: Zugucken bei der Arbeit (doch auch mal ganz schön), z.B. bei der Übertragung der taz-Seiten in der Setzerei, der Weiterverarbeitung in der Repro und im Druck. / Samstag: Chemie im Betrieb und Markenzeichen bzw. Verband der selbstverwalteten grafischen Betriebe. / Sonntag: Fortsetzung nach Bedarf und Heimreise.

Das ist so ein grobes Raster. Wir von Caro-Satz hätten auch Interesse über neue Satztechnik, Datenfernübertragung und Nutzung dieser neuen technischen Möglichkeiten durch die selbstverwalteten Betriebe, zu sprechen. Da wir unsere Maschinerie ersetzen müssen und wollen (bisher Compugraphic 7700) haben wir schon einiges erarbeitet, so daß für Interessenten die Möglichkeit besteht, uns auszuquetschen und wir wollen natürlich auch gerne wissen, ob andere Setzereien sich mit solchen Ersatz- oder auch Einstiegsproblemen befassen. Wenn wir das machen wollen, müßt Ihr uns aber vorher anrufen bzw. auf Eurer Anmeldung Euer Interesse daran kundtun.

Außer für diesen Satzbereich — bei Bedarf — halten wir die Bildung von mehreren Arbeitsgruppen, die nebeneinanderher laufen, nicht für sinnvoll, sondern wir meinen, daß wir uns auf die Themen Chemie im Betrieb und Debatte über Markenzeichen bzw. Verbandsgründung konzentrieren sollten. Das kann dann auch gut im Plenum stattfinden, wir können uns die notwendige Zeit dafür nehmen, ohne Angst, vielleicht in irgendeiner anderen AG 'was Wichtiges zu verpassen.

Auf das Organisatorische werden wir noch näher in den Einladungen engehen, die wir Euch noch zuschicken. Es wäre trotzdem gut, wenn Ihr Eure Anmeldungen schonmal schickt, damit wir so etwa wissen, was so auf uns zukommt (und wer natürlich auch).

Was den kulturellen Teil angeht, können wir natürlich das Metropolenangebot von Frankfurt nicht übertreffen, deshalb werden wir Euch das in entsprechender Form zusammenstellen. Außerdem wollen wir zumindest die Möglichkeit schaffen, sich abends noch in einer Art Caféteria oder Bar oder wie auch immer zusammenzuhocken. Also, je nach Bedarf und Geschmack.

Alles weitere in der Einladung, Wünsche werden gerne noch entgegengenommen, die Erfüllung wird versucht, Anmeldungen werden dringend gebraucht. Seid gegrüßt

CARO-Druck, Frankfurt
Tel. 069/730233 (Druck)
Tel. 069/730235 (Satz)

Erinnerungen an Constantin

Das Bett des Prokrustes als Markenzeichen

Neulich hatte ich eine eigenartige Begegnung. Ich muß vorausschicken, ich bin eigentlich Gewerkschaftsboß. Das heißt, ganz richtig ist das auch nicht. Das war ich mal. Jetzt bin ich Chef in einer größeren Druckerei, die aber der Gewerkschaft gehört, wenigstens so ungefähr. Und da ich ja früher in der Gewerkschaft ... Also kurz und gut, jetzt bin ich also Chef in dieser Druckerei und deshalb war ich ja auch in Bonn. In Bonn war das auch, diese eigenartige Begegnung, von der ich erzählen wollte.
Ich bin ja ohnehin jetzt öfters in Bonn. Vor allem, seit ich diese Stelle — Sie wissen ja, da ergibt sich das halt so. So als gewerkschaftseigene Druckerei — da ist es ja nur selbstverständlich, daß wir der natürliche Auftragnehmer der SPD sind. Deshalb war ich auch im Abgeordnetenhaus. Weil es da mit dem Bundesgeschäftsführer einiges abzusprechen gab. Für einige Wochen in 1985 hatten wir nämlich unsere Kapazitäten noch nicht ganz ausgelastet. Und da wollte ich also mal vorsprechen, ob nicht doch in dieser Zeit vielleicht das ein oder andere Plakat für eine Kommunalwahl ... Ich traf da also im Aufzug diesen jungen Mann, der mir auch irgendwie entfernt bekannt vorkam — ich konnte ihn nur nicht gleich richtig einordnen.
Naja, irgendwie schien ich ihm aber auch bekannt zu sein, denn er nickte mir gleich ganz freundlich zu und sagte: — „Na, auch unterwegs, Kollege?" — Das „Kollege" machte mich ja erstmal stutzig. Aber da er bei seiner Begrüßung ganz auffällig auf mein Revers guckte, wußte ich dann doch gleich, um was es ging. Ich muß hier einfügen, daß ich natürlich immer noch meine Anstecknadel für die 25jährige Mitgliedschaft in der IG Druck und Papier am Kragenspiegel trage. Das ist man den alten Zeiten schon schuldig, finde ich.
Also war der Kollege, der mir so bekannt vorkam, auch aus der Druckbranche. Soviel war jetzt klar. Konkurrenz vielleicht? Aber anstelle der gewerkschaftlichen Anstecknadel hatte mein Freund an seiner Jacke einen grellgelben Button, wie ich ihn noch nie gesehen hatte: Eine hübsche kleine Zeichnung zeigte ein Tigerchen, das in der einen Pfote offensichtlich einen Farbspachtel hielt, von der das gute Schwarz auf den Boden tropfte, und das mit der anderen Pfote gerade einen Packen DIN A4 Papier in die Luft wirbelte, so daß die einzelnen Bogen wie zu groß geratene Konfetti auf das Tigerchen niederregneten. Das ganze trug dann noch eine Beschriftung (in halbfetter Futura), am oberen Rand, sauber auf einer Kreislinie gesetzt „Alle Kunden" und untenrum, genauso sauber „sind Papiertiger".
Das machte mich dann doch einigermaßen neugierig. Und so fragte ich so freundlich ich konnte — „Haben wir uns nicht schon mal gesehen? Sie kommen mir irgendwie bekannt vor." — „Ja, natürlich. Erinnerst Du Dich denn nicht, Kollege? Das war vor sieben Jahren auf einer Tagung in Oberursel, da hatten wir Dich zu einer Diskussion über Entlohnungssysteme eingeladen. Du als engagierter Gewerkschafter hast natürlich heftig das Prinzip des garantierten Einheitslohns verteidigt; während ich damals schon dafür war, die Bezahlung abteilungsweise vom Betriebsergebnis abhängig zu machen."
— „Ja, jetzt erinnere ich mich", versuchte ich seinen Redefluß zu unterbrechen, „und was machen Sie jetzt hier?" — „Ich gehe jetzt zu den Grünen. Du verstehst doch, Kollege, wir als Verband der selbstverwalteten Druckereien verstehen uns als die natürlichen Auftragnehmer der Grünen — und ich hab da mit der Bundesgeschäftsführerin für das laufende Jahr noch einiges zu regeln. Bei einigen unserer Mitgliedsbetriebe sind da noch kleinere Auftragslücken zu füllen ..."

Lassen wir die fiction an dieser Stelle erstmal enden.

Willst Du ernsthaft solche Strukturen, Constantin? Ich gehe nicht so weit, Dir das zu unterstellen, aber ich unterstelle, daß Deine Vorschläge zum Thema Markenzeichen und zum alternativen Bundesverband Druck schnurstracks dorthin führen. Und zwar ohne die meisten tatsächlichen Probleme der selbstverwalteten Druckereien auch nur ansatzweise zu lösen.

„natürlich ..."

Du triffst zu Beginn Deiner Ausführungen in der Märzausgabe der CONTRASTE ganz umstandslos die Feststellung, „wir" würden uns als die „natürlichen Auftragnehmer der grünen und alternativen Listen" betrachten. Ich muß Dir leider gestehen, Constantin, daß *ich* das nicht tue. Und daß ich darüber hinaus ungeheuer allergisch bin gegen Feststellungen dieser Art. Die Sowjetunion ist der „natürliche Verbündete" aller Befreiungsbewegungen. Die SPD ist der „natürliche Auftraggeber" der gewerkschaftseigenen Betriebe. Die Arbeiter sind die „natürlichen Kunden" der gewerkschaftseigenen Banken. Die CDU-Wähler sind die „natürlichen Leser" der BILD-Zeitung. Hinter allen diesen wunderbar „natürlichen" Verhältnissen verbirgt sich entweder ideologischer Filz hoch drei oder ein schlichtes Gewaltverhältnis oder beides. Ich habe nicht die geringste Lust, dieser ganzen Scheiße die Krone aufzusetzen mit einer realsozialistischen Version des Bundesverbandes Druck, der dann die Grünen dazu verdonnert, nur noch bei den amtlich mit sieben Durchschlägen beglaubigten und mit eins bis fünf Sternen katalogisierten Selbstverwaltern drucken zu lassen.

Die alternativen Druckbetriebe sind doch auch konkret viel zu verschieden, um sich in dieses 5-Sterne-Schema pressen zu lassen. Das ist auch gut so. Die Ansprüche ihrer Kunden sind völlig unterschiedlich und vor allem ihre *eigenen* Ansprüche sind völlig unterschiedlich. Für manche ist das, was wir beide, Du und ich, Constantin, unter Qualität verstehen, ohnehin selbstverständlich für andere sind das nach wie vor bürgerliche Zwänge. Manche haben sowieso schon mehr Aufträge, als sie verkraften können — andere wollen gar nicht mehr, weil small beautiful ist. Und wenn dann nicht von den Grünen, weil die nämlich viel zu unzuverlässig sind und ihrerseits keinen einzigen Termin einhalten. Und so weiter und so fort

Markt oder Erziehungsdiktatur?

Ich bin nach wie vor dafür, die Produktion von *Profiten* durch die Produktion von *Gebrauchswerten* zu ersetzen. Und das (auch in der Produktion) unter möglichst demokratischen Bedingungen. Was dieses „möglichst" alles heißt oder heißen kann, das probieren wir alle gerade aus, und da ist — denke ich — das letzte Wort noch nicht gesprochen.

Wie Du aber Deine Idee eines selbstverwalterischen Über-Ichs in Verbandsgestalt mit der Produktion von *Gebrauchswerten* in Einklang bringen willst, das mußt Du mir erstmal vormachen. Für mich heißt Gebrauchswertproduktion (neben anderem) zwingend: bedürfnisorientierte Produktion. Da wirst Du mir nicht widersprechen. Aber wenn Du das ernst nimmst mit der bedürfnisorientierten Produktion, dann bist Du doch sofort bei der uralten Frage: wer bestimmt wessen Bedürfnisse? Und bei der ebenso uralten wie unerbittlichen Alternative: weitgehende Anerkennung des *Marktes* oder *Erziehungsdiktatur.* Es ist natürlich Dein gutes Recht, Dich für die Erziehungsdiktatur zu entscheiden. Ich kann Dir aber da nicht folgen.

Was hat diese Berufsverbands-Kiste mit dem von Dir so genannten *„Markenzeichen für Kollektivarbeit"* zu tun? Alles. Meiner Meinung nach ist das Markenzeichen überhaupt nur der fadenscheinige Rock, der dem Wunsch nach einem Berufsverband umgehängt wurde. Es gibt keine andere Idee, kein anderes Problem außer dem des Markenzeichens, das einen grafischen alternativen Berufsverband jetzt zwingend notwendig machen würde. Aber gerade *die* Struktur eines denkbaren Verbandes, die durch das Markenzeichen zwingend gefordert ist: zentralistisch, bürokratisch, totalitär (von wegen drei Sterne und so) — gerade diese Struktur ist für mich das Hauptargument gegen das Markenzeichen.

Was not tut

ist einerseits eine *politische* Perspektivendiskussion zwischen den selbstverwalteten Betrieben. Der Artikel von Diethelm Damm in der Februarnummer („Hat die alternative Ökonomie eine Chance?") bietet da meines Erachtens interessante Anhaltspunkte. Wenn Du aber diese notwendige Perspektivendiskussion herunterbringst auf die Frage „Wohin gehen die dicken Aufträge?" — dann ist sie schon so gut wie gescheitert.

Was andrerseits (immer) nottut, ist die Lösung von zahlreichen ganz konkreten Problemen: Maschinenbestand, Ausbildung, ökologisch vertretbare Entsorgung, Computer für die Buchhaltung, für die Textverarbeitung, für die Datenübertragung, Kalkulation, Arbeitszeitregelungen ... Um nur einige herauszugreifen.

Ich will mich auf dem Druckertreffen Ende April im wesentlichen über *solche* Probleme unterhalten.

Peter, CARO-Druck

Kleinanzeigen

Zu verkaufen:
Grafischer Umzeichner, Limone 030 — 6921599

Zwei Kombi-Balzmaschinen bis A2, Ausgangsformat bis 16 Seiten. Libellus — Stuttgart, 0711 — 624407

Fälzelmaschine, Ohmstedt-Druck, Bemerhaven, 0471 — 71676

Rex Rotary A3, Bloch und Partner, Berlin, 030 — 6923661

IDEAL-Schneidemaschine A3, Elektrisch. Absatz 04151 — 7352

Buttonmaschine, bestens i.O., Modell Recru, für Durchmesser 5,6 cm zu verkaufen. (Buttons = Anstecker = Meinnungsknöpfe = Alternativorden pipapo). Discordia, Alte Hofstr. 23, 5222 Katzenbach, Tel. 02294/6852

Gesucht wird:

Das windhueter kollektiv sucht baldigst: **eine/n Fotosetzer/in** (Berthold Systeme). Wir brauchen nette Leute mit Berufserfahrung. windhueter kollektiv, heinkelstr. 27, 7060 schorndorf, tel.: 07181/61076

Suche Lehrstelle als egal-was-für-eine Druckerin (am liebsten Siebdruck, aber ...) oder Buchbinderin, wenn's geht im Raum NRW oder mit erträglichen Zugverbindungen nach Wuppertal. Susanne Peschel, Augartenstr. 75, 5600 Wuppertal 1, Tel.: 0202/422650 (um mittag rum)

Trockner f. Fotopapier (endlos), Limone, 030 — 6921599 (Berlin

Perforations- und Rillmaschine, Ohmstedt-Druck, Bremerhaven, 0471 — 71676

Staromat Titelsatzgerät, Hinz und Kunst, 3300 Braunschweig, Lachmannstr. 10

Nebiolo Al, Sammelhefter, Falzmaschine, Al. Druckerei im Umweltzentrum, 4800 Bielefeld, August-Bebel-Str. 16-18

Heft- und Falzmaschine, Titelsatzgerät, Zusammentragmaschine, Provinz-Druck Saar, 06856 — 703

Falzmaschine, Heftmaschine, AStA-Druck, Marburg, 06421 — 26001/2

Offsetmaschine A4 oder A3, bei A3 ggf. auch Zusatzgeräte, Summa Summarum, Wendland, 05882 — 297

Rotaprint R30 SK. Igel-Druck, Braunschweig, 0531 — 795956

Berhold TPS und TPU, Anrufbeantworter, Espressomaschine. Absatz 04251 — 7352.
Bitte Angebote aus der letzten Nummer beachten, bleiben weiterhin bestehen!

ANMERKUNGEN ZUR ÖKOBANK

KRITIK DER REINEN BANK

Ein halbes Jahr, nachdem wir aus der Diskussion um die Ökobank ausgestiegen sind – und die Entwicklung des Ökobankvereins still, aber nichtsdestoweniger kritisch beobachtet haben – melden wir uns wieder zu Wort, um denHarmonieeindruck der zur Zeit wieder entsteht (vergl. letzte CONTRASTE-Ausgabe) zu entkräften. Daß die Formulierung unserer nach wie vor harten Kritik am jetzigen Ökobank-Konzept etwa zeitgleich mit der Intervention der Kreditaufsicht hinsichtlich der Höhe des erforderlichen Eigenkapitals kommt, ist Zufall und sollte auch keine Entsolisarisierungseffekte haben.

I. Thesen zur Öko-Bank

1. Ökobank und Direktkreditvermittlung sind keine konkurrenten Formen alternativer Finanzierung, sondern müssen sich einander ergänzen und gegenseitig verstärken.
2. Eine Ökobank muß sich radikal in Struktur, Funktion und Geschäftspolitik von traditionellen Banken unterscheiden.
3. Die Hervorhebung von friedenspolitischen und ökologischen Slogans als Markenzeichen der Geschäftspolitik birgt die Gefahr, daß diese wichtigen politischen Inhalte zur Marketingstrategie verkommen.
4. Das Organisationskonzept der Ökobank muß gewährleisten, daß trotz des gesetzlichen Zwangs zur Größe eine lokale Überschaubarkeit und Kontrollierbarkeit gesichert ist.

II. Ein integriertes Finanzierungskonzept

Leider ist in der Diskussion um die Ökobank ein künstlicher Konflikt aufgebaut worden und ich unterstelle einigen Promotern der Ökobank ein ernsthaftes Interesse, daß der Scheingegensatz zwischen Direktkreditvermittlung und Ökobank in der Öffentlichkeit bestehen bleibt. Aus unseren inzwischen 2-jährigen Erfahrungen mit der Kreditvermittlung zeigen sich bereits ganz klar die Vorteile, aber auch die Grenzen dieses Instruments. Stehen auf der einen Seite die günstigen Zinsen und die Aufhebung der Anonymität zwischen Sparer und Investor, so schlagen auf der anderen Seite die langatmige Abwicklung und die Beschränkung auf kleine und mittlere Kredite (bis 100 000 DM) negativ zu Buche. Das bedeutet, daß für eine ganze Reihe von Kreditgesuchen der traditionelle Bankenweg der bessere ist. Ohne erneut nun im Detail Vor- und Nachteile von Kreditvermittlung und Ökobank aufzurollen bleibt als Resultat, daß langfristig nur ein integriertes Finanzierungskonzept die Finanzprobleme selbstverwalteter Betriebe und Projekte lösen kann.

Die unterschiedlichen Finanzierungsinstrumente (Netzwerk-Zuschuß-Förderung, Kreditvermittlung, Beteiligungsfinanzierung, Haftungsassoziation und Bankgeschäft) sollten an einer Stelle konzentriert sein – was noch nichts über die rechtliche Struktur aussagt –, um den Projekten einen langen Weg durch die verschiedenen Institutionen zu ersparen. Dies um so mehr, da häufig auch nicht ein einziges Instrument greift, vielmehr eine Kombination mehrerer erforderlich ist. Bezogen auf die Ökobank heißt das, daß die Bank nur dann effektiv eingesetzt werden kann, wenn sie sich kooperativ in das Bündel alternative Finanzierungsinstrumente einbinden läßt.

III. Ökobank: ein alternativer oder traditioneller Weg

Nach der bisherigen Entwicklung im Ökobank-Verein deutet fast alles darauf hin, daß sich die Ökobank lediglich durch die Inhalte der Geschäftspolitik von anderen Banken unterscheiden wird. Damit besteht das Ziel offentsichtlich darin, der bundesdeutschen Bankenlandschaft noch ein grünes Pflänzchen hinzuzufügen, das sich aus den großen Bankengemeinheiten raushält. Doch, wie alle Genossenschaftsbanken wird hier ein Popanz von Demokratie aufgebaut, der den Mitgliedern die Illusion liefern soll, daß sie hier etwas mitbestimmen könnten. Bei 15-20000 Genossen eine so nicht zu bewältigende Aufgabe. Dann wird über Eigenkapitalverzinsung und Giroverkehr, über Eigenheim- und Katalysatorautofinanzierung diskutiert. Letztlich gibt es eine nicht zu unterschätzende Fraktion innerhalb der Ökobank, die ganz offen eine „normale" Geschäftsbank proklamiert mit einer Spezialabteilung für alternative Betriebe. Wenn man das will, ist das mit weit geringerem Aufwand möglich. Sowohl die Bank für Sozialwirtschaft als auch die anthroposophische GLS-Bank liessen sich mittelfristig sicherlich auch

die STATTwerke-Gruppe bei der Ökobank-Be-Setzung

für den „Alternativmarkt" öffnen. In unserem Verständnis hat die Ökobank – als Alternativbank – nur dann eine politische Existenzberechtigung, wenn sie sich auch in ihrer Struktur radikal von bestehenden Banken absetzt. Dem traditionellen Bankkonzept haben wir bereits im letzten Jahr das Konzept dezentraler Finanz-Kooperativen entgegengesetzt. Das bedeutet, daß es keine regionalen Filialen im klassischen Sinne gibt, vielmehr gehört zu den regionalen Finanz-Koops die gesamte Palette der alternativen Finanzierung, einschließlich dem Beratungsservice, werden diese Kooperativen autonom geführt und von regionalen Initiativen kontrolliert. Sie sind voll funktionsfähige Bankapparate, die von der Größe her allerdings weit davon entfernt wären, eine Zulassung als Bank zu bekommen. Schließen sich 10 – 15 solche Finanz-Koops zusammen, dann erreicht man auch die gesetzlich Auflagen. Die Bankzentrale hätte in diesem Modell nur Koordinationsfunktion und dient dem Informationsaustausch und der gegenseitigen Qualifizierung. Um dieses Konzept auch rechtlich zu verankern, wäre es notwendig, daß die Bank nicht aus 15–20000 Genossen besteht (wie größere Genossenschaftsbanken), sondern aus 10–15 Kooperativen-Genossen, die wiederum aus durchschnittlich 1500 Mitgleidern (aus einer Region) gebildet werden. Die Gefahr, daß damit eine der Kooperativen durch Austrittsdrohung die ganze Bank in Gefahr bringen könnte (mittels Kapitalentzug), ist durch entsprechend gestaltete Kündigungsfristen zu bannen.

IV. Die richtige Marketingstrategie

In einer Zeit extremer nuklearer Bedrohung und einer permanenten ökologischen Gefährdung macht es sich natürlich sehr gut, ein Projekt wie die Ökobank mit solchen Themen zu „garnieren". Am Beispiel „Finanzierung der Kriegsindustrie" läßt sich leicht aufzeigen, daß eine inhaltliche Fundierung hier sehr schwer ist. Als erstes stellt sich die Frage der Abgrenzung. Was umfaßt die Rüstungsindustrie? Viele Zulieferbetriebe (Elektronik, Software u.ä.) sind als solche nicht so leicht auszumachen. Und wie hält man es mit Polizeigerät? Die Aufstellung einer Negativliste von Betrieben, die dann aus der Finanzierung rausfallen, würden schon einen immensen Arbeitsaufwand für die Ökobanker bedeuten. Auf der anderen Seite – bei Analyse der bestehenden Bank – wird man leicht darauf kommen, daß alle Großbanken durchweg im Rüstungsgeschäft engagiert sind. Die Genossenschaftsbanken sind dagegen schon aufgrund ihrer Kreditierungsmöglichkeiten außen vor, von kleinen Zulieferbetrieben mal abgesehen. Sie finanzieren also in der Regel keine Rüstungsbetriebe, jedoch nicht, weil sie gegen Rüstung sind oder weil aufgrund ihrer genossenschaftlichen Struktur ein Engagement in dieser Richtung von den Genossen verhindert wird, sondern lediglich deshalb, weil sie die Möglichkeiten dazu gar nicht haben. Daraus resultiert, daß das Engagement im Rüstungsgeschäft gar nicht so sehr vom Wollen oder Nicht-Wollen der Bankmächtigen abhängt, sondern es gibt dafür ganz klare wirtschaftsstrukturelle Gründe. Weil in der Rüstungsindustrie nun mal das große Geld zu verdienen ist, sind Kredite dort besonders sicher und ein attraktiver Sektor für Banken, die die entsprechenden Kreditpotentiale haben. Für die Ökobank heißt das: Da sie wahrscheinlich nie die Größe erreichen wird, um in dieses so lukrative Geschäft einzusteigen, stellt sich auch die Frage nach einem Engagement in diesem Sektor gar nicht. Und für die meisten ökologisch-bedrohten Industrien (Atomkraftwerke, Chemie) gilt das gleiche. Eine Betonung des Nicht-Engagements in einem Sektor, der strukturell sowieso nicht in Betracht kommt, muß daher als marketingstrategischer Trick anzusehen sein. Wenn also friedensbewegte Leute aufgefordert werden, ihr Geld von Großbanken mit Rüstungsengagement wegzunehmen (eine sehr wohl inhaltlich fundierte Forderung), dann führt das Argument, das Geld dort anzulegen, wo es nicht rüstungsorientiert investiert wird, nicht zwangsläufig zur Notwendigkeit einer Ökobank. Es ist nur eine Frage der Zeit, bis andere Banken mit diesem Schlagworten auch werben werden. Das bedeutet, wenn die Notwendigkeit für eine Ökobank besteht, dann muß das Markenzeichen „andere Sparformen" sein. Die potentiellen Kunden sollten mit neuen Arten des Sparens und Investierens konfrontiert werden. Dabei haben Zinsen und Rendite, evtl. auch Sicherheiten nur nachrangige Bedeutung. Lokaler Bezug, direkte Finanzbeziehungen und Überschaubarkeit des Geschäftes sind die qualitativ neuen Begriffe der Ökobank. Es ist fast schon peinlich, wenn ein politisch nicht gerade engverbundener Zeitgenosse, wie der SPD-Wirtschaftsexperte Wolfgang Roth auf der Podiumsdiskussion zur Ökobank auf der 84er Projektemesse das richtige Stichwort liefern muß: Solidarität.

Dies ist der Auftakt einer neuen Contraste-Rubrik – der STATTwerke-Seite. Vorbehaltlich der Zustimmung unserer Kreditgeber wollen wir unseren Rundbrief (mit Projektbeschreibungen und inhaltlichen Artikel zur Finanzierung) in die „Contraste" integrieren. Darüber sollen die insbesondere die Erfahrungen der Kreditvermittlung einer breiteren Öffentlichkeit zugänglich gemacht werden. Wir denken, daß in kürzester Zeit diese Seite zum Informationsblatt von „Finanzwunder", dem Zusammenschluß der regionalen Kreditvermittlungsinitiativen wird und damit das „alternativ- finanzwirtschaftliche Gleichgewicht" wieder hergestellt ist.

V. Wie soll die Ökobank nun aussehen?

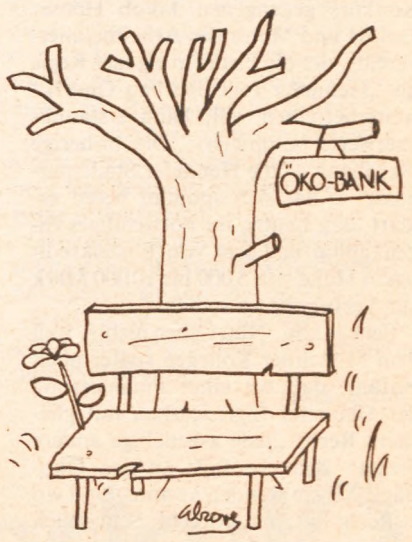
Wie schon weiter oben erläutert, gibt es – i.S. von „soll es geben" – in jeder Region sogenannte Finanz-Kooperativen, die als Genossenschaften oder GmbHs – je nach Geschmack – organisiert sind und die Finanzgeschäft betreiben. Auf der Geld-Inputseite gibt es ein- bis dreitausend Finanziers, die monatlich eine bestimmte Summe spenden (Netzwerk-Prinzip) und/oder Direktkredite vergeben und/oder sich an einem Investmentfond, Kollektiv-Leasing o.ä. als stille Gesellschafter beteiligen und/oder ein Sparbuch haben. Heraus kommen dabei für die Betriebe und Projekte einer Region: Zuschüsse, Beteiligungen, Direkt- und Bankkredite bzw. Kombinationen dieser. Koordiniert und organisiert wird das Ganze von einem kleinen Apparat (Geschäftsführungsgruppe der Finanzkoop), der sich um die Abwicklung der Finanzgeschäfte kümmert, aber nebenher noch weitere Dienstleistungen, wie Beratung, Bildungsveranstaltungen u.ä. anbietet. Damit jede Finanz-Koop auch das berühmte Einlagen- oder Bankgeschäft betreiben kann, schließen sich alle regionalen Kooperativen zusammen zu einer Kreditgenossenschaft. Das heißt, sie tragen Eigenkapital zusammen und gründen eine gemeinsame Gesellschaft: die Ökobank oder Bank für Selbstverwaltung oder Bunte Bank oder Solidaritätsbank.

Die gemeinsame Gesellschaft bestimmt eine Geschäftsführung, die vorrangig Koordinations-, Beratungs- und Schulungsaufgaben für Koop-Mitarbeiter hat. Also, die dezentrale Kreditvergabe durch die Koops wird dadurch nicht tangiert. Natürlich sind zentralbestimmte gemeinsame Richtlinien zu vereinbaren, die Ausführungsbestimmungen legen jedoch die Koops fest.

VI. Schluß

Natürlich ließe sich die Auseinandersetzung mit der Ökobank noch weitertreiben, ließe sich fundamentalistischer führen, z.B. über den historischen Zeitpunkt der Gründung einer Ökobank oder ob durch die Bankgründung nicht ein Ökonomisierungseffekt in der Szene eintritt, der sich zugleich entpolitisierend auswirken kann. Es ließe sich die Informationspolitik der Ökobank-Macher angreifen, die bisher noch keine exakte Treugelderstatistik veröffentlicht haben, sondern nur nebulös mit Zahlen jonglieren, die sich bei genauem Hinsehen als nicht schlüssig zeigen. Man erinnere sich nur an die ersten TAZ-Ausgaben, wo wöchentlich der Abo-Bestand abgedruckt war. Auch gibt es eine gewisse Scheu, sich der Diskussion zu stellen. Auf den Wintertagen hat man dankend auf eine Diskussion verzichtet und von überregionalen Treffen zur Ökobank – außerhalb der Vereinsmeierei – hat man auch nichts gehört. Spricht man die Macher auf die Ökobankentwicklung an, dann gibt es meistens nur Durchhalteparolen, wie „sie wird kommen" oder zweckoptimistische Einschätzungen über den Gründungstermin bis Ende 85. Ein bißchen mehr Transparenz und offenheit täte den „Möchte-gern-Bankern" schon ganz gut, genauso, wie selbstkritische Reflexionen. Ansonsten wird sich die vielbemühte Bewegung nicht ganz leicht für die anstehende Solidaritätskampagne gegen die Kreditaufsicht einspannen lassen.

Nachbemerkung:
Wer den Eindruck hat, daß in unserer Kritik immer noch die leidige Konkurrenz zwischen Ökobank und Direktkreditvermittlung mitspielt, der sollte sich folgende Zahlen vor Augen halten: Anfang März hat der Ökobank-Verein 1,5 Mio. DM gesammelt, die von ungefähr 3.000 Treugebern kommen. Das bedeutet pro Treugeber 500 DM im Durchschnitt. Zur gleichen Zeit hatten in der Kreditvermittlung und auf dem Treuhandkonto ebenfalls 1,5 Mio. DM, die von 300 Anlegern kommen, d.h. 5.000 DM Durchschnittskredit. Sicherlich ist unter den Ökobank-Treugebern der eine oder andere interessante Geldgeber, der uns „durch die Lappen" gegangen ist. Aber der großen Masse der Ökobank-Förderer steht der Weg zur Kreditvermittlung – von ihren finanziellen Möglichkeiten her – noch offen.



Neulich in Kammerbach

ÖKO-BANK — Die erste

Chance verpaßt?

Red. Frankfurt

„Der Verein Freunde und Förderer der Öko-Bank e.V. stellt der stellt der ‚Hennefer Ingenieurbau GmbH iG' DM 450 000,— aus seinen Treumitteln gegen eine Verzinsung von 5% für die Dauer von 18 Monaten zur Verfügung, sofern die Landesregierung NRW bereit ist, diesen Kredit bezogen auf die Laufzeit durch eine Ausfallbürgschaft abzusichern." So der Wortlaut des Antrags, der vom Bundesvorstand des Öko-Bank-Vereins bei 6 Ja-Stimmen, 5 Nein-Stimmen und 2 Enthaltungen abgelehnt wurde.

Traurig, aber wahr: der Verein ist ein Verein. Zum erstenmal mit einer konkreten Möglichkeit konfrontiert, zeigt er sich schwerfällig und überfordert. Über das Bankkonzept hatte man doch reden wollen, über die Frage des Massenzahlungsverkehrs und der damit für die Bank verbundenen Kosten — und dann kommt diese lästige Sache dazwischen. Jemand denkt ernsthaft darüber nach, das Treugeld, das mühsam zusammengesammelte, heißgeliebte Treugeld für andere Zwecke zu nutzen als die, bei der Post gegen 5 Prozent Zinsen die Verkabelung mitzufinanzieren.

Der Vorstandskollege aus Stuttgart ist empört. Sowieso schon dauernd in der Schwierigkeit, bei öffentlichen Veranstaltungen nicht genau sagen zu können, ob jetzt 1,7, 1,8 oder etwa nur 1,6 Millionen Treu-Mark vorhanden sind, soll er fortan auch noch erklären müssen, daß ein Teil dieses Geldes „zweckentfremdet" wurde. Welche „Verunsicherung" der potentiellen Treugeber!

Was so ein rechter Schwabe ist, der macht aus seinem Herzen keine Mördergrube.

Der Vorstandskollege aus Freiburg hat — dialektisch geschult — ganz andere Bedenken. Selbstverständlich weiß er, daß im Falle einer Landesbürgschaft das Geld bei diesem Betrieb genauso sicher angelegt wäre wie bei der Post. Aber: was ist, wenn der Betrieb nach 18 Monaten den Kredit nicht getilgt hat? Die Bürgschaft des Landes ist eine Ausfallbürgschaft, tritt nur im Fall der Zahlungsunfähigkeit des Betriebes in Kraft — sollen dann vielleicht wir diejenigen sein, die diesen Betrieb zum Konkursantrag zwingen?

Bestechende Logik, nicht wahr? Und das bleibt dann stehen trotz aller Vorhaltungen, daß in der Zwischenzeit 18 Monate lang Zeit bleiben, den Betrieb über diese Landesbürgschaft mit einem echten Bankkredit zu versorgen bzw. eine Direktkreditvermittlung in dieser Höhe zu organisieren. Stattwerkeseidank gibt es dieses Finanzierungsinstrument — wir werden noch darüber reden müssen.

Den Kollegen aus München interessieren vor allem die Erfolgserwartungen des neu zu gründenden Arbeitnehmerbetriebs: *„Was sagt denn die bisherige Hausbank dazu,* zu dem ganzen Unternehmen? Die haben doch den besten Überblick über die Finanzen, über das, was bisher gelaufen ist, und über die eventuellen Erfolgschancen."

Oh Gott! Wie oft haben wir diese Sätze schon gehört bei eigenen Kredit- und Bürgschaftsanträgen, wie oft waren genau dies die Sätze, an denen wir wußten: „hat keinen Zweck, war wieder nichts gewesen".

Otfried Weber, Betriebsrat der in Konkurs gegangenen Jakob Häuser GmbH und Motor des Arbeitnehmervereins, der die Firma in eigener Regie als „Hennefer Ingenieurbau GmbH" weiterbetreiben will, kann erstaunlicherweise beruhigen: „Die bisherige Hausbank — die Hennefer Stadtsparkasse — hat sich spontan bereit erklärt, den Leuten ihr notwendiges Eigenkapital in Form von Einzelkrediten in Höhe von 5 000 bis 10 000 Mark zur Verfügung zu stellen."

Sehr schön. Nützt aber nichts, weil dem Münchner Kollegen später noch einfällt, daß bei einer Finanzierung der Hennefer Ingenieurbau mit gleichem Recht „jede x-beliebige andere Firma" sich ebenfalls an den Öko-Bank-Verein wenden könnte. Und wo er Recht hat, hat er Recht. Schließlich werden ja täglich Konkursbetriebe von ihren Belegschaften übernommen mit dem Ziel, sie in Selbstverwaltung weiterzuführen — und da kann es doch auf einen mehr oder weniger nun wirklich nicht ankommen!

Die Düsseldorfer schließlich — als Nordrheinwestfalen am ehesten von der Sache betroffen — wollen am wenigsten davon wissen. Zunächst die Drohung, aus dem Verein auszutreten, wenn es (unvorbereitet, wie man nun mal ist) an diesem Tag zu einer Entscheidungsfindung komme. Danach Berge von ideologischen Bedenken: eine Brücken- (also Straßen-) Bau-Firma scheint sowas Ähnliches wie der Satan persönlich zu sein. Da hilft es wenig, daß von derselben Firma auch Kläranlagen und andere Waseraufbereitungsanlagen produziert werden. Und genauso ungehört bleibt die Versicherung, die Firma werde sich nicht an Bauvorhaben beteiligen, gegen die es Bürgerproteste und Widerstand gibt — nein, so geht das nicht, da muß man das gesamte Förderungskriterienvaterunser vor und zurück, das muß genau geprüft werden, und da es die Kriterien in anwendbarer Form noch nicht gibt, kann also auch nicht über konkrete Hilfeleistung verhandelt werden. Basta.

Oh ihr Ängstlichen und Beladenen, die ihr gedacht hattet, Euch vor der Öko-Bank hüten zu müssen, weil sie Euch in Euer gottverdammtes privatkapitalistisches System hineinpfuschen könnte — ihr könnt beruhigt weiterschlafen mit solchen Vorständen an Eurer Seite.

Aber im Ernst: ich bin tief enttäuscht über den Ausgang dieser Sitzung; ich hatte anderes erwartet und habe die Öko-Bank bisher — offensichtlich zu unkritisch — in anderem Sinne vertreten. Ich bin trotzdem froh darüber, daß diese Diskussion gelaufen ist. Es war die erste politische Diskussion im Öko-Bank-Verein, an die ich mich erinnern kann. Sie ist über gut drei Stunden und sehr kontrovers und heftig geführt worden. Sie hat — an einem praktischen Punkt — die vorhandenen Fraktionen aufgezeigt. Nun gut: es ist, wie es ist — gehen wir also daran, die Verhältnisse zu ändern.

Mir ist der Brief eines Treugebers bekannt, der sich darüber beklagt hat, daß sein Geld drei Jahre lang zum Zwecke der „Fruchtziehung" bei der Post gelagert ist. Er hat nichts gegen die „Fruchtziehung", weil er die Früchte (im täglichen Kampf für die Öko-Bank) gut verwendet glaubt — er hat aber was dagegen, daß dieses Geld zu Postzwecken u.d.i.u.a. Verkabelung benutzt wird. Da ich denke, daß andere, die ihr Geld friedlichen Zwecken zuführen wollten, ähnliche Bauchschmerzen haben, möchte ich hier darauf hinweisen, daß sich die Hennefer Ingenieurbau in durchaus behebbaren Startschwierigkeiten befindet und daß Ihr den Öko-Bank-Treuhänder beauftragen könnt, mit Eurem Geld eben diese Startschwierigkeiten zu beheben.

Ganz so elegant wie mit dem oben zitierten Antrag (der die NRW-Landesregierung in diesen harten Wahlkampftagen sicherlich sehr heftig in Richtung einer verbindlichen, wenn auch vorläufigen Erklärung motiviert hätte, eine Landesbürgschaft bereitstellen zu wollen; womit wiederum das Geld topsicher angelegt gewesen wäre), wird's jetzt freilich nicht mehr gehen.

Das Problem: obwohl auch von anderer Seite (z.B. Teile des SPD-Bundesvorstands) weiterhin versucht wird, die Landesregierung zu dieser Bürgschaft zu überreden, dauert der Prozeß der Bürgschaftsbereitstellung minimal drei Monate. In dieser Zwischenzeit sind Kredite von seiten des AN-Betriebes (dessen Mitglieder aus eigener Kraft immerhin 250 000 Mark Eigenkapital aufgebracht haben) nicht abzusichern. Kommt es aber *bis spätestens 15. April* nicht zur Firmengründung, verliert die Ingenieurbau vorliegende Aufträge im Wert von circa 4 Millionen Mark und kann von daher gleich wieder einpacken, denn auf der Durchführung dieser Aufträge beruht das ganze Weiterführungskonzept.

Kompliziert?

Ich werde mich bemühen müssen, die Sache mehr im Zusammenhang darzustellen. Also:

Da gibt's im Rheinland einen dynamischen Jungunternehmer, der einen Betrieb nach dem anderen aufkauft, einzelne seiner Betriebe für ehrgeizige eigene Projekte arbeiten läßt, sich irgendwann verspekuliert, illiquide wird und Konkurs machen muß. Selbstredend kann er Forderungen seiner (im Hochbau tätigen) „Jakob Häuser GmbH" an sich selbst ebenfalls nicht begleichen, was dazu führt, daß auch diese Firma „notleidend" wird. Sowas kommt öfter vor im Zuge der Kapitalkonzentration.

In der Firma „Jakob Häuser" hat sich ein Team von Ingenieuren darauf spezialisiert, den Konkurrenten bei Bauauschreibungen der öffentlichen Hand die Aufträge durch sogenannte „Sondervorschläge" wegzuschnappen. Da wird also bei einem Bauvorhaben eine komplett neue Lösung erdacht, errechnet, gezeichnet und kalkuliert, die unterm Strich die ausführende Behörde sehr viel weniger kostet, der Firma selbst aber genügend Gewinn läßt. So kann man sich in der allgemeinen Bauflaute dennoch gut behaupten.

Kontaktadresse der „Ingenieurbau":

Otfried Weber
Schöne Aussicht 3
5330 Königswinter 21
Tel.: 02244/6811

Auf dieses Ingenieur-Team und einen großen Teil der Stammbelegschaft (mit zum Teil über zwanzigjähriger Erfahrung in der Bauausführung) kann sich die Initiative zur Weiterführung des Betriebes stützen. Weiterhin auf vorhandene (und im Falle der Weiterführung fest zugesagte) Anschlußaufträge im Bauwert von circa vier Millionen Mark (circa ein halbes Jahr Auslastung). 50 Leute von ursprünglich 140 wollen weitermachen, bringen aus eigenem Ersparten (oder durch persönliche Verschuldung) 250 000 Mark Eigenkapital auf, erhalten die Zusage der Stadt Hennef für ein neues Betriebsgelände, verhandeln erfolgreich mit dem Konkursverwalter über den Ankauf der Baumaschinen aus der Rest-Konkursmasse, entwickeln ein Beteiligungsmodell nach Vorbild von AN in Bremen (ehemals Voith) und vereinbaren eine demokratische Betriebsstruktur.

Eigentlich ist alles klar. Da ist nur diese Restsumme von 450 000 Mark, die zur Betriebsmittelbereitstellung benötigt wird. Die soll über eine Bürgschaft der Stadt Hennef über 250 000 Mark und eine Bürgschaft des Landes über 200 000 Mark sichergestellt werden. Die BfG erklärt sich bereit, eine Zwischenfinanzierung wohlwollend zu prüfen, wenn die Stadt Hennef schon mal die Bürgschaft über die 250 000 Mark übernimmt. Die aber sieht plötzlich Probleme: wo ist denn der junge dynamische Unternehmer bzw. Geschäftsführer? Ja, den gibt's nicht, hatte man doch gerade aus den Erfahrungen mit solchen dynamischen Menschen lernen und deshalb auf sie verzichten wollen. Gibt's also erstmal auch keine Bürgschaft der Stadt. Ist also auch die BfG nicht gezwungen, irgend etwas wohlwollend zu prüfen — merkt Ihr was? Das sind alles sattsam bekannte Vorgänge, Namen wie Arendt in Sersheim und Mönninghoff in Hattingen drängen in die Erinnerung ... war das nicht einer der Gründe für die Initiative zur Gründung der Öko-Bank?

Die Hennefer Ingenieurbau, auf der einen Seite vom know-how, vom Anfangsauftragsbestand, von der finanziellen Beteiligung der Mitglieder her, der erfolgversprechendste Ansatz, mit dem bisher ein Mitarbeiterbetrieb gestartet ist — auf der anderen Seite in hoffnungsloser, unverschuldeter Zeitnot.

Die gesamte Buchhaltung der Firma Jakob Häuser war in Unordnung gewesen, was dazu geführt hat, daß erst zum 1. März der Konkurs abgewickelt werden konnte. Bis zu diesem Zeitpunkt konnte die neu zu gründende Firma rechtlich nicht aktiv werden. Nur dem extrem kalten Wetter der beiden letzten Monate ist es zu verdanken, daß das Auftragsvolumen noch nicht durch andere Firmen abgewickelt worden ist. *Der 15. April aber ist der späteste Zeitpunkt, zu dem die Firma ihre Arbeit aufnehmen muß.*

Okay, ich weiß: es ist unmöglich. Andererseits erreicht CONTRASTE diesmal sehr schnell 7 000 Leser, unter anderem die Mitglieder des Öko-Bank-Vereins und die bisherigen Treugeber der Öko-Bank.

Die Hennefer Ingenieurbau braucht die 450 000 Mark innerhalb der nächsten beiden Monate. Wenn also im Laufe der nächsten Woche spontan z.B. 100 000 Mark an Bargeld oder Bürgschaften von Euch zur Verfügung gestellt werden können *und absehbar ist,* **daß da noch mehr hinterherkommt,** *kann die Firma starten!* **Ansonsten wird das Geld nicht angerührt und geht an Euch zurück.**

Wenn es gelingt, die Sache erfolgreich ins Laufen zu bringen, stehen die Chancen nicht schlecht. Stattwerke (mit einem derzeitigen Stand auf dem Treugeldkonto von über 500 000 Mark) und diverse Netzwerke haben zugesagt, sich an der Kampagne zu beteiligen. Und auch die NRW-Grünen wollen ihr möglichstes tun, diese 50 selbstverwalteten Arbeitsplätze zu erhalten.

Machen wir das Unmögliche möglich: die „Szene" verhindert gemeinsam, daß ein hoffnungsvolles AN-Unternehmen kalt liquidiert wird.

Karl Bergmann

Aus Zeitgründen müssen wir ein CONTRASTE-Konto zur Verfügung stellen.
Konto-Nr. 346073057, J. Gelbrich, **BLZ 500 502 01,** Frankfurter Sparkasse von 1822, **Kennwort: Hennefer Ingenieurbau.**

1. Ich bin bereit, mit ..... DM für die Hennefer Ingenieurbau GmbH iG zu bürgen.

2. Ich kann in ..... Tagen DM ..... als direkten Kredit für die Hennefer Ingenieurbau GmbH iG aufbringen und werde diese Summe auf Euer Sonderkonto zu treuen Händen überweisen.

3. Ich habe heute DM ..... auf Euer Sonderkonto zu treuen Händen überwiesen. Ich möchte dieses Geld, mit ...% verzinst für die Dauer von ..... Monaten der Hennefer Ingenieurbau GmbH iG zur Verfügung stellen.

4. Ich bin Treugeber der ÖKOBANK und will DM ..... meiner Einlage für die Dauer von ..... Monaten der Hennefer Ingenieurbau GmbH iG zur Verfügung stellen.

Name: .....
Straße: .....
PLZ/Ort: .....
Unterschrift: .....

Ausschneiden, in einen Umschlag stecken und ab geht die Post an:

Karl Bergmann, c/o CONTRASTE, Krebsmühle, 6370 Oberursel 5

Pionierarbeit mit Leidenschaft und Augenmaß

Wer in der BRD eine Bank gründen will, bedarf der schriftlichen Genehmigung des Bundesaufsichtsamtes für das Kreditwesen in Berlin (BAK). Voraussetzung für diese Genehmigung ist u.a. ein sogenanntes „angemessenes haftendes Eigenkapital". In dieser allgemeinen Form steht es im Gesetz. Was als angemessen haftendes Eigenkapital anzusehen ist, beurteilt das BAK im Einzelfall. In der Regel geht man in Berlin von einem Mindestbetrag von 6 Millionen aus. Dieser ist abhängig von der „konkreten Situation" des zu gründenden Instituts.

Bezüglich dieses angemessen haftenden Eigenkapitals hat das BAK uns nun mit Schreiben vom 26.2.85 mitgeteilt, daß wir, da die „neue Bank bundesweit tätig werden soll", mit einer „wesentlich über dem genannten Mindestbetrag" liegenden Anforderung unter Umständen rechnen müßten. Begründet wird dies seitens des BAK damit, daß die Banken, die „bundesweit" tätig werden wollen, ein entsprechend „hohes Geschäftsvolumen" angestrebt werde. Unter diesen „Voraussetzungen" sei mit „überdurchschnittlich hohen Anfangsverlusten" zu rechnen. Daher könnten wir „nicht davon ausgehen", daß ein „nachgewiesenes Kapital von nur 6 Millionen als ausreichend für die Erlaubniserteilung" in Berlin angesehen werde.

Im Klartext: Das BAK hat zu prüfen, ob in unserer konkreten Situation 6 Mio DM nachgewiesenes Kapital als ausreichend für die Zulassung anzusehen sind. Ein höherer Betrag wäre nur dann angemessen, wenn das BAK bei seiner Prüfung zu dem Ergebnis käme, daß im Falle der Ökobank Umstände vorlägen, die eine höhere Eigenkapitalausstattung erforderlich machen würde.

Verlorengegangene Vereinsgeister

In diesem Zusammenhang erwähnt das BAK die oben dargestellten Fakten, die, wie das BAK selbst einleitend ausführt, aus „Pressemitteilungen und aus Veröffentlichungen" unseres Vereins stammen und die als Voraussetzung für eine höhere Eigenkapitalausstattung anzusehen sein könnten. Konkrete inhaltliche Gespräche über unser Bankkonzept gab es mit dem BAK bisher keine.

Nun sind diese in Berlin vorliegenden Publikationen unvollständig, beruhen i.d.R. nicht auf Vereinskonsens und sind teilweise veraltet. D.h., zu einer Zeit entstanden, als unser Bankkonzept nur sehr nebulös und rudi (R.) mentär durch die Vereinsräume geisterte und einem ab und zu irgendwo ein Stück davon begegnete. Diese begehrten Stücke gerieten dann natürlicherweise schnell in die Öffentlichkeit, obwohl sie eher für den Stammtisch reichten.

Einige dieser „Stücke" sind so auch in Berlin beim BAK gelandet. Bar jeden Zusammenhangs, losgelöst aus unserem konzeptionellen Rahmen des Bankkonzepts. In dieser vorliegenden Form unverständlich und nicht geeignet, unser Konzept zu erfassen.

Vorsorgliche Hindernisse oder juristische Barrieren?

So gesehen ist die Reaktion des BAK bereits auf derartige pauschale Aussagen nur, wie Berlin selbst auch sagt, als „vorsorglich mache ich darauf aufmerksam" (das BAK schreibt grundsätzlich in der Ich-Form), als „informativer Hinweis" anzusehen.

Ob nun 6 Millionen DM im Falle der zu gründenden Ökobank tatsächlich ausreichen oder nicht, kann anhand dieser Unterlagen nicht beurteilt werden. Alle Spekulationen, bei wieviel Millionen das aufzubringende Kapital liegen könnte, sind daher genau so vage, wie die Fakten, auf denen sich diese Spekulationen gründen. Entsprechendes gilt für eine diesbezüglich erschienene DPA-Meldung vom 7.3.85, die genau zu vermelden wußte, daß die Ökobank mehr Kapital beschaffen „muß". Unter diesen Umständen können wir froh sein, daß wir unseren Zulassungsantrag nicht dort vorlegen müssen.

Daß das BAK auf derartige allgemeine Informationen bereits „vorsorglich" und „informativ" reagierte, sollte von uns als Hinweis konzeptioneller Art und keinesfalls als juristische Barrieren und als Möglichkeit gesehen werden, unser Konzept in Berlin dem BAK inhaltlich zu erläutern.

Dementsprechend zum Schluß ein paar diesbezügliche inhaltliche Überlegungen.

Alles hat einmal ein Ende

Die Prüfung des Zulassungsantrages und mithin die Bemessung des angemessen haftenden Eigenkapitals entspricht durchaus der allgemeinen Verwaltungspraxis und hängt zusammen mit dem Einlegerschutzgedanken des Kreditwesengesetzes (WG). Im Rahmen dieser Überlegungen erfüllt Eigenkapital eine Haftungsfunktion für die Einleger. Um diesem Haftungsbetrag eine einlegerschützende Wirkung zu geben, hat das BAK auf Grundlage des KWG „Grundsätze über das Eigenkapital und die Liquidität der Kreditinstitute" erlassen. Danach darf das Eigenkapital eine bestimmte Relation zum Kreditvolumen nicht unterschreiten. Weiterhin muß in einem bestimmten Rahmen, Fristenkongruenz in Mittelherkunft und -verwendung bestehen. So dürfen bsw. die Kredite eines Kreditinstitutes das „18-fache des haftenden Eigenkapitals" nicht überschreiten.

Ein Kreditinstitut mit einem angenommenen haftenden Eigenkapital von 6 Millionen DM dürfte demnach nicht mehr als (6x18) 108 Millionen DM an Krediten vergeben. Bei dieser Summe geht man davon aus, daß das in Relation dazu gesetzte Kapital imstande wäre womögliche Verluste aus diesem Kreditengagement aufzufangen, so daß keiner der Einleger geschädigt werde. Dabei ist es unerheblich, ob das Kreditinstitut dieses an das haftende Eigenkapital geknüpfte Kreditvolumen bundesweit oder regional vergibt. Diese Begrenzung über das KWG kommt automatisch auf jedes Kreditinstitut zu.

Diesbezüglich heißt es in einem KWG-Kommentar: „Etwa nach Ablauf eines Jahres seit der Geschäftsaufnahme durch das Kreditinstitut gelten für die Bemessung des Eigenkapitals dann die allgemeinen Regeln des § 10 KWG (das 18-fache des haftenden Eigenkapitals, der Verfasser), so daß diese an die Stelle der Ermessungsrichtlinien des BAK für das Anfangskapital treten." Beruhen die Ermessungsrichtlinien des BAK rein auf Schätzungen der späteren Bilanzsumme, so sind die Grundsätze über das Eigenkapital und die Liquidität anhand vorliegender Zahlen überprüfbar. Obwohl das eine Schätzung ist, so sind doch beide nicht losgelöst voneinander, sondern inhaltlich verknüpft, zu betrachten. D.h., die Bemessung des Anfangskapitals sollte sich an einer angenommenen späteren Bilanzsumme orientieren und die wird dann begrenzt durch die Grundsätze und Eigenkapital und Liquidität.

Bis zum letzten Atemzug?

Fazit: Selbstverständlich war uns von vornherein klar, daß wir mit 6 Mio. Eigenkapital nicht eine bundesweit tätige Bank mit mehreren hundert Mio. DM Bilanzvolumen aufbauen können. D.h., wir haben uns bei der Entwicklung unseres Geschäftskonzepts an diesem Mindesterfordernis von 6 Mio. DM orientiert.

Dagegen gehen die Einschätzungen des BAK und möglicherweise auch eines großen Teils des Publikums, die z.T. aus den mehr oder weniger aus dem Zusammenhang gerissenen Publikationen zur Ökobank entnommen wurden, insoweit an der Realität vorbei, als der Aufbau einer Bank allgemein mit Augenmaß und ein bißchen Leidenschaft durchzuführen ist. Die von den angesprochenen Teilen anvisierte Größenordnung ist eine Aufgabe für die Zukunft. Es ist einfach unrealistisch, zu meinen oder zu glauben, man könnte innerhalb kurzer Zeit (1 Jahr oder so) eine Riesenbank aufbauen.

Vielmehr bedarf es dazu eines langen Atems, der allerdings nicht bis „zum letzten Atemzug" gehen sollte, da sonst keiner dieses Projekt fortführen könnte.

Torsten M.

In folgenden Regionen gibt es bisher Kontaktadressen:

Verein der Freunde und Förderer der Ökobank Berlin e.V. – Öffentlichkeitsarbeit
c/o Netzwerk-Berlin, Gneisenaustraße 2 a, 1000 Berlin 61, Tel. 030/691 30 72
Aktion 3. Weg, Schwenenwik 32, 2000 Hamburg 76, Tel. 040/220 20 58 / 250 99 99
Kreisverband Pinneberg c/0 Stattladen, Schulstraße 6, 2080 Pinneberg
Richard Schmid, Bahnhofstraße 30, 2300 Kiel 14, Tel. 0431/73 78 29
Alf Baumhöfer, Lindenallee 4, 2900 Oldenburg, Tel. 0441/7 66 36 + 04486/15 65
GABL-Büro, Brüderstraße 7, 3000 Hannover, Tel. 0511/168 52 50 / 168 46 19
Werner Daldorf, Hainholzweg 11, 3400 Göttingen, Tel. 0551/4 50 71
Dr. Karl-Heinz Brendgen, Schlesische Str. 81, 4000 Düsseldorf, Tel. 0211/229 16 90
Hartmut Schilling, Alte Kirchstraße 1 a, 4950 Minden, Tel. 0571/2 43 39
Werner Noll, Fasanenweg 11, 5414 Vallendar, Tel. 0261/6 51 42
Buchhandlung im Gegenlicht, Pferdemarkt 11, 5500 Trier, Tel. 0651/7 65 80
Ökobankini, Dörwiese 4, 5552 Morbach, Tel. 6533/35 34
Freunde und Förderer der Ökobank e.V., 6370 Oberursel 5, Tel. 06171/7 50 30
Gerhard Ackermann, Maßenberg 35, 6600 Saarbrücken, Tel. 0681/7 89 72
Dieter Wallberg, Hauptstr. 66, 6901 Dossenheim, Tel. 06221/85762 + 06205/15650
Arbeitskreis Ökobank, Tiefenbachstraße 4, 7000 Stuttgart 61, Tel. 0711/42 78 79
Andreas Rupp, Reutlinger Straße 13, 7412 Eningen
Dr. Michael Berger, Sundgauallee 55, 7800 Freiburg, Tel. 0761/8 51 61
Reinhard Böttger, Wilhelmstraße 28, 8000 München 40, Tel. 089/39 62 23
Ulrike Hillenbrand, Reutersbrunnenstr. 27 III, 8500 Nürnberg 80, Tel. 0911/225816
Klaus Fischer, Meierndorf 24, 8802 Burk, Tel. 09822/50 86
Papyrus, Vorderer Lech 9, 8900 Augsburg, Tel. 0821/41 48 80
Eduard Bühler, Ankergässle 8, 8960 Kempten, Tel. 0831/1 31 93

LANDESVERBAND RHEINLAND-PFALZ GEGRÜNDET

Wie schon in der vergangenen Contraste-Ausgabe angekündigt, wurde am 3. März im Tagungshaus Hunsrück e.V. – Ohlweiler Mühle – der „Verein Freunde und Förderer der Ökobank, Landesverband Rheinland-Pfalz" gegründet.

Der neue Landesverband unterstützt das Konzept der Arbeit in Regionalgruppen, die Bezüge unter den verschiedenen Initiativen für Frieden, Ökologie und Arbeiten in Selbstverwaltung herstellen sollen. Die Bildung solcher Regionalgruppen wird die erste Aufgabe des jungen Vereins sein. Weitere geplante Aktivitäten sind: das Sammeln von Treugeldern für die zu gründende Genossenschaft, Mitgliederwerbung und – nicht zuletzt – die Diskussion um alternative Ökonomie, Technik und Kultur.

Verein Freunde und Förderer der ÖKOBANK, LV Rheinland-Pfalz, Fustenbergstraße 7, 6540 Simmern.

LESERBRIEF

Liebe Leute,
was sollen Kritik und Vorschläge zur Geschäftsführung der Ökobank, wenn es uns nicht einmal gelingt, die benötigten Gelder aufzutreiben?

Wir müssen versuchen, die Gründung zu forcieren, damit die erste Million (reicht für das ganze STATTwerke-Programm) nicht zu lange auf einem Postcheckkonto der Post beim Ausbau des Kabelprogramms hilft. Viele Freunde und Sympathisanten sind nicht bereit, evtl. bis 1987, unverzinslich auf einen Großteil ihrer Rücklagen zu verzichten. Bisherige Anteilszeichner und andere Geldgeber sollten aufgefordert werden, „Zahlungsverpflichtungen" abzugeben, durch die sie sich bereit erklären, einen bestimmten Betrag einzuzahlen, wenn die Gründung innerhalb kürzerer Zeit zu vollziehen ist (wird dann kurzfristig abgerufen).
Laßt das aufgebrachte Geld nicht schlafen!!

Jürgen

Ein Jahr Ökobankverein

Am 17. März würde unser Verein der „Freunde und Förderer der Ökobank e.V." ein Jahr alt, wozu ich selbstverständlich auch alle Freundinnen und Förderinnen beglückwünschen möchte.

Eigentlich haben wir jetzt einen Grund zu feiern, zumindest aber einen Anlaß für ein vorläufiges Resümee und den Ausblick auf die Zukunft.

Die Idee der Gründung einer „Alternativbank" für die Szene ist schon sehr alt. Meines Wissens wurde sie schon vor über einem Jahrzehnt von Theo Pinkus propagiert.

Als ich Anfang 1983 das Ökobankprojekt konzipierte, stieß ich bei den politischen Gruppen, die ich daraufhin ansprach, zunächst auf Zurückhaltung. Erst im „heißen Herbst" fanden sich Leute zusammen, um den Start für die Ökobankgründung vorzubereiten.

Zur gleichen Zeit bemühten sich einige alternative Finanzmakler/innen (Stattwerke-Berlin und Netzwerke), das Konzept der Direktkreditvermittlung (DKV) bundesweit zu institutionieren. Mit ihnen führten wir über Monate intensive Diskussionen. Ich denke, alle Beteiligten haben aus dieser Zeit gelernt.

Wir wurden sensibler für die strukturellen Anforderungen in Richtung Dezentralisierung. Die Finanzmakler/innen machten die Erfahrung, daß die DKV in der Praxis nur in einzelnen Fällen zur vollen Zufriedenheit funktioniert, im großen und ganzen aber die Ökobank der praktikablere Weg zur Lösung der Finanzprobleme in der Szene sein wird.

Seit einem halben Jahr läuft die Kampagne zur Gründung der Ökobank nun bundesweit. Besonders erfreulich ist das große Interesse, das der Ökobankgründung entgegengebracht wird.

Täglich erhalten wir zahlreiche Zuschriften und Telefonanrufe von Interessenten aus dem potentiellen Unterstützerkreis. In diversen Veranstaltungen – mit durchaus kritischem Publikum – erhielten wir immer wieder verbale Zustimmung. Auch die aktive Mitarbeit im Verein erreichte ein Ausmaß, wie wir es uns gewünscht hatten. Es bildeten sich zahlreiche lokale Arbeitskreise und inzwischen sind mehrere Landes- und Bezirksverbände gegründet worden.

Verglichen mit der breiten politischen Unterstützung – mehrere Organisationen der Ökologie- und Friedensbewegung begrüßen die Ökobankgründung – und angesichts des großen Medieninteresse verwundert es, daß bisher lediglich 4.000 Personen insgesamt 1,7 Mio. DM zusammengebracht haben.

Es wird daher die Aufgabe der nächsten Monate sein, deutlicher herauszustellen, daß es einen Zusammenhang von politischem Protest und dem politisch verantwortlicheren Umgang mit Geld geben muß. Durch die Ökobankgründung und den darüber stattfindenden Diskussionen kann ein solcher Bewußtseinswandel konkret vorangetrieben werden.

Die Vorstellung, daß die Ökobank nur geringfügige Bedeutung im Gesamtsystem haben wird, mag vielfach blockierend wirken. Vergessen wird dabei allerdings der politische Wirkungsgrad, der weitaus höher zu veranschlagen ist, als die unmittelbare wirtschaftliche Stärke. Dies zeigt sich an dem Beispiel der GLS-Bank, der Hausbank der Anthroposophen. Seit Jahren betreibt sie eine philosophisch orientierte Geschäftspolitik und erregt – gemessen an den etwa 4.000 Kunden – eine nahezu astronomische Aufmerksamkeit in der Öffentlichkeit. Die Ökobank wird dem ganz sicher nicht nachstehen.

Welche Irritationen das ‚Häuflein der Alternativbetriebe' unter den Industriebossen schon heute auslöst, beschreibt die TAZ am 13.3.85 anläßlich eines Spitzengesprächs der deutschen Wirtschaft in München: Einerseits gehören „diese Randgruppen...eher in einen Ausstellungsraum für Skurilität", werde ‚der Spuk...' „auf den Bedeutungsgrad der Ökonomie von Klöstern beschränkt bleiben". Andererseits wird unterstellt, daß „ihre Wertvorstellungen, angesiedelt zwischen dem absoluten Primat der Ökologie und zweifelsohne sozialistisch-kommunistischen Idealen", „für unsere internationale Wettbewerbsfähigkeit gefährlich, sehr gefährlich sogar" seien. ‚Weder heute noch in Zukunft – Ökobank hin und her – ist es also die Wirtschaft der Alternativen, die andernorts Sorge bereitet.' Sollte sich nämlich das internationale Image der Bundesrepublik immer mehr in Richtung „rot-grüne Allianz" verändern, würden deutsche Unternehmer Kapitalflucht begehen, ausländische Firmen hier nicht mehr investieren.

Offenkundig wird der ökologisch orientierten Wirtschaftinitiative von dem Establishment viel zugetraut.

Jetzt stellt sich uns die Frage: Fehlt nur noch uns das nötige Selbstvertrauen?

Lothar Witte

Ökobank Ökobank

TERMINE

TAGUNGSVORSCHAU DER AG SPAK

Knastarbeit/KRAK:
Möglichkeiten und Realisierung einer NRW-weiten Gefangenenzeitung
Termin: 12.-14.4.85 in Thüle/Paderborn
Anfragen:
Bundesgeschäftsstelle der AG SPAK
Marga Mitterhuber, Kistlerstr. 1
8000 München 90
Tel.: (089) 6917821

Projektbereich selbstverwaltete Jugendzentren:
Baden-Württemberg, Zusammenarbeit der Regionalzusammenschlüsse auf Landesebene
12.-14.4.85 im JZ Crailsheim
Anfragen:
Dachverband der selbstverwalteten Jugendzentren Rhein-Neckar
Gaisbergstr. 97, Postfach 104520
6900 Heidelberg
Tel.: (06221) 1 34 02

Projektbereich Stadtteilarbeit:
Seminar Stadtteilpolitik
vom 15.–19. Mai 1985 in Bologna
Wenn Geißler und Kohl schon andauernd von „Selbsthilfe" reden, dann wollen wir uns wenigstens mal ansehen, wie so etwas in der „kommunistischen" Großstadt Bologna funktioniert – und ob es mit den Stadtteilräten klppt.
...und wehe (Minister Geißler und Schneider) es klappt, dann führen wir es in diesem unserem Lande ein, zuerst im Freistaat Bayern!
Voranmeldung wegen der Busfahrt an die Bundesgeschäftsstelle der AG SPAK oder Reinhard Kellner, Schillerstraße 8, 8400 Regensburg, Tel.: 0941/2 24 84

Projektbereich Obdachlosenarbeit:
Regionaltagung für Obdachlosengruppen vom 12.–14.4.85 in Regensburg
Anfragen:
Bundesgeschäftsstelle der AG SPAK, Sabine Geißler, Kistlerstraße 1,
8000 München 90, Tel. 089/671 78 21

Projektübergreifende Seminare:
Wie können Selbsthilfegruppen besser mit ihren Problemen umgehen, welche Rolle spielen dabei Kooperation und Koordination?
Ort: München
Termin: 26.–28.4.85
Anfragen:
Bundesgeschäftsstelle der AG SPAK
Kistlerstraße 1, 8000 München 90
Tel.: 089/691 78 21

Alphabetisierung in der BRD
Ort: Hamburg
Termin: 3.–4.5.85
Anfragen:
Bundesgeschäftsstelle der AG SPAK
Kistlerstraße 1, 8000 München 90
Tel.: 089/691 78 21

„Für VERANSTALTUNGSABENDE steht vom 3. – 30.5.85 ein engag. Mitarbeiter aus PERU interessierten Gruppen hier zur Verfügung.
Themen: Alternative Technologie/ Biogasarbeit im Hochland Perus; in Verbindung mit campesino-Arbeit, bewußtseinsbildender Arbeit und Selbstorganisation.
Nähere Auskunft: AG SPAK (Bewusst-Päd.)
Kistlerstr. 1, 8 München 90
Tel.: 089/6917821 (Heinz Schulze)

Sozial und ökologisch sinnvolle Projekte als Forderung von Erzeugern und Verbrauchern
Ort: Dortmund
Termin: 19.–21.4.85
Anfragen:
Dialog-Bildungswerk, Kreutzbergerstr. 14
4901 Hiddenhausen 6

KINDERFILM – KINDERKINO – KINDERWIRKLICHKEIT
ist der Titel eines Seminars, das vom 29.4.–3.5.85 in der Werkstatt für Demokratie und Öffentlichkeit stattfindet. Es richtet sich an Erzieher(innen) und Grundschullehrer(innen), sowie andere Interessierte, und ist auch als Bildungsurlaub nach dem Arbeitnehmerweiterbildungsgesetz geeignet.
Spiegeln Filme für Kinder deren alltägliche Erfahrungen wider und wie kann man mit Filmen praktisch arbeiten? Das werden Fragen des Seminars sein. Darüber hinaus werden Anregungen vermittelt, wie sich ein Kinderkino im Kleinen organisieren läßt, und wie sich Kinderfilme im konkret-praktischen Umfeld des Erzieheralltags einsetzen läßt.
Anmeldung und Information:
WDÖFF, Estermannstraße 204, 5300 Bonn 1, Tel.: 0228/67 46 63

Zu einem Gespräch über die Durchführung von norddeutschen PROJEKTETREFFEN und deren Vorbereitung läd ein:

Tagungshaus Drübberholz, Drübber 4, 2817 Dörverden
Lebensgemeinschaft Landesbergen, Loccumer Straße 68, 3071 Leese
AG Projektemesse 84 c/o Am Hulsberg 136, 2800 Bremen 1

Ort: Tagungshaus Drübberholz s.o.
Tag: 13.4.85
Beginn: 10.00 Uhr mit gemeinsamen Frühstückstee, -kaffee, -milch.
Ende: 19.00 Uhr (bei einem Glas Sekt [oh, wie dekadent])
Kosten: DM 5,– + Spende für die Köstlichkeiten
Anmeldung: unbedingt erforderlich (wegen Lebensmittel, Mitfahrgelegenheiten etc.) bis spätestens 10.4. an Tagungshaus Drübberholz s.o.

Betrifft Kleinanzeigen

Auf den Wintertagen haben wir, die Zeitungsmacher/innen, beschlossen, in Zukunft einen Unkostenbeitrag für die Kleinanzeigen zu berechnen. Wir wollen damit kein Anzeigengeschäft aufmachen, aber die Contraste kann sich aus Kostengründen auf die Dauer einen solchen Service nicht leisten. Also schickt bitte zehn 50-Pf-Briefmarken mit der getippten Anzeigenvorlage (max. 10 Zeilen zu 35 Zeichen plus Adresse) an Jutta, Krebsmühle, 6370 Oberursel 5. Kostenlos sind immer noch Stellenangebote und alle Anzeigen, wo etwas umsonst abgegeben wird. Gewerbliche Anzeigen kosten 10,- DM (gilt nur für Kollektivbetriebe).

Stellenanzeigen

Die neuland-GbR, Römerstr. 12, 5489 Barweiler, Tel. 02691/7318 (selbstverw. Betrieb) sucht dringend einen **Heizungsinstallateur (Meister)** als 3. Gesellschafter. Unsere Tätigkeitsbereiche: Werkstatt und Laden für (bau)biologische Produkte, insbesondere Herstellung von Fußleistenheizungen, Artikel für den Innenausbau, Baubeschläge, Handel mit Sprossenfenstern und Türen ... also nichts für einen „Fachidioten"!

Wir suchen für unsere Offsetdruckerei (im Format A3 und A2) einen **Reprofachmenschen**. Sie oder er sollte etwas von Filmen und Rastern verstehen. Wir sind vier Männer, eine Umschülerin und ein Umschüler.
Montania Druck, Lübecker Str. 28, 4600 Dormund 1

NTGM/Funkelektroniker sucht für sofort oder später Wirkungskreis in der Region Bremen / Bremerhaven / Delmenhorst / Oldenburg. Ich bin 37 Jahre alt, habe Abitur, gute Englisch- und Französischkenntnisse, Psychologiestudium und fünf Jahre als Kraftfahrer gearbeitet. Ich beschäftige mich als Musiker und Tonbandfachmann mit Unterhaltungselektronik und würde auch gerne in diesem Bereich tätig werden, wäre aber auch bereit, in jedem anderen Zweig der Elektronik zu arbeiten.
Hans-Joachim Osik, Jadestraße 36, 2800 Bremen 21, Tel.: 0421/616 22 92

STATTBAU HAMBURG
Stadtentwicklungsgesellschaft mbH sucht zum 1.6.1985 eine/n Geschäftsführer/in

Erforderlin sind:
- Erfahrungen im (alternativen) Instandbesetzungsbereich
- Engagement für Bewohnergruppen
- kaufmännischer Überblick
- Verhandlungserfahrungen mit Behörden und Projektgruppen
- Erfahrung in Zusammenarbeit mit Projektgruppen der alternativen Szene
- Elefantenhaut, gesunder Humor und langer Atem
- Kooperative Arbeitsweise

Der alternative Sanierungsträger STATTBAU Hamburg wurde von den „autonomen Jugendwerkstätten Hamburg e.V.", „Mieter helfen Mietern", „Hamburger Mieterverein e.V." und „Netzwerk Selbsthilfe Hamburg e.V." als treuhänderischer Sanierungsträger gegründet. Er soll Wohngruppen betreuen, die mit öffentlichen Mitteln und Selbsthilfe Altbauten instandsetzen und auf diese Weise preiswerten und nutzergerechten Wohnraum erhalten und Selbstverwaltungsmodelle durchsetzen.

Aufgaben:
- Abwicklung und Koordination von Altbauprojekten: Bau- und Kostenkontrolle
- kaufmännische und organisatorische Leitung der STATTBAU GmbH
- Vertretung der Interessen von STATTBAU in der Öffentlichkeit
- Rechenschaft gegenüber der Stadt Hamburg und den Wohngruppen
- Entwicklung von Konzepten

Bezahlung: in Anlehnung an BAT IIa, zunächst 1/2 Stelle

Bewerbung bis zum 15. April 1985 an STATTBAU Hamburg GmbH
Emilienstraße 5, 2000 Hamburg 20,
Tel.: 040/49 35 36

Wir sind umgezogen! Kollektive Versicherungs-Agentur Alfred + Klaus. Jetzt 4000 Düsseldorf, Märkische Straße 53, Telefon 0211/28 10 91 (10–15 Uhr)

NETZWERKE

lädt ein zum
BUNDESTREFFEN ALLER NETZWERKE

am 27./28.4.1985 in Bremen, Café der Aucoop, Weberstraße 18

Es soll diesmal mehr werden als nur ein „Familientreffen". Einiges ist zu bereden, und es wird auch was geboten.

Programmvorschlag:

Freitag, 26.4. Anreise für die weiter Entfernten. Orientierungshilfen und Schlafplatzorganisation im Netzwerk-Büro, Fehrfeld 60, Tel. 0421/70 45 81
19.00 h: Besuch der Eröffnungsveranstaltung zur Ausstellung „Anders leben – Genossenschaftliche Selbsthilfe als politische Kultur" (Eröffnung durch Klaus Novy, Prof. an der GH Wuppertal) *)
Danach oder stattdessen gemeinsames Abtauchen in die Bremer Szene.

Samstag, 27.4. vormittags (ab 10.00 h) **Berichte** der anwesenden Netzwerke über ihre Arbeitsschwerpunkte und neueste Erfahrungen.
12.30 h Mittagspause
nachmittags (ab 14.00 h) Überschrift: **Finanzierungsquellen**
(1) Unser Verhältnis zu den Öko-Fonds der GRÜNEN (Vertreter derselben sind eingeladen)
(2) Die Öko-Bank und die Direktkreditvermittlung – welche der Ansprüche sind bisher eingelöst worden?
(3) Unser Umgang (Zugang, Niedergang?) mit staatlichen Institutionen. Dauerthema Staatsknete unter dem Gesichtspunkt: Autonome Verwaltung von Staatsgeldern? Nürnberg, Berlin und Bremen im Vergleich von Erfahrungen.

Für die, die das Thema Finanzierung nicht mehr hören können: **Vernetzung in Flächenstaaten.** Erfahrungsaustausch darüber, wie auf dem Land Netzwerk-Arbeit gemacht werden kann.
18.00 h Abendessen
19.00 h Diskussion mit verantwortlichen Politikern: „Ein Jahr Förderung von Betrieben in Selbstverwaltung in Bremen – wie weiter?" *)

Sonntag, 28.4., 9.30 h (Möglichst) gemeinsames Frühstück.
anschließend (ca. 10.30 h) Konzept und Zukunft von „CONTRASTE" (ehemals Wandelsblatt): Beteiligen sich die Netzwerke durch feste Buchung einer oder mehrerer Seiten? Inhaltliche Vorstellungen dazu mit Kosten, Organisation etc. gibt's beim Bundestreffen.
Zukünftige **Zusammenarbeit** der einzelnen Netzwerke. Wie autonom wollen wir bleiben, und wo sollten wir mehr zusammenarbeiten? (Zur Einleitung dazu gibt es einen Überblick über das unterschiedliche Selbstverständnis, das für die einzelnen Netzwerke in ihrer Darstellung für die „Bundesbroschüre" geäußert haben.)
Festlegung weiterer Bundestreffen.

*) bedeutet, daß die Austellung bzw. die Diskussion mit den Politiker von der **Landeszentrale für politische Bildung** in Zusammenarbeit mit Netzwerk veranstaltet wird.

NORDBADEN
Das Netzwerk Nordbaden hält am 19. April 1985 um 19.30 Uhr in der Gaststätte der Rudergesellschaft in Heidelberg seine diesjährige Mitgliederversammlung ab. Neben den Berichten über die Arbeit des Netzwerks und den Wahlen wird über den Stand der Direktkreditvermittlung in Nordbaden, den badenwürttembergischen Ökofond informiert.
Als weiterer Punkt steht auch eine mögliche Zusammenarbeit mit CONTRASTE zur Diskussion.

„Netzwerke-Regionaltreffen NRW und andere Projektzusammenschlüsse/Verbände"

am Fr. 31.5.85 10.00 Uhr – So. 2.6.85 14.00 Uhr in der Bildungsstätte Schloß Gnadenthal in 4190 Kleve. Unkostenbeitrag: DM 38,– pro Übernachtung
Gedacht ist dieses Seminar für aktive Netzwerker aus den jeweiligen Regionen und andere in Projektzusammenschlüssen engagierte.
Voraussichtliche Themen:
- Gründung eines NRW-weiten Zusammenschluß von Netzwerken und Anderen oder einer „berufständigen Vereinigung: Selbstverwaltungsökonomie"
- Zusammenarbeit und Erweiterung der DIREKTKREDITVERMITTLUNG in NRW, Aufbau eines Netzwerk-Haftungsfonds
- Zusammenarbeit und Austausch der Projektberater in NRW
- Ökofonds / Netzwerke - Zusammenarbeit
- Wie weiter in der Staatsknete-Diskussion in NRW

Anmeldungen an: Netzwerke-Ruhrgebiet e.V., Lange Straße 79 1/2, 4600 Dortmund 1, Tel. 0231/14 84 33

Handwerker Genossenschaft
Betrieb in Selbstverwaltung
6800 Mannheim-Handelshafen
Verbindungskanal Linkes Ufer 20-24
Kfz-Werkstatt Tel.: 103324
Schreinerei Tel. 103325
geöffnet von 8-17 Uhr
Antiquitäten An- & Verkauf
Stuhlflechterei, Polsterarb.
geöffnet Mo-Fr 10-18 Uhr, Sa 10-14 Uhr
Mittagspause 12-13 Uhr

Über 20 Arbeitsplätze in Gefahr!

EXISTENZBEDROHUNG DURCH FRISTLOSE KÜNDIGUNG

Liebe Freunde,

wie Ihr sicherlich schon wißt, findet durch die Bundesbahn eine massive Existenzbedrohung statt. (Die, die es noch nicht wissen, können es in der März-Ausgabe der CONTRASTE nachlesen).

Die Bundesbahn hat uns ein Gelände vermietet, auf dem wir unsere Existenz aufgebaut haben, das, wie sich später rausstellen sollte,
* in weiten Teilen nicht in unserem Sinzu nutzen ist, weil das Dach undicht ist, und die Bundesbahn nur schleppend und unzureichend dagegen was unternimmt,
* sie uns ein Gelände vermietet hat, mit Verlängerungsoption und Vorkaufsrecht, das ihr gar nicht gehört.

Aufgrund der undichten Dächer haben wir nach langem Hin- und Herschreiben, Anmahnungen und Drohungen, z.T. durch unseren Rechtsanwalt Mieteinbehalt durchgeführt, um die Bundesbahn zu einem akzeptablen Handeln zu bewegen.

Stattdessen ging Anfang Februar ein Schreiben durch die Rechtsanwälte der Bundesbahn bei uns ein, in dem wegen Mietrückständen uns fristlos gekündigt wurde. Diese Kündigung ist zwar wegen Formfehlern unwirksam, doch kann die Bundesbahn diesen Formfehler beseitigen.

Wir gehen davon aus, daß die Bundesbahn diese Kündigung gerichtlich nicht durchsetzen kann, da wir keine Mietminderung, sondern ein Einbehalt durchgeführt haben und diesen Einbehalt immer rechtzeitig angekündigt haben. (Höhe ca. 37 000,-- DM)

Durch die entstandenen Schäden machen wir allerdings gegenüber der Bundesbahn Forderungen in Höhe bis zu 50 000,--DM geltend.

Wir müssen uns darauf einrichten, daß wir um eine gerichtliche Auseinandersetzung nicht herumkommen.

Doch genau dabei entsteht ein weiteres Problem: Die Prozeßkostenrisiken müssen wir im voraus bilanztechnisch verbuchen, z.T. auch als Vorschußleistung bei Anwalt und Gericht bezahlen. Durch diese Situation werden wir aber nahe an den Konkurs getrieben. Wir haben den Eindruck, daß dies auch von der Gegenseite bewußt gewollt ist.

Durch die schon im Vorjahr entstandenen Verluste, die hauptsächlich durch die Gebäudesituation hervorgerufen wurde (Bindung von Arbeitskräften bei Wasserbeseitigung, zerstörte Renovierungen und Nutzungsausfall, bisherige Anwaltsgebühren und Mehrarbeit bei durch Wassereinbruch beschädigten Produkten, etc.) ist die ökonomische Situation bedrohlich.

Dies wirkt sich darin aus, daß wir uns selbst die sowieso schon minimalen Löhne nicht auszahlen können, Lieferantenrechnungen nur nach Mahnen begleichen, mit fälligen Krediten im Rückstand sind.

Wir bitten Euch daher dringendst, uns nicht nur politisch und moralisch zu unterstützen, sondern auch in der Überwindung der ökonomischen Krise, da wir sonst befürchten müssen, daß wir trotz eineseventuellen gerichtlichen und politischen Erfoges aufgeben müssen, weil wir dann materiell ausgeblutet sind.

Es gibt zwei verschiedene Formen dieser materiellen Unterstützung:

1. Die direkte Geldspende auf das Konto der Handwerker-Genossenschaft, Konto-Nr.: 3872432, Volksbank Mannheim, (BLZ 670 900 00) mit dem Stichwort „Prozeßkostenrisiko"
2. Die Übernahme einer Bürgschaft für das Prozeßkostenrisiko. Die Einlösung der Bürgschaft würde dann fällig werden, wenn wir den Prozeß verlieren würden, und bei dem dadurch hervorgerufenen entgültigen Konkurs das vorhandene Betriebsvermögen nicht ausreicht, um die Prozeßkosten zu bezahlen. Für die Übernahme einer solchen Bürgschaft bitten wir Euch an die Handwerker-Genossenschaft zu wenden.

Diese Bitte fällt uns sehr schwer, da wir bisher immer Wert darauf gelegt haben, Zuschüsse von außen nicht in Anspruch zu nehmen. Dennoch läßt uns die momentane Situation derzeit keine andere Wahl.

Hubi

Liebe CONTRASTE-macher/innen,
ich bin über Euer Projekt in höchstem Maße erfreut und habe selten mit solcher Begeisterung eine Zeitung abonniert.
Nicht nur, daß Ihr über wichtige Dinge in gut lesbarer Form schreibt, es ist einfach schön, auch noch einen Schuß Humor oder Ironie vorzufinden wie z.B. in dem Interview „Lauschaktion in der Staatskanzlei" oder in dem Artikel über den Konflikt Marx-Brothers versus Warner-Brothers in Anlehnung an den Handelsblatt-Konflikt. Über den neuen Titel „Contraste" bin ich etwas traurig, der hat sehr viel weniger Pepp als der alte Titel, aber ich kann damit leben.
Kurz was Inhaltliches: Sehr beeindruckt hat mich Euer Abdruck der CDU-Küchler-Rede vor dem hessischen Landtag. Seine Behauptung, daß kollektivistische Gesamtverantwortung dem Genossenschaftsgedanken zutiefst widerspricht, ist dermaßen ungeheuerlich, zumal er auch noch recht hat, wenn man das heutige Genossenschaftsrecht anschaut. Das ist ein Bilderbuchbeispiel dafür, wie linke Ideen und Errungenschaften in diesem demokratischen Gesellschaftssystem, oder ehrlicher gesagt Marktwirtschaftssystem mit einigen sozialen Komponenten, so verdreht werden, daß sie sich letzendlich unter dem gleichen Namen gegen das richten, wofür sie ihre Gründer geschaffen haben. Anders kann ich das nicht sehen in Bezug auf die Genossenschaften.
Vielleicht sollten wir jetzt im Gegenzug alle GmbH's gründen und so verändern, daß sie zur kapitalneutralen kollektiven Selbstverwaltung die geeignete Rechtsform werden.
In diesem Sinne mit den besten Wünschen für's Weitermachen!

Ciao Hartmut
4. Welt Kooperative München